Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,00 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1898 unter Nr. 7576.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgepaltene Kolonne
 je ober deren Raum 40 Pf., für
 Betretens- und Verfallungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 30 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr
 vormittags geöffnet.

Verlagspreis: April 1, Nr. 1898.
Telegraphische Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Bruth-Strasse 2.

Freitag, den 6. Mai 1898.

Expedition: SW. 19, Bruth-Strasse 3.

Die Reichsregierung hat gesprochen!

Sie hat gesprochen, und so gesprochen, wie wir von vorn-
 herein es erwarten mußten, wenn wir ihr Verhältnis zu der
 „kleinen, aber mächtigen“ Agrarier- und Junkerklique uns
 zum Bewußtsein brachten. Wir hatten jedoch, sozusagen
 wider besseres Wissen der Möglichkeit Raum gegeben,
 die Reichsregierung könne durch die Betrachtung der gegen-
 wärtigen Lage und der bevorstehenden Wahlen auf die Gefahren
 der Solidarität mit dem Agrarierthum aufmerksam gemacht
 worden sein. Es giebt eine Logik der Thatfachen, die härter
 ist als der härteste Schädel, und vor welcher persönliche
 Neigungen und Abneigungen keinen Bestand haben. Und
 da die Reichsregierung, als konservative Regierung,
 ein offenes Interesse hat, ihr Ansehen beim Volke nicht zu
 erschüttern, — und da nichts das Ansehen einer Regierung mehr
 erschüttern kann, als ihre Befürwortung und Vertheidigung einer
 Politik, welche in Zeiten der Theuerung das Brot noch künstlich
 verteuert — so hielten wir es in der That nicht für
 ausgeschlossen, daß die Reichsregierung sich den um-
 klammernden Saugarmen des Junkerlich-agrarischen Niesen-
 polyps zum mindesten für einige Zeit entwinden würde. Wir
 hielten dies um so weniger für ausgeschlossen, als die zwei
 anderen, ähnlich gestellten Regierungen: die italienische
 und die französische, obgleich ebenfalls unter dem
 Einflusse der Großgrundbesitzer, soeben die Suspension
 der Getreidezölle angeordnet haben. Wenn Meline, das
 Haupt der französischen Schutzöllner, der zugleich das
 Haupt der französischen Parteiregierung ist, die zeitweilige
 Aufhebung der Getreidezölle für notwendig befunden hat,
 dann konnte man doch in der That denken, die deutsche Reichs-
 regierung, die sich niemals offiziell mit der Schutzöllnerlei
 identifiziert und bei jeder Gelegenheit ihre Unabhängig-
 keit von Parteien betont hat, würde die französische Schutz-
 öllner-Regierung an Begeisterung für die Politik der Lebens-
 mittelvertheuerung nicht übertreffen.

Allein wir hatten die — Festigkeit der Reichsregierung
 und ihre Unempfindlichkeit gegen die Wünsche und niedrigen
 Bedürfnisse des menschlichen Heerdenviehes unterschätzt. Die
 Reichsregierung hat gesprochen und sie hat sich gegen die
 Suspension der Getreidezölle ausgesprochen.

Die Thatfache bedarf keines Kommentars. Ein Kommen-
 tar würde nur abschwächen. Das Brod hat einen Hunger-
 preis; und die deutsche Regierung weigert sich, den Hunger-
 preis herabzusetzen indem sie die Zölle, welche den Preis noch
 künstlich erhöhen, zeitweilig aufhebt.

Was ist da zu sagen? Die Thatfache sagt alles. Und
 wir werden dafür sorgen, daß den Wählern in diesem Wahl-
 kampf alle gesagt wird.

Wie sucht die Reichsregierung ihr Handeln zu rechtfertigen?
 Im Jahre 1892 wurde von Graf Kanitz, dem Führer der
 deutschen Agrarier, aus freien Stücken erklärt, wenn die
 Kornpreise eine bestimmte Höhe erreichen sollten, so müßten
 die Kornzölle suspendiert werden. Jetzt ist diese Höhe der
 Kornpreise erreicht, ja sogar überholt.

Aber — was war die Antwort Junker Alexander's?
 Ja Bauer, das ist ganz was anders. „Das ist
 ganz was anderes“ — war die Antwort der Reichsregierung
 und der Agrarier durch den Mund des Staatssekretärs für
 das Schaum, des Herrn v. Thielmann. „Damals — so las
 dieser Herr aus seinem Manuskript ab, die Rede war also
 vorher genau festgestellt — damals, 1892, fehlte es an
 Getreide; jetzt ist genug Getreide da, nur kann es infolge des
 Krieges zwischen Amerika und Spanien momentan nicht
 herangeführt werden.“

Richtig ist, daß der Krieg eine Erhöhung der Getreide-
 preise hervorgerufen hat, die mit den Getreidezöllen in keinem
 Zusammenhang steht; allein richtig ist auch, daß in den
 Ländern mit Getreidezöllen die Kornpreise noch über
 den Kriegspreis hinausgetrieben sind. Und gegen diese künstliche
 Brodvertheuerung hat sich der Volkszorn in Italien und Frankreich gewandt, und dieser
 künstlichen Brodvertheuerung hat die italienische und hat die
 französische Schutzöllner-Regierung durch Suspension der
 Getreidezölle mit Rücksicht auf die Interessen des Volkes ein
 Ende gemacht.

Die deutsche Reichsregierung hat anders gedacht und ge-
 handelt. Sie, die unparteiische, stand fester auf Seiten der
 Agrarier- und Schutzöllner-Partei, als die Parteiregierungen
 Italiens und Frankreichs. Sie hat sich schutzöllnerischer er-
 wiesen als Herr Meline, der schutzöllnerischste der französischen
 Schutzöllner. Das deutsche Volk wird sich das merken.

Am 16. Juni ist großes Gericht über die Brodver-
 theurer und Großkornwucherer nebst Helfers-
 Helfern.

Der Hunger ist unser Bundesgenosse und der Hunger ist
 nicht bloß der beste Koch — er ist auch der beste Bundes-
 genosse.

Am 5. Mai 1898 hat die deutsche Reichsregierung gesprochen.
 Am 16. Juni 1898 spricht das deutsche Volk!

Wahlkampf.

König Stamm ruft zur Wahl.

Auch die „Reichs- und freikonservative Partei“ erklärt in der
 „Post“ ihren Wahlausruf.
 Derselbe reicht sich würdig an den Ausruf der konservativen
 Zwangspartei an. Ein Potpourri von Gemeinplätzen.

Bemerkenswerth ist nur folgendes. Der Landwirtschaft wird
 „ein wirksamere Schutz“ versprochen, d. h. Erhöhung der hohen
 Brotzölle. Ferner sollen die mannigfachen Mängel und Härten,
 welche bei der Durchführung der sozialen Gesetzgebung hervor-
 getreten sind, beseitigt werden, das heißt wohl Sonntagsruhe, Arbeiter-
 schutz, Gewerbegerichtsverfassung etc. sollen verstummt werden.

Besonders hübsch macht es sich sodann, wenn der Ausruf sagt:
 „Das Wohl der Arbeiter nach jeder Richtung zu fördern,
 entspricht unserer Tradition“. Der Herr von Reumtschen ist's, der das
 verkündet, und es ist nur gut, daß er gleich darauf sagt, was er
 unter dem „Wohl der Arbeiter“ versteht. Es folgt nämlich alsbald
 ein Hymnus auf die Absichten, wie sie im Posadowsky'schen Erlaß
 zu tage getreten sind. Vernichtung des Koalitionsrechtes — das
 freilich sind die Traditionen derer um Stamm.

Auch „die verfassungsmäßige bürgerliche Freiheit muß dem
 deutschen Volke gewahrt werden“, sagt der Ausruf. Sehr recht, aber
 der Ausruf ist noch unterzeichnet von jenem Freiherrn von Reddy
 und Reumtsch, welcher der eifrigste Verfechter der Unterdrückung jedes
 Vereinigungsrechtes im Abgeordnetenhaus gewesen ist.
 Kurzum, jedes Wort eine Heuchelei, jedes Wort eine Unwahr-
 heit — das nennt sich freikonservativer Wahlausruf.

Der Wahlausruf der Freisinnigen Volkspartei.

Die „Freisinnige Ztg.“ veröffentlicht heute den kurzen Wahl-
 ausruf der Freisinnigen Volkspartei. Wir entnehmen demselben die
 folgenden Stellen:

„Mit immer größerer Dreistigkeit drängen die Sonderinteressen sich
 hervor und suchen unter irreführenden Schlagworten der Sammelpolitik
 insbesondere den demnächstigen Ablauf der Handelsverträge aus-
 zunützen, um mittels gegenseitiger Zuwendung von Sonder-
 vortheilen die Gesamtheit auszubeuten und die Lebenshaltung der
 breiten Schichten des Volkes zu vertheuern. Dadurch würde die
 Konsumfähigkeit Deutschlands geschwächt und nicht nur Handel und
 Industrie, sondern auch die Landwirtschaft benachtheiligt werden.“

Dem Volke sind ohnehin durch die letzten großen Heeres-
 verstärkungen und durch das neue Flottengesetz beträchtlich erhöhte
 Lasten auferlegt, welche die Erfüllung der Kulturaufgaben im Reich
 und in den Einzelstaaten beeinträchtigen und erschweren. Die Bereit-
 willigkeit, mit welcher die Mehrheit des Reichstages im Flottengesetz
 das Geldbewilligungsrecht für die Zukunft binden und beschränken
 ließ, ermuthigt alle Bestrebungen zur weiteren Verletzung der Rechte
 der Volksvertretung.

Die letzten Kämpfe zur Abwehr neuer Beschränkungen des Vereins-
 und Versammlungswesens, neuer Fesselungen der freien Meinungs-
 äusserung in Wort und Schrift durch die sogenannte Umsturzvorlage
 sind noch in frischer Erinnerung. Neuerlich wird selbst die Freizügigkeit
 in Frage gestellt und die Koalitionsfreiheit angezweifelt, statt ge-
 sichert und verallgemeinert zu werden. Die Bedrohungen des
 geltenden Reichswahlrechts treten so unerhöhlten hervor, daß
 Beeinträchtigungen desselben zu gewärtigen sind, sobald eine will-
 fährige Mehrheit dafür sich im Reichstag zusammensindet.“

Gegen die Sozialdemokratie wendet sich die folgende
 Stelle:

Es werden nicht nur des Volkes Rechte und Freiheiten zu
 schätzen, sondern auch die falschen Lehren zu bekämpfen sein, welche
 in der Verleumdung unserer Gesellschaftsordnung das Ziel der
 Zukunft erblicken.

Somit wissen die Freisinnigen nichts gegen uns zu sagen. —

Eine Wählerversammlung aufgelöst.

In Fürstentwale tagte am 3. d. M. eine Versammlung,
 in welcher der von unserer Partei aufgestellte Kandidat des Frank-
 furt-Bezirkskreises, Theodor Wegner, sprechen sollte. Kaum war
 die Versammlung eröffnet, so verlangte der Polizeikommissar, daß
 die Frauen aus der Versammlung hinausgewiesen werden sollten.
 Dieser ganz unerbittlichen Anforderung kam die Versammlung nicht
 nach, worauf der Beamte die Versammlung auflöste. Gegen dies
 Verfahren wird Beschwerde erhoben werden.

Zur Wahltagation.

Halle a. S. Am Mittwoch wurde von der sozialdemokratischen
 Partei der Wahlkampf für den Saalkreis eröffnet. In einer stark
 besuchten Volksversammlung sprach der Abgeordnete Kummer über
 die außerordentliche Bedeutung der diesjährigen Reichstagswahlen.
 In einer Resolution wurde die volle Zustimmung zur Kandidatur
 des jeglichen Vertreters des Wahlkreises zum Ausdruck gebracht. Die
 allgemeine Stimmung im Kreise ist der Sozialdemokratie günstig.

Die sozialdemokratischen Wahlkomitees der
 Reichstagswahlkreise Köln-Stadt, Köln-Land und Wülheim-Sommers-
 bach-Wipperfurth haben beschloffen, für den Wahlkampf ein eigenes
 Organ, betitelt „Der Reichstagswähler“ herauszugeben. Es soll bis
 zur Wahl wöchentlich einmal erscheinen und zwar freitags. Aus
 Arnstadt wird uns berichtet, daß am Sonntag in Holzhausen
 einer unserer Genossen an der Verbreitung einer Wahlschrift ver-
 hindert worden ist. Nach Ansicht des betreffenden Genossen dürfen
 Sonntags keine Verbreitungen vorgenommen werden. Auch sonst
 müssen es sich unsere Genossen gefallen lassen, von den Genossen etc.
 angehalten und aufgeschrien zu werden.

Das heftigste Landeskomitee der sozialdemokratischen
 Partei hat beschloffen, ein Flugblatt in einer Auflage von 160 000
 Exemplaren herauszugeben.

Reichstags-Kandidaturen.

Aufgestellt wurde in Jülichau-Krossen-
 Schwibus von den Konservativen Dr. Beer; in Marburg
 vom Bund der Landwirthe Dr. Bödel; in Lippe-Deimold
 von den Freisinnigen Meier. In allen Wahlkreisen West-
 preußens, ausgenommen die Kreise Berent-Pr. Stargard und
 Graudenz-Strahburg, kandidirt von Seiten der Sozialdemokratie
 Franz Storch in Stettin.

Im Kreise Potsdam-Spandau-Osthavelland ist
 der Kandidat der Freisinnigen Volkspartei, Oberlehrer Dr. Benede
 von der Kandidatur zurückgetreten.

Stamm hat nun auch einen Gegenkandidaten aus bürgerlichen
 Kreisen erhalten. Wie berichtet wird, soll Harrer-Hadenberger gegen
 ihn auftreten. Hadenberger soll der nationalliberalen Partei an-
 gehören und da er genügend agrarische Neigungen behundet, ist er
 vom Bund der Landwirthe aufgestellt, der ja bereits früher Dr. Köfide
 aufgestellt hatte. Nach dem Zurücktreten dieses Bundesgenossen
 scheint nun vom Bund der Landwirthe ein neuer Versuch unternommen
 zu sein, in Wettbewerb zu treten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. Mai.

Aus dem Reichstage. Zum Schluss hatte sich die
 letzten Tage noch einmal ein volles Haus zusammen-
 gefunden. Im Saale selbst merkte man zu Beginn der
 Sitzung heute freilich nichts davon, daß das Haus beschluß-
 fähig sei, aber im Restaurant und den Wandelgängen ging es
 um so munterer zu.

Die ersten Gegenstände der Tagesordnung wurden fast
 ohne Debatte erledigt. Zur dritten Lesung der Zivil-
 prozess-Ordnung sagte der Abgeordnete Stadthagen noch
 kurz alle die Punkte zusammen, von denen man erwarten
 konnte, daß sie in dieser Vorlage ihre Erledigung finden
 würden. Freilich seien die Hoffnungen der Freunde des Fort-
 schrittes getäuscht worden. Gegenüber der Thatfache aber,
 daß absolut keine Aussicht vorhanden sei, bei der jetzigen
 Geschäftsfrage noch Abänderungen zu erzielen, verzichtete der
 Redner darauf, noch Anträge zu stellen.

Hierauf wurde die Vorlage en bloc angenommen.

Der Abg. Schippel begründete nunmehr die Getreide-
 zoll-Interpellation. Mit Beginn seiner Rede füllte sich der Saal.
 Ueber die Getreidezölle ist schon viel und oft im Reichstage ge-
 redet worden und über dieselben zu reden, ohne das Haus zu lang-
 weilen, ist nicht vielen Rednern gegeben. Schippel hat es
 verstanden, das Haus vom ersten Satz bis zum Schlusse seiner
 Ausführungen zu fesseln. Nicht umstanden die Abgeordneten
 die Rednertribüne und während von der Linken wiederholt
 lauter Beifall gependet wurde, verhielten sich die Korn-
 wucherer auf der Rechten und im Centrum, trotz der
 fulminanten Angriffe, mausehenstill. Es ist das sonst nicht
 die Art unserer Junker und der anderen Agrarier, aber gegen-
 über der Wucht der Gründe, die unser Redner für die Not-
 wendigkeit der Aufhebung der Brotsteuer ins Treffen führte,
 versunnte der Junkerübermuth. Zum Schlusse seiner Aus-
 führungen geißelte der Redner gründlich die feige Haltung der
 Mehrzahl der Bourgeoisie, deren Führer Jämmerlinge seien,
 die vor den Junkern die Segel streichen.

Der Staatssekretär von Thielmann beantwortete
 die Interpellation in Namen des Reichskanzlers. Die Reichs-
 regierung hat nicht die Absicht, die Suspension der Getreide-
 zölle in Anregung zu bringen. Die derzeitige Steigerung der
 Brodpreise sei einem Zufammentreffen vorübergehender Um-
 stände zu danken. Die Vorräthe auf dem internationalen Ge-
 treidemarkt seien so groß, daß das Bedürfnis bis zur nächsten Ernte
 reichlich gedeckt sei. Kurz und gut, die Herren von der Reichs-
 regierung leiden keine Noth und sie haben keine Neigung,
 um der paar Millionen Hungerleider willen, denen heute
 schon die Pfennige fehlen, den erhöhten Brodpreis zu zahlen,
 es mit den Thron- und Staatsstühlen von Rikewitz und
 Konforten zu verderben. Die Erklärung wurde ohne Zwischen-
 fall vorgelesen und zum Schluß nur auf der äußersten Rechten
 schwach applaudirt.

Auf Antrag Ridert's trat das Haus in eine Debatte
 über die Interpellation ein.

Dieselbe verlief ohne besonderen Schwung. Graf Kanitz,
 Dr. Lieber, Professor Paasche, v. Kardorff führten die
 Sache der Hungerpreise, aber man merkte es ihnen an,
 daß ihnen angesichts der Wahlen und der Thatfache, daß in
 Frankreich, Italien und Spanien die Getreidezölle suspendirt
 sind, es recht sauer wurde, eine so unpopuläre Sache zu ver-
 treten.

Für die Interpellation sprachen Richter und Dr. Varkh,
 worauf Debel noch einmal in wichtiger Weise alle Gründe
 zusammenfaßte, die sich für die sofortige Aufhebung der
 Getreidezölle vorbringen lassen. Hierauf wurde die Debatte
 geschlossen.

Jetzt haben die Wähler das Wort! Wir zweifeln nicht,
 daß sie am 16. Juni über die Lebensmittel-Wucherer ein ver-
 nichtendes Urtheil fällen werden.

Der Rest der Tagesordnung wurde nun ohne Dis-
 kussion erledigt. Der Herr Präsident gab hierauf die übliche
 Geschäftsübersicht, worauf das Haus dem Präsidium, auf An-
 trag des Abg. v. Ledebow, den Dank für die mühevollen und
 unparteiische Leitung der Geschäfte aussprach.

Als hierauf Graf v. Posadowsky das Wort nahm, um
 das Schluß-Dekret zu verlesen, verließen unsere Abgeordneten
 den Saal.

Im Foher war allgemeiner Abschied und Händeschütteln.
 Wie viele der Alten werden wiederkommen?

Das preussische Abgeordnetenhaus nahm heute zunächst in
 zweiter Lesung die Sekundärbahn-Vorlage an und be-
 willigte sämtliche Linien mit Ausnahme der Linie Treuenbriegen-
 Rauen, die nochmals an die Budgetkommission zurückverwiesen
 wurde. Sodann wurde der Bericht der Budgetkommission über den
 Antrag v. Arnim (2) betreffend die Erhöhung des Ein-
 kommens der Förster entgegengenommen. Der Kommissions-
 antrag, welcher dahin ging, den Antrag v. Arnim abzulehnen, aber
 die Regierung aufzufordern, bei der in Aussicht gestellten Aus-
 gleichung der bestehenden Pächter und Ungleichheiten in den
 Bezügen der 1890/91 aufgestellten Beamten durch den nächst-
 jährigen Etat insbesondere auch auf eine Erhöhung des Ein-
 kommens der Förster Bedacht zu nehmen, wurde mit
 dem Änderungsantrag Kirsch (3) angenommen, wonach sich
 die Aufbesserung auf die im Jahre 1897/98 nicht berücksichtigten
 Beamten beschränken soll. Hierauf erklärte das Haus ohne Debatte,
 die Wahl des Abg. v. Stauch (konf. 4. Posten) für gültig und er-
 ledigte sodann eine große Anzahl von Petitionen, die meist nur von
 lokalem Interesse sind.

Die nächste Sitzung findet erst Sonnabend statt. Auf der Tagesordnung steht die dritte Lesung der lex Krone und die zweite Lesung des Gesetzesentwurfs betreffend Regelung der Pfarreregehälter.

Die Reichsregierung und die Kornzölle. Warum hat die Reichsregierung nicht schon gestern die Antwort gegeben, die sie heute gegeben hat? Um die überaus ungeliebte und mehr als mangelhaft stilisierte Erklärung, die Herr v. Tscherning mit stotternder Stimme ablas, zu verfassen, dazu bedurfte es doch gewiß keiner längeren Zeit. Die auffällige Verzögerung hatte darin ihren Grund, daß die preussische Regierung, die in sich selbst durch und durch agrarisch ist, bei einigen der kleineren Regierungen auf Widerstand stieß, der erst überwunden werden mußte.

Das Vereinsrecht in Bayern und Sachsen. Die bayerische Kammer der Abgeordneten nahm heute, wie aus München telegraphisch wird, das Vereinsgesetz in der vom Ausschuss beschlossenen und von der Regierung gebilligten Fassung an. Durch das neue Gesetz wird das Verbindungsverbot aufgehoben und den Frauen das Recht gewährt, sich an solchen politischen Vereinen zu beteiligen, welche nur den Berufs- und Standesinteressen bestimmter Personenzreise oder nur Zwecken der Erziehung, des Unterrichts und der Armen- und Krankenpflege dienen.

Somit ist in Bayern eine Verbesserung des Vereinsrechtes bevorstehend, denn es ist nicht anzunehmen, daß die Kammer der Reichsräthe noch besondere Schwierigkeiten machen wird. Allerdings wurden alle weitergehenden Verbesserungen, wie sie von den Sozialdemokraten in der Abgeordnetenkammer beantragt worden waren, abgelehnt.

Anders sieht es in Sachsen aus. Dort gedachte bekanntlich die Regierung das Verbindungsverbot ohne weitere Gesetzesänderungen zu beseitigen, wie es der Reichsfanzler im Namen der verbündeten Regierungen seinerzeit versprochen hatte. Aber die zweite Kammer beschloß dazu den Ausschluß der Frauen und Minderjährigen aus politischen Versammlungen. Am Mittwoch hat nun auch die erste Kammer über diesen Gegenstand verhandelt. Nach dem Vorschlag ihrer Deputation hat dieselbe beschlossen, vom Ausschluß der Frauen abzusehen, dagegen dem Beschluß der zweiten Kammer hinsichtlich des Ausschlusses der Minderjährigen beizutreten.

In der vorausgehenden Debatte in jener feudal-bureaucratischen Körperschaft gab der Regierungsvertreter Minister des Innern v. Meyß die Erklärungen ab, die eine Kapitulation vor den konservativen Reaktionswünschen bedeuten. Die Regierung, so meinte er, „wolle im gegenwärtigen Stadium an ihrer Vorlage festhalten.“ Das heißt offenbar nichts weiter, als daß die Regierung sich binnen kurzem eines anderen bestimmen und sobald die zweite Kammer in dem eilig werdenden Einigungsverfahren sich mit der ersten Kammer geeinigt haben wird, ihr Ja und Amen zu den Beschlüssen der „Volksvertretung“ geben will.

Aber auch sonst waren einige Ausführungen des sächsischen Ministers recht bemerkenswerth. Er sprach davon, daß den Frauen das Versammlungsrecht „bis auf weiteres“ ungeschmälert erhalten werden soll, und er suchte die Herren Konservativen mit den Worten zu beruhigen: „Aus nicht näher zu erörternden Gründen halte die Regierung es für angezeigt, nicht weiter zu gehen, als geschehen.“ Was mögen das für Gründe sein, die nicht öffentlich erörtert werden können? Wir glauben nicht sehr zu gehen, wenn die sächsische Regierung bei ihrer jetzigen Haltung zum Vereins- und Versammlungsgesetz lediglich wahltaktische Gründe hat. Sie fürchtet mit Recht den Jörn des um sein Landtags-Wahlrecht gebrachten Volkes. Darum mag sie vor der Reichstagswahl nicht auf weitere Volkserleichterungen eingehen. Selbst ein Kammerherr v. Schönberg nahm aus den Worten des Herrn v. Meyß Anlaß zu der Bemerkung, „daß durch die gegenwärtige Vorlage die Frage für die Regierung wohl noch nicht definitiv gelöst sei.“

Es dürfte also sicher sein, daß man sich in Sachsen vor der Reichstagswahl mit der Hinausweisung der Minderjährigen in „begünstigen“ wird und daß nach der Wahl erst die eigentlichen Pläne der Reaktion zum Vorschein kommen werden.

Das sächsische Volk muß in der Wahlschlacht die Reaktion so aufs Haupt schlagen, daß sie es ferner nicht wagen kann, solche Wagnisse weiter zu verfolgen.

Schwarze Wolken. Lord Salisbury, der Leiter der englischen Politik, hielt am Mittwoch in einer Versammlung der Primrose-League in Albert Hall zu London eine Rede, die sich in bemerkenswerther Weise über die drohenden internationalen Gefahren ausspricht. Er knüpfte an die ostasiatischen Ereignisse an und führte aus:

Die chinesische Frage sei eine Art Feuerwerk mit vielen Detonationen. Welthäufige große Vorteile. England hatte keine Veranlassung gehabt, Fort Arthur zu nehmen; er glaube, Frankreich habe einen Fehler begangen, diesen Oasen in Besitz zu nehmen. Wenn das chinesische Reich zusammenstürzte, würde eine große Verwirrung entstehen, welche die ganze Energie der interessierten Mächte anspannen würde. Es vollziehe sich in der allgemeinen Weltlage ein großer Umschwung; die schwachen Staaten würden noch schwächer, die starken noch stärker. Die Engländer dürften nicht darauf bauen, daß, weil ihre inneren Angelegenheiten in Ruhe seien, jede Gefahr verschwinden sei; es seien Anzeichen vorhanden, daß der Fortgang der Ereignisse die Gründe für einen Konflikt der Nationen vermehren könnte. Die Engländer würden alle ihre Kräfte und Fähigkeiten zusammenfassen müssen, damit sie nicht im Falle einer Umwälzung in eine unvorteilhafte Lage gerathen.

Die Entfaltung der russischen Macht in Ostasien sowie die zunehmenden Rivalitäten, die dem englischen Kolonialreich in allen Erdtheilen von Seiten verschiedener anderer Staaten erwachsen, haben in England das Bewußtsein von der Gefährdung der englischen Weltmachtstellung erweckt. Lord Salisbury ahnt, daß England noch einmal um die Behauptung seiner günstigen Situation unter den Nationen einen schweren Kampf wird ausfechten müssen.

Die Hungernothpreise. Wie wenig Veranlassung unsere Regierungen haben, sich dem Auslande gegenüber zu brüsten mit ihrer Fürsorge für die ärmeren Massen, das beweist klarlich die Haltung des Bundesraths gegenüber dem sozialdemokratischen Antrage auf Suspension der Getreidezölle. Höher als die italienische Regierung, die sich erst durch Hungerrevolten die Suspension der Getreidezölle abzwängen lassen mußte, steht die Voraussicht und die staatsmännische Begabung der Mehrheit des Bundesraths auch nicht. Sehr interessant zur Beurtheilung der schweren, durch die hochgeschwollenen Getreidepreise erzeugten Nothlage für unsere Brodofonementen ist die folgende Mittheilung der „Preslauer Morgen-Zeitung“: „Von Tag zu Tag wird das Brot kleiner oder theurer; der Bäcker, der den Preis nicht steigern will, vermindert das Gewicht,

unser Konsumverein, der dasselbe Gewicht beibehält, erhöht den Preis. Im Juni vorigen Jahres kostete im Konsumverein ein vierpfündiges dunkles Brot 31 Pf., heute wird dasselbe Brot mit 47 Pf. bezahlt; das vierpfündige weiße Brot kostete vor Jahresfrist 33 Pf., heute kostet es 50 Pf. Und die Preise, welche im Laufe einer Woche rapide (ungefähr 20 pCt.) in die Höhe gingen, werden voraussichtlich noch weiter steigen, denn abernals wird aus Berlin eine Preissteigerung von 2 M. pro Tonne gemeldet. Im Juni v. J. wurde die Tonne (20 Zentner) Roggen mit 110 M. bezahlt, heute ist sie auf 178 M. gestiegen. Das ist ein exorbitanter Preis. Der Wohlhabende wird ja von diesen Theuerungsverhältnissen nicht berührt; der ist verhältnismäßig wenig betroffen und kann auch die hohen Preise bezahlen, ohne durch die für seine Vorse kaum merklige Schröpfung belästigt zu werden. Der kleine Mann aber, der mißsammt seiner zumest recht zahlreichen Familie ein sehr leistungsfähiger Arbeiter ist, verspürt diese Preissteigerung an seinem ohnehin recht mageren Portemonnaie auf das empfindlichste. Jeder Hausvater, der eine Serie allzeit hungeriger Kindermäuler zu stopfen hat, sieht mit Bangen in die Zukunft, denn auch die Kartoffeln, diese zweite pécunia de résistance (Hauptnahrung) auf dem Tische des kleinen Mannes, beglühmen unangenehm theurer zu werden.“

Daß es sich um eine ernste Gefahr handelt, sieht man selbst die hochgeschwollene Rhein-Weiß-Fig. ein, indem sie die zeitweilige Aufhebung der Getreidezölle fordert.

An die Hauptzollämter, die für den Getreideverkehr in Betracht kommen, ist vom Bundesrath am Mittwoch die telegraphische Weisung ergangen, die Lagerbestände sogleich telegraphisch nach Berlin zu melden.

Wie hoch muß der Preis, wie niedrig der Lagerbestand sein, bis der Bundesrath etwas gegen die schwere Noth unternimmt.

Im österreichischen Abgeordnetenhaus ist die folgende Interpellation eingebracht worden:

„Ist das Weinministerium geneigt, mit der ungarischen Regierung unverzüglich in Verhandlungen zu treten, damit die Zölle für Zerealien bis zur neuen Ernte sofort aufgehoben werden?“

Die „Neue Freie Presse“ hält diese Forderung mit Rücksicht auf die gegen das Vorjahr um 100 pCt. gestiegenen Getreidepreise für unbedingt nöthig. Auch der Abgeordnete Kollischer von der Lemberger Handelskammer hat die Aufhebung der Getreidezölle ebenfalls in einer Interpellation verlangt, und er hätte dies nicht gethan, wenn die durchaus agrarischen galizischen Abgeordneten seinen Standpunkt nicht theilen würden. Es darf vielmehr angenommen werden, daß die Abgeordneten aus Galizien der heute gestellten Interpellation des Präsidenten der Wiener Handelskammer sympathisch gegenüberstehen, da auch Galizien infolge des Mißwachses seinen Getreidebedarf durch den Import decken muß. Die Bevölkerung der großen Städte hat jedoch ebenfalls einen sehr berechtigten Anspruch, daß die Regierung die Vollmacht der Gesetzgebung benütze, um die Theuerung zu mildern.

Wegen des Einflusses der ungarischen Regierung fürchtet man, daß die Initiative des österreichischen Parlaments die gewünschte Wirkung nicht haben wird.

Aus Italien meldet die offiziöse „Agenzia Stefani“: In Livorno kam es heute zu einer Kundgebung wegen der hohen Brotpreise. Einige Vätereiern wurden geplündert. Die Teilnehmer an der Kundgebung wurden auseinander getrieben und die Ruhe wieder hergestellt. Auch in Urbino verlangte eine Volksmenge Herabsetzung der Brotpreise. In den anderen Provinzen herrscht Ruhe.

Ferner wird aus Rom telegraphisch: Die Leitung des Sicherheitsdienstes in Piacenza, Bologna, Ancona und Spalten wurde den dortigen kommandirenden Generalen übergeben.

Nach vor Aufhebung der Getreidezölle schrieb und unser römischer Korrespondent:

Während in der ganzen zivilisirten Welt das Proletariat die Fei der 1. Mai. beging, haben in Zentral- und Süd-Italien Hungerrevolten stattgefunden; Vätereiern wurden niedergebrannt und auf die Menge wurde geschossen.

Es ist fasslich bekannt, daß die südlichen Provinzen unseres Landes in jeder Beziehung am meisten zurückgeblieben sind. Hier befinden sich die großen Latifundien, hier wird noch die Landwirtschaft nach den primitivsten Methoden betrieben, während es eine Industrie fast noch gar nicht giebt. Die Löhne sind erbärmlich und die Naturalleistungen vielfach unter dem Niveau des notwendigsten Existenzminimums. Selbst das Bürgerthum jener Gegend ist das unwissendste und ungebildetste, Arbeiterorganisationen, politische wie gewerkschaftliche, sind so gut wie noch nicht vorhanden.

Unter diesen Umständen kann man es wohl verstehen, daß der Mangel an Arbeit und Verdienst, die Vertheuerung der Lebensmittel und dergleichen genügt, um die undisziplinierte aber immer hungernde Menge zur Revolte zu reizen. Solche sind hier denn auch an der Tagesordnung, sie kehren regelmäßig fast in jedem Jahre wieder.

In diesem Jahre haben die ungeheuer hohen Preise des Getreides und Weiles viele Fabrikanten gezwungen, die Arbeit ruhen zu lassen und haben so die Arbeitslosigkeit noch erheblich vermehrt. Der Hunger hat die Leute auf die Straße getrieben, Männer, Frauen, Kinder haben sich vor die Bürgermeistereien begeben und die Herabsetzung der Brotpreise gefordert. In vielen Orten haben die Behörden einiges zur Abhilfe des Nothstandes gethan; sie haben Getreide und Brot zum Selbstkostenpreise abgegeben. In anderen aber sind dann jene bedauerlichen Revolten vorgekommen, von denen der Telegraph bereits gemeldet hat. Sobald in einem Orte der Aufruhr ausgebrochen, verbreitete er sich wie ein Lauffeuer auf die ganzen südlichen Provinzen. Den Genarmen und Soldaten ist vielfach die Bourgeoisie zur Unterfütterung beigegeben. Man hat auf die Massen geschossen. Es war der Bürgerkrieg.

Und was thut die Regierung? Nachdem sie in der Kammer den Antrag auf Aufhebung der Getreidezölle zurückgewiesen, machte sie einen Theil des Heeres mobil, berief Reservisten ein, setzte gewisse Maßnahmen alles in den Belagerungszustand.

Das ist das gewöhnliche und beliebteste Mittel der Regierung und des Bürgerthums, dem hungernden Volke auf sein Verlangen mit Säbel und Blei zu antworten. Sie bekämpft die Wirkungen des Elends, das sie selbst erzeugt, ohne die Ursachen zu beseitigen.

Weitere starke Steigerungen der Getreidepreise sind zu gewärtigen. Rußland hat die Weizenausfuhr verboten und von den amerikanischen Börsen wird ein weiteres Ansteigen der Preise gemeldet!

Wie hoch werden die Preise noch bis zur Ernte steigen? — In Spanien kann es auch zu Hungerrevolten, die leicht zu einer politischen Schilderhebung führen können. Ueber diese Unruhen, die zum theil auch rein politischen Charakter tragen, wird aus Madrid telegraphisch:

Während der Dienstag früh wegen des Steigens der Getreidepreise in Talavera ausgebrochenen Unruhen plünderten die Aufständigen einige Häuser und ein Kloster, welches sie in Brand steckten; sie verhafteten ferner die Gefangenen zu befreien. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. — Nach Meldungen aus Gijon wurden dort die Kaufhäuser von Velasco geplündert. Die Truppen schritten ein und gaben Feuer; mehrere Personen wurden verwundet. Der Belagerungszustand ist verhängt worden. — Die bewaffnete Bande, welche sich in der Provinz Valencia gebildet hatte, ist gefangen genommen worden. — In Caceres kam es gestern ebenfalls zu Ausschreitungen, doch wurde die Ruhe wieder hergestellt.

In der Provinz Oviedo ist wegen der durch die Lebensmittelfrage hervorgerufenen Unruhen der Belagerungszustand erklärt worden.

Ausländische Bergarbeiter von Murcia veranfaßten eine Kundgebung gegen das Oltroi (städtische Zölle). Das heißt, keddien sie den Bahnhof und die Bürgermeisterei in Brand. Militär schritt ein, einige Personen wurden verwundet. — Der Belagerungszustand ist

im Bezirk Carthagena erklärt worden. Auch in Leon, Oviedo und anderen Städten kam es infolge der Brothvertheuerung zu Aufständen.

Deutsches Reich.

Der Bund der Landwirthe hat sich stets als die nach außen einigste und geschlossenste Organisation der Reichthum erwiesen. Nun scheinen sich knapp vor den Wahlen in der Leitung des Bundes erhebliche Differenzen herauszustellen. Schon seit einigen Tagen schwebt zwischen dem „Hannoverschen Courier“ und der „Deutschen Tages-Zeitung“ eine Polemik über das Verhältnis des Herrn v. Blöy zu Herrn Gahn. Wir haben bisher von der Sache keine Notiz genommen, weil die „Deutsche Tages-Zeitung“ zu entscheiden die Meinung des Herrn v. Blöy über die Wahl des Gahn, „wenn ich den Menschen nur los werden könnte“ in Abrede stellte.

Da aber der „Hannoversche Courier“ den Abg. Müller als denjenigen bezeichnet, dem gegenüber Vater Blöy die Mittheilung direkt machte, liegt kein Grund mehr vor, von dieser Episode im Bund der Landwirthe nicht Notiz zu nehmen.

Herr v. Blöy ist bald am Ziele seiner Wünsche, der rein agrarischen Partei, frei von den Fesseln der konservativen Fraktion mit ihren gubernementalen Rücksichten. Die „Staatsbürger-Zig.“ theilt mit, daß sich eine beträchtliche Anzahl von Mitgliedern mit Herrn v. Blöy solidarisch erklärt und fest entschlossen ist, falls die langgehegten Wünsche der Gruppe Einigung-Strömung auf Aufhebung des Herrn v. Blöy aus der Fraktion in Erfüllung gehen sollten, mit ihm einen eigenen Fraktionsverband zu bilden. Es bestehen darüber feste Abmachungen.

Der gothaische Landtag wird mit Rücksicht auf die Wahlbewegung erst zum September einberufen werden, obgleich das bestehende Steuerge- am 1. Juli außer Kraft tritt und ein Ertrag noch nicht geschaffen werden konnte.

Der Kampf gegen die Vierkurrogate wird nun auch von der württembergischen Regierung aufgenommen, die einen bezüglichen Gesetzesentwurf dem Landtage in den nächsten Tagen zugehen lassen will. Der Finanzminister erwähnte auch die Absicht der Reichsregierung, einen ähnlichen Gesetzesentwurf für die norddeutsche Brauereigemeinschaft einzubringen.

Reisekosten-Vergütung für die Geschworenen bei jeder Zwangsreise beantragte in der bayerischen Abgeordnetenkammer der Bauerneinzelner Einzler.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Von der Strafkammer des Landgerichts in Schweidnitz wurde der Scherenscheißergeselle Hans Forst ohne festen Wohnsitz wegen Unterschlagung und Majestätsbeleidigung zu 4 Monaten Gefängniß verurtheilt.

Oesterreich.

Wien, 4. Mai. Abgeordnetenhause. In fortgesetzter Verhandlung über die Sprachenanträge sprachen sich der parteilose Gehe Dr. Basath für die sofortige Aufhebung der Sprachenverordnungen und gegen die Einsetzung eines Sprachen-Ausschusses, der Slovenc Gregorec für die Dringlichkeit aller Sprachenanträge und deren Aufnahme an einen Ausschuss von 48 Mitgliedern aus. Die Regierung des Abg. Gregorec, daß die deutsche Sprache eine bevorzugte Stellung unter den anderen Sprachen in Oesterreich einnehmen könne, rief auf der linken Seite und bei den Geheinen Widerspruch hervor. Nachdem die Ruthenen Olt-niewski (Würgl) und Jaroszewicz (Soz.) die Verhältnisse des ruffischen Volkes in Galizien besprochen hatten, wurde die Verhandlung abgebrochen. Nächste Sitzung morgen.

Wien, 5. Mai. Abgeordnetenhause. In der fortgesetzten Debatte über die Sprachenanträge erklärte Baron v. Eibert (Deutschfortschrittler), wenn die Regierung der deutschen Sprache die gebührende Stellung einräume, würden die Deutschen kein Hinderniß bilden, um das Staatswesen wieder auf die richtige Bahn zurückzubringen. Die Deutschen seien einig und würden nicht zurückweichen, falls die Regierung den verhängnisvollen Fehler begehen sollte, in das Lager des ruffischen oder eines anderen Staatsrechtes überzutreten. Der Pole Jaworski erklärte, die Polen werden, obwohl autonomistischen Grundfäden huldigen, an dem Versuche der Regelung der Sprachenfrage auf dem Boden des Reichsrathes thätig mitwirken im Hinblick auf die in Frage stehenden großen Interessen des Staatsvolkes und um ein normales Verfassungslieben zu ermöglichen. Die Sitzung dauert fort.

Abg. Fournier erklärt, die Deutschen wollen Frieden und Verständigung, jedoch ohne Verletzung ihres Rechtes. Abg. Fehr v. Schwegel (verfassungstreuer Großgrundbesitzer) drückt seine Gemüthung über die Regierungserklärung betr. die Sprachenverordnungen aus. Abg. Fzo (Schönbranner) erklärt, kein deutscher Abgeordneter dürfe in den Sprachenauschuss eintreten, so lange die Sprachenverordnungen bestehen. Es sprechen noch der parteilose Abg. Schöpfer, der Italiener d'Angeli und der Kroate Dulac, welche sämtlich für die Einsetzung eines Sprachenauschusses eintreten, die beiden letztgenannten unter Feststellung ihrer Forderungen für die von ihnen vertretenen Länder. Die Verhandlungen wurden hierauf abgebrochen. — Dem Hause ist ein Dringlichkeitsantrag des Abgeordneten Dr. Kronawetter zugegangen, den Grafen Badeni wegen unbefugter Verkleinerung von Staatsgeldern in der Affäre des Journals „Die Reichswehr“ in Anklagezustand zu versetzen; ferner ein Dringlichkeitsantrag des Abgeordneten Merlau, welcher die Regierung auffordert, wegen sofortiger Suspension der Getreidezölle ungeschämt mit der ungarischen Regierung in Verhandlung zu treten.

Türkei.

Konstantinopel, 4. Mai. Heute Abend fand eine Zusammenkunft der Vorkämpfer statt bezugs Unterzeichnung einer Notifikation, welche an die Pforte gerichtet werden soll bezüglich der Realisirung der Kriegsschädigungs-Anleihe und der damit in Verbindung stehenden Räumung Thessaliens. Der russisch-französische Antrag bezüglich der Ausarbeitung des Räumungsprogramms wurde abgelehnt. In der heutigen Versammlung der Militärattachés wurde nur der Tag der Abreise an die thessalische Grenze festgesetzt.

Konstantinopel, 4. Mai. Der Aufstand unter der Bevölkerung in Jemen konnte von den dorthin entsandten türkischen Truppen in Stärke von 2 Bataillonen nicht unterdrückt werden; es gesehen sogar 1/2, Kompagnien in Gefangenschaft. Von Heftias wurden 4 weitere Bataillone nach Jemen beordert; auch hat sich der neue Wall Hussein Simi Effendi in das Aufstandsgebiet begeben.

Afrika.

Freetown (Sierra Leone), 4. Mai. Im Hinterlande der Kolonie sind Unruhen entstanden wegen der auf die Häften der Eingeborenen gelegten Steuer. Die Unruhen breiten sich auf andere Distrikte aus, auch auf solche in nächster Nähe von Freetown. In der Stadt werden Freiwillige aufgeboden.

Tunis, 4. Mai. Das Amtsblatt veröffentlicht ein Dekret, nach welchem die wichtigsten französischen Produkte, die bisher mit der Konkurrenz der gleichartigen Produkte des Auslandes zu kämpfen hatten, zollfrei in Tunis eingeführt werden können. Auf Produkte des Auslandes wird der französische Minimaltarif angewandt werden.

Sien.

Französische Missionäre ermordet. Die in Lyon erscheinenden „Missions Catholiques“ veröffentlichen ein Telegramm aus Hongkong, dem zufolge am 21. April in der Provinz Kwangsi der aus dem Departement Puy-de-Dom gebürtige Missionar Verhelot und mehrere andere Christen ermordet wurden.

Peking, 4. Mai. Es verlautet, Frankreich habe wegen der jüngst erfolgten Ermordung eines französischen Missionars in Tung-shin von der chinesischen Regierung eine Geldentschädigung verlangt.

In Kalkutta ist infolge der Pest ein großer Streik in der Jute-
fabrikation ausgebrochen. Die meisten Fabriken haben den Betrieb
eingestellt. Es herrscht große Erregung. In Dundee (Schottland)
haben die Preise deshalb schon stark angezogen.

Parlamentarisches

Der Bundesrath hat in seiner heutigen Sitzung den Entwurf
von Bestimmungen wegen Herstellung einer Statistik der Strafen
und Ansperrungen, sowie den Entwurf einer Geschäftsordnung
für den Vorkonferenz-Ausschuss den zuständigen Ausschüssen überwiesen.
Dem Ausschussbericht über die Vorlage vom 2. April d. J. betreffend
den Vollverwaltungsstellen-Etat für Hamburg, sowie dem Ausschuss-
bericht über die Beschlässe des Landes-Ausschusses zu dem Entwurf
eines Gesetzes für Ulfah-Vorbringen, betreffend die Buzinalstrafen
wurde die Zustimmung erteilt.

Die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstags hat über
die Ergebnisse der Wahlprüfungen in der neunten Legislaturperiode
von 1893 bis 1896 Bericht an das Plenum erstattet. Danach waren
an die Wahlprüfungs-Kommission 119 Wahlen zur Prüfung ab-
gegeben. Davon erledigten sich: 2 durch den Tod des Abgeordneten,
7 durch Niederlegung des Mandats und zwar 8 vor, 4 nach statt-
gehabter Verklung der Wahl, 1 durch Zurücknahme des Protestes.
Von den verbliebenen 109 Wahlen wurden von dem Reichstag in
Uebereinstimmung mit den Beschlässen der Kommission ohne Beweis-
erhebung 72 für gültig, darunter 20 mit Resolutionen, 6 für un-
gültig, nach statgehabter Beweiserhebung 21 für gültig, 10 für
ungültig erklärt.

Der Schluss des preussischen Landtages soll von der
Staatsregierung auf den 18. Mai, einen Tag vor Himmelfahrt, in
Aussicht genommen sein. Bis dahin können die wichtigsten Vorlagen in
beiden Häusern sehr wohl erledigt sein. Es bleibt dabei, daß im
Abgeordnetenhaus die zweite Beratung der Vorlage über das Dienst-
einkommen der evangelischen und katholischen Pfarrer am Son-
abend, 7. Mai, beginnen wird. Voraussichtlich wird sie am Montag,
9. Mai, ihren Abschluß gefunden haben. Die dritte Beratung dieser
Vorlage würde sich abdam am Dienstag 10. Mai unmittelbar an-
schließen und am demselben Tage zu Ende gehen. Am 11. Mai
gedenkt, wie berichtet worden, die betreffende Kommission des Herren-
hauses in die Beratung der Vorlage einzutreten. Man nimmt an,
daß dieselbe nicht viel Zeit in Anspruch nehmen und zur Ge-
nehmigung der Beschlässe des Abgeordnetenhauses führen wird.
Das Plenum des Herrenhauses ist zum 18. Mai einberufen worden.
Auf der Tagesordnung dieser Sitzung stehen hauptsächlich Petitionen.
An diese Sitzung werden sich mehrere andere Plenarsitzungen an-
schließen, um das übrige Arbeitspensum zu bewältigen. Die vom
Abgeordnetenhaus noch herüberkommenden Vorlagen: das Sekundär-
bahn-Gesetz, die Privatdozenten-Vorlage, der Gesetzentwurf betreffend
die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter werden vorher kommissarisch
berathen.

Kommunales.

Stadtverordneten- Versammlung.

14. Sitzung vom Donnerstag, den 5. Mai,
nachmittags 5 Uhr.

Zu der auf der Tagesordnung stehenden Vorlage wegen Er-
höhung der Gehälter der städtischen Beamten und Angestellten ist eine
große Anzahl von Petitionen eingegangen.

Die Sommerferien der Versammlung werden, wie üblich, auch
für dieses Jahr in die Monate Juli und August verlegt.
Zur Beschlußfassung steht die Vorlage betr. den Abschluß eines
neuen Vertrages mit den Berliner Elektrizitäts-
werken. Das wesentliche des Inhalts des Vertrages ist den Lesern
seinerzeit mitgeteilt worden.

Von verschiedenen Seiten wird Ausschussberatung beantragt.
Stadtv. Vogtherr: Die Versammlung hat 1894 und 1896
in Resolutionen den Magistrat aufgefordert, nicht über die Ver-
längerung des Vertrages, sondern darüber in gemischter Deputation
zu berathen, ob und wie eine Uebernahme der Werke in städtische
Regie anzubahnen sei. Aus der Vorlage gewinnt man den Eindruck,
daß der Magistrat selbst wenigstens die Möglichkeit geschaffen
hat, daß die Gesellschaft mit dem Wunsche einer Neu-
regelung des Vertragsverhältnisses an die Stadt herantrat. Das
Gesetz in dem Augenblicke, wo dem Unternehmergewinn der Gesell-
schaft Gefahr drohte. Wir erleben hier dasselbe Schauspiel, wie wir
es bei anderen privatkapitalistischen Unternehmungen erlebt haben;
ich brauche ja nur an das sommerliche Vertragsverhältnis mit der
Pferdebahn zu erinnern. Der Vertrag, wie er vorliegt, enthält, selbst
wenn man den Betrieb weiter in Privat Händen lassen will, nicht soviel
Vorteile für die Stadt, daß sie ein hinreichendes Äquivalent für Weiter-
belassung des Betriebes bis 1915 in den Händen der Gesellschaft
darstellen könnte. Die Ausdehnung des Reges würde auch ohne neuen
Vertrag, ohne Verlängerung der Vertragsdauer sehr leicht möglich
sein. Die weiteren Vergünstigungen für die Stadt, Ermäßigung der
Kosten für die öffentliche Beleuchtung, Erhöhung der Bezüge der
Stadt, fallen weniger ins Gewicht. In welchem Verhältnis aber tritt
die Stadt mit diesem Vertrag bezüglich der Beleuchtung
und des Betriebes unserer Straßenbahnen? Wir sind mit der
Pferdebahn-Gesellschaft einen neuen Vertrag eingegangen, der un-
bedingt dahin führen muß, daß wir sehr bald den Betrieb über-
nehmen könnten; da heißt es, die Interessen der Stadt einfach preis-
geben, wenn bis 1915 das elektrische Betriebsmittel in den
Händen der Privatgesellschaft bleiben soll, wenn auch die Straßen-
bahn zur Entnahme der Elektrizität von den Werken verpflichtet
ist. Der Magistrat stellt es als zweckmäßig hin, die Elektrizitäts-
werke schon jetzt in städtischen Betrieb zu nehmen, erklärtermaßen
wlegt die finanzielle Seite der Frage beim Magistrat vor. Er bezweifelt,
daß durch städtischen Betrieb gleich hohe Gewinne erzielt werden können
als durch Privatbetrieb. (Sehr richtig!) Die Einnahmen der Gesellschaft
sind seit 1895 fortwährend gestiegen; der Reingewinn beträgt seit
lange 30 pCt. der Einnahmen. Ein Unternehmergewinn von dieser
Höhe ist außerordentlich hoch gegenüber der unzureichenden Summe,
mit der die Stadt abgepeist wird. Die Stadt soll nun überhaupt
nicht geeignet sein, weder technisch noch kaufmännisch, solche Unter-
nehmungen zu betreiben. Aber betreibt die Stadt nicht schon jetzt
eine Reihe solcher geschäftlichen Unternehmungen? Besitzen wir nicht
auch schon einen sachverständigen Vorkonferenz-Ausschuss, einen elektrischen Techniker
in städtischen Diensten? Und beruft sich nicht der Magistrat oft
genug gerade auf den kaufmännischen Standpunkt, so bei den Gas-
und Wasserwerken? Daß das Gebiet der elektrischen Unternehmungen
in fortschreitender Entwicklung ist, daß der Betrieb sich immer be-
deutsamer gestaltet, muß der Magistrat selbst zugestehen; um
so größer ist also auch unser Interesse, diese Dinge aus erster
Hand zu verwalten und zu regeln. Mit diesem Vertrag aber
geben wir uns wieder auf Gnade und Ungnade in die Hände der
Aktien-Gesellschaft; wir begeben uns bis 1915 der Möglichkeit,
die Werke auf der Höhe zu erhalten, auf die sie unter Umständen
gebracht werden müssen, um allen berechtigten Ansprüchen zu genügen.
Wird denn bei der Nothwendigkeit der Uebernahme durch die Stadt
die Fähigkeit in technischer und kaufmännischer Hinsicht plötzlich wie
ein deus ex machina, wie eine Erleuchtung über den Magistrat
gelommen sein? Nach unserer Meinung besteht für die Stadt das
dringende Interesse an der Uebernahme der Werke in städtische
Regie schon jetzt voll. Nicht den Vertrag haben wir verlängern
wollen, sondern von dem uns vertragsmäßig zustehenden Recht
wollten wir Gebrauch machen, den ungeheuren Gewinn von 30 pCt.
nicht den Unternehmern, sondern dem Stadtkäse zu überlassen.
Nur auf diese Weise kann die Frage zur allseitigen Befriedigung ge-
ordnet werden.

Stadtv. Jacobi: Das Letztmotive des Vorkonferenz- und seiner
Partei, die gewerblichen Anstalten der städtischen Verwaltung zu
überweisen und ihre Produkte zum Selbstkostenpreise abzugeben,
wird uns auch heute wieder vorgetragen. Die Mehrheit will
aber 100 pCt. der Einkommensteuer nicht überschreiten, was der Fall
sein würde, wenn diese Dinge in städtische Regie übernommen
würden. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Das Beispiel der
Staats-Eisenbahn-Verwaltung kann uns nicht ermutigen, diesen Weg

zu betreten. Die Sozialdemokraten glauben, daß bei der Uebernahme
solcher Unternehmungen stets der Private den Vortheil zieht und die
Stadt im Nachtheil ist. Das ist nicht der Fall; sehr wohl können
bei solchen Verträgen beide Theile ihre Rechnung finden, wie zum
Beispiel die Paderbader-Gesellschaft zeigt. Es steht doch fest, daß ein
städtischer Betrieb schwerfälliger, bürokratischer als ein Privat-
betrieb und sicher nicht so kaufmännisch wie dieser ist. Auch ist die
Stadt nicht im Stande, Ingenieure mit so bedeutenden Gehältern an-
zustellen, wie sie die Angestellten der Gesellschaft erhalten. Die
Ansprüche an die Stadt würden bei Regiebetrieb ins Un-
gemessene wachsen, wie wir es schon bei der Abgabe des Gases er-
leben. Wo soll da schließlich die Rentabilität herkommen? Berlin
hat den billigsten Tarif; die Abgabe an die Stadt beträgt jetzt
787 000 M. und wird im laufenden Jahre 1 Million betragen. Der
neue Vertrag schließt das ganze Weichbild der Stadt an die Werke
an. (Zuruf: Aber das steht ja alles in dem Vertrage! Wo bleibt
das Neue?) Die Stadt könnte auch jederzeit neben der Ge-
sellschaft ein eigenes Institut gründen oder neue Konzeptionen er-
stellen; von einem Monopol zu reden, ist also nicht berechtigt.
Die Gesellschaft errichtet jetzt an der Oberspree ein Establishment
für die Umgebung Berlins für vorläufig 50 000 Pferdekäfte; die
Stadt könnte garricht zur Errichtung eines solchen Werkes über-
gehen. Der dort erzeugte Wechselstrom soll nach Berlin herein-
kommen und hier umgeleitet werden; aus von diesem Strom be-
kommen wir die 10 Prozent; wir sind überhaupt bei diesem Werke
nur am Gewinn beteiligt. (Zuruf: Auch das haben wir gelesen!
Weiterkeit.) Wir hoffen, daß die Ausschussberatung die Vorlage so
gestalten wird, daß sie der Stadt zum Segen gereicht.

Stadtv. Dinje: Sicherlich hat die Gesellschaft ein heilloser
Schreden ergriffen, als seinerzeit die Deputation den Be-
schluß auf Uebernahme gefaßt hatte; denn unmittelbar
darauf nahm sie die Verhandlungen wieder auf und
das Ergebnis ist die Vorlage. Diese befriedigt mich in keiner Weise.
Die Stadt verzichtet unter allen Umständen bis 1915 auf die Ueber-
nahme und behält das Vertragsgebiet auf ganz Berlin aus. Die
eingehenden Vortheile sind eitel Schäume. Geradezu unangenehm
kann es werden, daß die Stadt eine direkte Einwirkung auf die
Tarife nicht hat, sondern bloß fünfjährige Revision stattfinden
soll. Ganz wunderbar ist, daß die Beschäftigung der Gesellschaft zur
Ausführung von Leitungen trotz der Vermehrung der Anträge aus
dem Publikum noch eine weitere Einschränkung erfahren soll. Auch
ich meine, daß bei der ungehalten und unabwehrbaren Entwicklung
der Verwendung der Elektrizität die Stadt bei eigenem Betriebe selbst
bei milder leistungsfähiger Verwaltung ganz außerordentliche Ge-
schäfte machen würde. Und mußte denn die Stadt ihre Techniker
mit so armen Gehältern abspießen, wie sie jetzt unsere Stadt-
räthe bekommen? Wenn wir Besitzer der Werke sind, könnten wir
auch den Leitern solcher Werke das zahlen, was ihnen die Privat-
gesellschaften geben. Der Ausschuss sollte die Frage der Uebernahme
der Werke in die städtische Regie mit dem Jahre 1900 in ernste Er-
wägung ziehen.

Stadtv. Direktor Goldschmidt wendet sich ganz entschieden
gegen die Uebertragung der Werke in städtischen Betrieb. Es würden
damit sofort große Erweiterungsarbeiten notwendig sein; daraus
ergäben sich dann mit jedem Jahre wachsende Schwierigkeiten. Für
gewerbliche Zwecke würde die Stadt wiederum nicht mehr
als die Selbstkosten erheben dürfen, denn die so leb-
haft geforderte Hebung des Handwerksbetriebes besteht darin,
daß ihm die Elektromotoren zugänglich gemacht werden. Wo soll
da die Stadt finanziell bleiben, und welches Risiko geht sie ein,
wenn solche Anlagen entwerfen werden? Eisenbahn- und Gas-
betriebe können hier gar nicht zum Vergleiche herangezogen
werden. Die Verwaltung würde mit jedem Tage unpopulärer
werden, wenn sie einen so gewaltigen Betrieb in eigene
Hand nähme. Welche Entschädigungen würden bei Unfällen,
Verletzung der Beleuchtung u. z. zu zahlen sein, und wie würde auf
die Stadt räsonnirt werden!

Stadtv. Schwalbe: Die Verhandlungen schweben doch schon
über 10 Jahre; der Vorkonferenz hat sie vielleicht nicht ganz genau
verfolgt. Daß die Elektrizität noch am Anfang ihrer Entwicklung
steht, ist nicht richtig. 1888 war die Versammlung fast einstimmig
im Prinzip einig über die Vorzüge derartiger städtischer Anlagen;
aber man fand damals thatsächlich noch im Anfang der
Entwicklung, und daher wurde der Vertrag geschlossen. Die Gründe,
welche vor zwei Jahren die gemischte Deputation dazu brachten,
die Uebernahme für wünschenswerth zu erklären, sind bis heute nicht im
geringsten erschüttert. (Hör, hör!) An den nöthigen tüchtigen
Technikern für die Stadt würde es nicht fehlen; auch Konkurrenz-
bedenken lassen sich mit Erfolg nicht geltend machen. Trotz des
großen Werkes an der Oberspree würde ich mich nicht scheuen, für die
Uebernahme einzutreten. 1915 wird die Stadt garricht mehr die
Möglichkeit haben, sich von der Gesellschaft loszumachen. Gewiß
sind beachtenswerthe Gegenstände vorhanden, aber der Ausschuss
sollte doch in nochmalige sorgfältige Erörterung der Frage eintreten.

Stadtv. Singer: Herr Jacobi hat sich über Haltung und
Standpunkt der sozialdemokratischen Partei ausgelassen und
diese Haltung durchaus falsch dargestellt, wenn er behauptet,
wir verträten den Standpunkt, daß alle diese Dinge zum Selbst-
kostenpreis abgegeben und dafür die Steuern erhöht werden sollten.
Es fällt uns das garricht ein, obwohl wir der Meinung sind, daß
je nach der gemeinschaftlichen Art dieser Dinge die Gebühren be-
rechnet werden müssen. Gerade damit die Steuern nicht
erhöht zu werden brauchen, wollen wir den Nutzen, den
Sie dem Privatkapital in den Händen werfen, für die Stadt
behalten. Sachverständige, Direktoren und Leiter würde die
Stadt schon finden. Herr Jacobi war bewundernswürdig informiert
über die Thätigkeit der Gesellschaft und sogar über ihre Zukunftspläne,
das beweist mir, daß er der geborene Direktor einer solchen
städtischen Anstalt sein würde. (Große Heiterkeit.) Leider stehen wir in
der städtischen Verwaltung immer noch auf dem Standpunkt, daß
alle Nutzen abwerfenden Unternehmungen dem Privatkapital über-
lassen werden müssen. Die Müllabfuhr, die Markthallen, Kiesel-
felder und Kanalisation hat man der Stadt überlassen. (Unruhe.)
Neuer Standpunkt und die Abpeisung mit einer Abgabe zeugt von
einer Auffassung, welche in ihrer Konsequenz die Stadt
erheblich schädigen muß. Es müssen für die Stadt andere
Einnahmen geschaffen werden, und sie können geschaffen
werden, indem man solche nützlichen Anlagen in städtische Ver-
waltung nimmt und so wahrhaft gemeinnützig verfährt. Statt
dessen müssen wir uns sagen lassen, daß wir der Gesellschaft noch
dankebar sein, daß sie die Werke führt, und ihnen ihre Dividende
gönnen sollen; das können doch bloß solche, die Aktien dieser Unter-
nehmungen besitzen. Wie soll denn die Vertretung der Reichshauptstadt
nicht leisten können, was eine lumpige Aktien-Gesellschaft leisten kann!
(Beifall und Heiterkeit.) Wir werden im Ausschuss mitarbeiten, im
einzelnen so viel wie möglich für die Stadt herauszuschlagen suchen;
aber die Auffassung Dinje's und Schwalbe's müßte doch auch für
die Mehrheit durchschlagend sein. Die Heranziehung der Pferdebahn
ist ganz unzulässig, weil dort für uns eine Zwangslage bestand. Das
trifft hier nicht zu. Dem Kollegen Goldschmidt erscheint die Gesell-
schaft sogar als Vertreter des Handwerks. Sollte es der Stadt
unmöglich sein, dem kleinen Handwerker Motoren zu liefern, und
mühten Sie nicht deswegen gerade erst recht für die städtische
Regie stimmen? Und hat sich denn etwa der Urstoff der
Elektrizität verändert? Das hat Herr Goldschmidt, der doch
darauf hinwies, daß Gas und Dampf sich nicht verändert
hätten, nicht erläutert (Weiterkeit), weil er es eben
nicht konnte. Gerade die Verbindung mit der elektrischen
Straßenbahn zwingt die Stadt, die Sache in eigene Regie
zu nehmen zu einer Zeit, wo sie noch dazu in der Lage ist. Jede
fünf Jahre, die die Stadt wartet, machen sie zur Uebernahme un-
möglich. Gerade weil die Möglichkeit vorliegt, daß das nächste Jahrzehnt
unfassende Veränderungen in den Maschinen herbeiführt, will ich die
Werke jetzt übernehmen, nicht nach fünf, nach zehn Jahren, wo die
heutigen Maschinen vielleicht bloß noch den Werth von altem Eisen
haben. Will die Stadt ernsthaft die Versorgung der Stadt mit
Elektrizität in die Hand nehmen, so ist der geeignete Zeitpunkt jetzt.
Der Vertrag wahrt die Interessen der Stadt nicht genügend; er

ist ein Meisterstück einer Aktien-Gesellschaft, Paragraphen zu
formuliren, die nach etwas aussehen, aber keinen Inhalt haben.
Wir haben doch nicht nötig, und von einer Aktien-Gesellschaft Sand
in die Augen streuen zu lassen. Gätten die Herren nicht die
Sicherheit, mit der Erhöhung des Aktienkapitals und mit der Er-
höhung der Abgabe auf 35 pCt. gute Geschäfte zu machen, sie hätten
den Vertrag nicht abgeschlossen. Im dem Tage, wo der Magistrat
dem Vertrage zustimmte, stiegen die Aktien der Gesellschaft an der
Börse um 10-15 pCt.! Was mit den Steuern der Gesamtheit
der Bürger-Gesellschaft geschaffen ist, auf Straßen und Plätzen soll auch
im Interesse der Gesamtheit verwendet werden; wir wollen nicht
arbeiten, damit die Aktionäre statt 6 pCt. 12 pCt. Dividende be-
kommen! (Beifall.)

Stadtv. Kallisch: Wir haben doch von den städtischen Industriellen
Unternehmungen sehr schönen Gewinn und werden auch von den
Elektrizitätswerken in aller Ruhe einen schönen Gewinn haben. Der
durchschnittliche Reingewinn der Gesellschaft beträgt 7 1/2, nicht
30 pCt. Ich schreibe mich ganz dem Kollegen Goldschmidt an. In
vielen Einzelheiten muß der Vertrag allerdings abgeändert werden.

Damit schließt die erste Beratung. Persönlich bemerkt Stadtv.
verordneter Vogtherr, daß Herr Jacobi sich wohl seine Polemik
gegen ihn schwarz auf weiß von Hause mitgebracht habe. Er habe
die Rede, gegen die Stadtv. Jacobi sich gewendet, gar nicht gehalten.
(Weiterkeit.)

Stadtv. Singer meint, daß bei der ausgezeichneten Informi-
rung des Stadtv. Jacobi auch vielleicht einige Direktoren der Ge-
sellschaft mitgewirkt haben. (Unruhe; Ruf: Ungehört!)

Vorsitzer Dr. Langers hat sich erudirt, doch nicht solche Ver-
dächtigungen auszusprechen.

Stadtv. Jacobi scheidet in der Ausführung Singers, daß er sich
zum Direktor des städtischen Werkes eigne, einen kleinen persönlichen
Angriff.

Stadtv. Singer scheidet nicht ab, wie eine Verdächtigung darin
liegen soll, wenn angenommen wird, daß jemand sich an der Stelle
insinuiert, die ihm die sachverständigste scheint.

Stadtv. Jacobi erklärt es unter seiner Würde, auf solche
Insinuationen einzugehen.

Die Vorlage geht an einen Ausschuss.

Es folgt die Beratung der Vorlage betreffend die ander-
weitige Bestimmung der Diensthalters-Gehälter
für verschiedene Beamtenkategorien und die Bewilligung von Stellen-
zulagen.

Vom Stadtv. Singer ist Ausschussberatung beantragt mit
der Maßgabe, daß der Ausschuss auch über die Hilfsarbeiterfrage
verhandeln soll. Stadtv. Hugo Sachs beantragt, den Magistrat zu
eruchen, die Vorlage durch Vorschläge zur Regelung der
Dienstverhältnisse der Bureau-Hilfsarbeiter zu ergänzen und die
Verfassung bis dahin zu vertagen. Stadtv. Preuß will die Vorlage
dem Magistrat zur Vervollständigung in derselben Richtung zurück-
geben.

Stadtv. Singer: Ich glaube, die Einzelheiten der Vorlage
wird nur ein Ausschuss gründlich prüfen können. Die Frage, ob
nach der Entwicklung der Verhältnisse die Gehälter noch richtig
normirt sind, ist allerdings der Prüfung bedürftig. Gegen die Ver-
größerung aber, daß wir unsere Beamten besser bezahlen müssen, als
der Staat, weil wir nicht Rang und Titel zu vergeben haben, lege ich
keine Verwahrung ein. Ich weiß nicht, ob die Vergrößerung mit
China auch in der Hinsicht bei uns Einfluß hat, daß für den
Mangel in der äußeren Erscheinung Ersatz im Gehalt zu suchen ist.
Uebrigens hätte ich gar nichts dagegen, wenn das die Beamten
erfreuen sollte, auch Rangunterchiede eintreten zu lassen. Schließlich
ist aber doch eine Anstellung bei der Stadt Berlin an sich schon
geordnet, auch die erforderliche Arbeitsfreudigkeit zu schaffen.
Der für die Magistratsbeamten vorgeschlagenen Regelung, die deren
Verbleiben in diesen Stellen ermöglicht, stimme ich zu; die Auf-
fassung, daß diese Stellen nur Durchgangsposten sind, ist nicht zu
halten. Ausschussberatung würde ich auch aus dem
Grunde, weil der Magistrat von uns aufgefordert werden
soll, uns eine Ueberzicht über Löhne und Arbeitszeit
der städtischen Arbeiter zu geben. Die Gründe für Erhöhung der
Beamtengehälter sprechen auch für Erhöhung der Arbeiterlöhne; es
muß der Versuch gemacht werden, ob es nicht möglich ist, den Stand-
punkt, den die Stadtgemeinde auf diesem Gebiete einnehmen soll,
organisatorisch zu betreten. In dem Wunsche, die Hilfsarbeiterfrage zu
regeln, treffen ja alle drei Anträge zusammen. Wir möchten aber
nicht durch Zurückgabe oder Vertagung die Erledigung der Vor-
lage aufhalten, zumal wir ja die letzte Entscheidung immer
in der Hand behalten. Wir möchten auch diese Regelung
der Hilfsarbeiter-Frage endlich einmal aus den verfahrenen
Bureaus des Magistrats heraus haben. Ab und zu liest man in den
Zeitung, daß der Magistrat eine Kommission für diese Frage nieder-
gesetzt hat; warum soll diese Prüfung nicht im Ausschusse vorgenommen
werden? Dann würde doch von vornherein ein gemeinsames Arbeiten
möglich sein. Wer zu einer schnellen Regelung der Frage gelangen
will, wird unseren Antrag annehmen müssen.

Stadtv. Hugo Sachs: Die Regelung der Hilfsarbeiterfrage
ist als Nothwendigkeit allseitig anerkannt. Ich hoffe daher, daß
unser Vertagungsantrag zur Annahme gelangt. Herr Singer
habe ich so von Vertrauen zum Magistrat noch nie über-
sehen sehen wie jetzt. Wir können doch gar nicht an
die Vorlage gehen, so lange sie noch nicht durch die
Kategorien ergänzt ist, denen höchste Gerichtsentscheidungen die
Beamtenqualitäts zugesprochen haben. Da muß ein Druck ausgeübt
werden; dieser Druck ist ein zulässiger. Was der Ausschuss nach dem
Antrag Singer kann, ist doch bloß Vorbereitung für einen Ver-
sammlungsbeschluß, der den Magistrat nicht bindet; der Magistrat
muß vorbereiten.

Oberbürgermeister Belle: Ich fürchte, daß durch diesen An-
trag die Vorlage auf lange Zeit zurückgeschoben wird. Da
eine grundsätzliche Aussprache über die Hilfsarbeiterfrage hier
lange nicht stattgefunden hat, so bemerke ich über die Entwicklung
der Frage, daß die Hilfsarbeiter stets angenommen worden sind nach
schriftlicher Bestätigung, daß sie auf Beamtenrechte keinen An-
spruch machten. Wir lebten im tiefsten Frieden, bis ein Hilfs-
arbeiter, der vom Magistrat entlassen wurde, mit der Behauptung
auftrat, er sei lebenslänglich angestellt. Das Ober-Verwaltungsgericht
wies ihn ab, das Zivilgericht in zwei Instanzen auch, da erhielt
er einen günstigen Spruch überraschenderweise bei dem Reichsgericht.
Diese Kalamität für Berlin und andere Städte wird durch eine
Regierungsmahregel beseitigt werden. Jetzt verlangt man hier eine
Regelung, als ob noch gar nichts geschehen wäre. Wir
haben den Herren doch ein pensionfähiges Jahrgeld be-
willigt und sie zur Ruffrentenprüfung ohne Rücksicht auf die
Altersgrenze zugelassen. Im Jahre 1897 sind 31 Hilfsarbeiter zu
Ruffrenten ernannt, für jetzt sind noch 23 gemeldet. Voll-
ständige Unthätigkeit in dieser Sache ist also nicht zu beklagen.
Die entlassenen Hilfsarbeiter haben prozessirt, nicht der Magistrat,
und am wenigsten dieses aus Muthwillen, wie es in der meist ein-
seitig unterzeichneten Presse fast immer dargestellt wird. Nur in dem
einen Falle Malitz ist der Magistrat unterlegen, viermal hat er gezeigt.
Wir haben jetzt den Spieß umgedreht und die, die wir entlassen müssen,
auf die Feststellung, daß sie nicht Beamte sind, zu verlagern befohlen.
Die Staatsregierung hat mit Rücksicht auf diese Kalamität eine Kon-
ferenz der Gesetzgebung vor, die im nächsten Jahre sicher kommen wird.
Unsere Kommission hat jetzt vorgeschlagen, wenn dies Gesetz da ist, mit
den Hilfsarbeitern Vereinbarungen zu treffen. Bei denen, die sich
nach dem Fall Malitz als Beamte ansehen und sich auf solche Verein-
barungen nicht einlassen wollen, wird allerdings dem formellen
Recht genüge gethan und deren Anstellung empfohlen werden müssen.
In der Ruffrenten-Aussprache hat ja auch die Versammlung vor dem
Reichsgericht's Erkenntnis nicht Halt gemacht. Auch der finan-
zielle Gesichtspunkt kommt in Betracht; im Ausschusse würde
ich mich darüber im einzelnen auslassen. Von neuen Beamten-
kategorien ist doch noch nicht zu sprechen; vorläufig besteht sie bloß
aus Herrn Malitz, der selbst erklärt, kein Beamter zu sein. Wenn
Sie die Vorlage in absehbarer Zeit zu stande bringen wollen, nehmen
Sie den Antrag Singer an!

Stadtv. Dr. Preuß ist durch diese Ausführungen nicht über-

zeugt. Die ganze Lage zwingt zu sofortiger Regelung der brennenden Hilfsarbeiterfrage.

Stadt. Spinola will die Vorlage in einem Ausschuss und die Hilfsarbeiterfrage event. in gemeinsamer Deputation beraten. Er empfiehlt außerdem eine Gehaltsaufbesserung der Stabsbeamten. Stadt. Wallach: Die Ausführungen des Oberbürgermeisters zwingen gerade zur Annahme des Antrages Sachs. Die Regelung kann nicht länger aufgeschoben werden.

Oberbürgermeister Zelle: Mit der Hinausschiebung habe er nur gemeint, dass vielleicht die Ferien dazwischen kommen würden. Die Hilfsarbeiterfrage lasse sich ohne Festsetzung der Anfangsgehälter der Beamten nicht lösen.

Stadtsyndikus Weise: Mit der Schaffung neuer Assistentenstellen wird unser Personal nicht ohne weiteres vermehrt.

Stadt. Cassel wird nach den Erklärungen des Oberbürgermeisters für einen Ausschuss stimmen.

Stadt. S. Sachs bleibt bei seinen früheren Ausführungen stehen.

Der Antrag auf Ausschussberatung wird angenommen.

Die übrigen Gegenstände sind von minder allgemeinem Interesse. Schluss gegen 9 Uhr.

Partei-Nachrichten.

Der 1. Mai ist auch in Stendal unter überaus zahlreicher Beteiligung gefeiert worden.

In Hocht. a. M. war, wie berichtend mitgeteilt sei, die Versammlung von 200 und das Fest von 1000 Personen besucht.

Unter den jüdischen Arbeitern Westfalands wurde einige Tage vor dem 1. Mai ein von dem jüdischen Arbeiterbund Westfalands und Polens herausgegebenes Flugblatt und eine Broschüre verbreitet, worin die Bedeutung der Maifeier für die russischen Arbeiter ausführlich erörtert ist. Außerdem wurden Exemplare eines gedruckten Zettels an den Mauern angeheftet und in die Straßen geworfen, dessen Text unter anderem lautet: „Wir fordern gleiches Recht für alle Nationalitäten und Aufhebung der schändlichen Ausnahmegeetze gegen die Juden; wir fordern das Recht, Streiks zu führen, das Versammlungsrecht, Rede- und Pressefreiheit, wir fordern ein Parlament, in welches das Volk seine Vertreter mittels allgemeiner, direkter und geheimer Wahlen entsendet, wir fordern gesetzliche Verkürzung des Arbeitstages auf 8 Stunden.“

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Die „Neuflische Tribune“ in Gera hatte den Lehrer Weiser in Debschitz wegen der Art getadelt, wie er die Schulkinder züchtigte. Der Lehrer sagte und erzielte vor dem Schöffengericht die Verurteilung des Redakteurs Hugo Ködiger zu 150 M. Geldstrafe oder vier Wochen Gefängnis, obwohl er die Thatfachen selbst im wesentlichen zugeben musste und auch schon einmal wegen Uebertretung des Züchtigungsrechts mit 30 M. bestraft worden ist. Das Gericht erblickte die Verleumdung in der Form des Artikels. Mit der Bezeichnung „Prügelpädagogen“ sei nicht nur dem Weiser, sondern dem gesammten Lehrerstand vorgeworfen, dass er das Prügeln als hauptsächlichstes Erziehungsmittel zur Anwendung bringe, während es doch nur ein Hilfsmittel darstelle. Ferner werde mit der besonderen Angabe, der Lehrer Weiser sei unehrlich, diesem der Vorwurf gemacht, dass er kein Mitgefühl mit Schülern und Eltern empfinde, was eine schwere Verleumdung bedeute.

Redakteur Weiswanger von der „Frankischen Volks-Tribüne“ in Würzburg wurde vom Schöffengericht wegen Verleumdung des Schneidermeisters Dentler zu 20 M. und den üblichen Nebenstrafen verurteilt. Es handelte sich um einen Artikel über die Behandlung eines Lehrlings des genannten Meisters. Als Beuge sagte der Lehrling u. a. aus: „Ich war recht ungenossen und schlecht, drum habe ich immer Hiebe bekommen. Wenn ich solche bekam, dann habe ich sie verdient. Ich danke meinem Meister für die strenge Zucht, wenn ich einmal älter bin. Ich will mich jetzt bessern.“ Selbst der Gerichtsvorstand musste lachend zugeben, dass ihm solch ein Muster von Lehrling noch nicht vorgekommen sei.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Masseier. Zwei Berufsgruppen, die Gastwirthsgehilfen und die Musiker, denen ihre Berufstätigkeit es nicht gestattet, den Weltfeiertag mit den übrigen Arbeitern zusammen zu begehen, haben dies nachträglich gethan. — Die Gastwirthsgehilfen hielten die Feier am 3. Mai in der Brauerei Friedrichshain ab. Die Festrede des Reichstags-Abgeordneten R. Schmidt fand reichen Beifall. — Die Silberberuf-Musiker hatten die Feier am 4. Mai anberaumt. Genosse Kolye hielt das Referat, worauf die Resolution der Gewerkschaftskommission mit kleinen Änderungen einstimmig Annahme fand. Das nachfolgende gemüthliche Beisammensein wurde verschönt durch einige Lermige, dem Zweck entsprechende Lieder.

Deutsches Reich.

Die Hensburger Tischler werden am 7. d. M. in den Streik eintreten, da von der Jünung jede Verhandlung über eine Lohnforderung scharf abgelehnt wurde.

Der Steinarbeiter-Ausstand in Striegan dauert fort. Von der Vereinigung der Unternehmer wurde jede Lohnhöhung verweigert und eine Annäherung, Verhandlungen anzuknüpfen, scharf zurückgewiesen. Ruc die Firma Lehmann hat sich bereit erklärt, 12 pCt. Lohnhöhung zu gewähren und ist hier die Arbeit von 100 Ausständigen wieder aufgenommen. Im Ausstand befinden sich noch 530 Arbeiter.

Im Müschener Tischlerstreik wurde von dem Vorsitzenden des Holzarbeiter-Verbandes, Karl Klotz, der Versuch gemacht, in Verhandlung mit den Unternehmern einzutreten. Die Unternehmer lehnten jedoch dieses Gesuch ab und dauert somit der Ausstand unverändert fort.

Ausland.

In Eger sind sämtliche Ladrer und Zimmermalergelilien im Ausstand. Sie fordern den Zehnfundentaler und Lohnaufbesserungen.

Berichts-Beitrag.

Ein Vorgang, der sich am Abend des 21. März auf dem Friedhofe der Märzgefallenen im Friedrichshain ereignete, beschäftigte gestern die 130. Abtheilung des Schöffengerichts. Auf der Anklagebank befanden sich der Strumpfwirker Emil Eiding und der Zigarrenarbeiter Carl Wach, denen die Anklage eine ganze Reihe von Straftaten zur Last legte. Der Wachmeister Hamann bemerkte an dem genannten Abend, dass Eiding eine Anzahl Menschen um sich versammelte, denen er mit lauter Stimme die Inschriften, die sich auf den Grabsteinen befanden, vorlas. Um Ruhestörungen vorzubeugen, untersagte der Beamte dem Angeklagten das laute Vorlesen. Es kam zu einem Wortwechsel, der Beamte gebot schließlich dem Angeklagten, den Friedhof zu verlassen, worauf der letztere erwiderte: „Der Friedhof ist für die Arbeiter da und nicht für die Schulleute.“ Wach mengte sich hinein und schließlich wurden beide zur Wache geführt. Eiding soll dem Beamten nur widerstrebend gefolgt sein und ihm einen leichten Stoß gegen die Brust gegeben haben. Auf der Wache wurde E. in die Einzelzelle gesperrt. Er rammte dann mit dem Kopf gegen die Thür, das die Hölle zerrüttet wurde. Der Staatsanwalt betonte, dass eine Ausschreitung, an dem bezeichneten Ort und zu der erwähnten Zeit begangen, eine ganz besonders schwere Handlung erheische, er beantrage gegen E. wegen groben Unfugs, Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Sachbeschädigung eine Gefängnisstrafe von vier und eine Haftstrafe von sechs Wochen, gegen Wach 14 Tage Gefängnis und 4 Wochen Haft. Der Gerichtshof kam zu einer ganz anderen, weit mildereren Auffassung. Eiding wurde nur wegen Nichtbefolgung der Aufforderung eines Beamten

zu 8 M. wegen Widerstandes und der Sachbeschädigung zu je 16 M. Bach nur wegen der ergränzten Uebertretung zu einer Geldstrafe von 3 M. verurtheilt.

In Hamburg ist abermals eine der besten Staats- und Ordnungsgesetze schmählich zusammengedrückt. Das dortige Landgericht, so meldet uns ein Telegramm unseres Korrespondenten, hat gestern den ehrbaren Kaufmann Fichter zu fünf Jahren Gefängnis und ebenso langem Ehrverlust verurtheilt. Der brave Bürger seiner Vaterstadt war unbeding fromm und wegen dieser Eigenschaft von der St. Anskar-Kapelle, dem christlichen Jünglingsverein und dem Norddeutschen Missionsverein mit dem Ehrenamt der Kasernenverwaltung betraut worden. Bei der Führung dieser Aemter hat er die Kleinigkeit von 125 000 M. veruntreut.

Der Prozess gegen den Schuhmann Kiefer in Köln, der eine anständige Bürgerstochter in unerhörter Weise angegriffen hatte, kommt noch einmal zur öffentlichen Verhandlung. Ein Telegramm aus Leipzig meldet über die gestern vor dem Reichsgericht geführte Revisionsverhandlung: Das freisprechende Urtheil im Prozess gegen den Schuhmann Kiefer aus Köln vom 4. Februar wurde vom Reichsgericht aufgehoben und die Sache an das Landgericht Bonn verwiesen.

Der Krieg.

Der offizielle Bericht über die Vorgänge auf den Philippinen ist bei der amerikanischen Regierung noch nicht eingetroffen. Auch sonst sind die Nachrichten verdienenden Meldungen sehr spärlich.

Die „Königliche Zeitung“ meldet aus Madrid, das letzte Telegramm aus Manila vor der Unterbrechung der telegraphischen Verbindung habe der Madrider Mitbestiger einer in Manila erscheinenden Zeitung empfangen. Nach diesem Telegramm sei eine Bombe in die Drei-ei eingeschlagen und habe das Gebäude und die Maschinen zerstört. Hiernach würde die Beschießung Manilas begonnen haben.

Dem „Neuerischen Bureau“ wird aus New-York gemeldet: Wie die „New York Tribune“ aus San Francisco erfährt, hätte der Kommandant des Arsenal auf Mare Island gestern eine kifferte Depesche des Marine-Departements erhalten, welche besagt, nach einem Telegramm des Admirals Dewey aus Hongkong schätze dieser die Verluste der Amerikaner in der Seeschlacht bei Manila auf 50 Tode und 1000 Verwundete. Die Kanonenboote „Concord“ und „Petrel“ hätten Beschädigungen erlitten, namentlich im oberen Theil des Schiffsstumpfes. Der Admiral hätte gleichzeitig gebeten, ihm ein Hospitalschiff, das Raum für 2000 Personen böte und für drei Monate Lebensmittel enthielte, zu senden. — Diese Meldung des New-Yorker Blattes ist, wie das „Neuerische Bureau“ hinzufügt, mit allem Vorbehalt aufzunehmen, da letzteres vermute, dass seit Montag durch die Kabel der „Eastern Telegraph Company“ wieder von Manila nach Hongkong ein Telegramm über die Seeschlacht bei Manila befördert worden ist.

Aus Vallejo (Kalifornien) wird telegraphirt: Admiral Kirkland erhielt telegraphische Befehle, Kriegsmaterial und Lebensmittel für 2000 Mann auf 4 Monate bereit zu halten. — Es wird dies mit den Meldungen über beabsichtigte sofortige Entsendung einer Besatzungssarmee nach Manila in Verbindung gebracht.

In politischen Kreisen Roms herrscht die Befürchtung, dass aus der Besignahme der Philippinen seitens Amerikas sich ernste politische Konsequenzen ergeben dürften und zu einem Hinübergreifen des amerikanischen Kontinents in den ostasiatischen Interessentkreis der europäischen Mächte führen könnten. Man will hier bestimmt wissen, dass eine Allianz zwischen England und Amerika vollendete Thatsache sei.

Ueber die Bewegung der Flotten im atlantischen Ozean wird seitens Spaniens wie der Vereinigten Staaten strengstes Stillschweigen bewahrt.

Die „Times“ veröffentlichen eine Depesche des „New-York Herald“, welche besagt, der amerikanische Kriegsplan laufe darauf hinaus, Portorico zu nehmen. Die Regierung beabsichtige, dasselbe für immer als Kohlen- und Flottenstation zu behalten.

Von anderer Stelle wird aus Washington gemeldet:

Admiral Sampson beabsichtigt, mit seiner Flotte, welche Kohlenvorräthe in Key West einnahm, die spanische Flotte, vor Portorico kreuzend, zu erwarten, um den Spaniern die Erreichung Portorico's, das als Operationsbasis dienen könnte, zu verwehren. — Die Meldung, dass die spanische Flotte nach Cadix zurückgekehrt ist, wird in Washington nicht für authentisch gehalten.

Nach Meldungen aus Habana ist die Lage der spanischen Soldaten auf Cuba eine verzweifelte. Sie erhalten nur halbe Rationen, sind schlecht bekleidet und haben allen Muth verloren.

Eine amtliche Depesche aus Kingston (Jamaika) meldet, dass britische Kriegsschiff „Alert“ sei dort aus Santiago de Cuba eingetroffen und berichte, dass in Santiago alles ruhig sei. Die Wirthschaften von dem angeblichen Jüdischfall, an dem der dortige britische Konsul beteiligt sein sollte, würden in amtlichen Kreisen in Zweifel gezogen.

Wie der „New-York Herald“ aus Havana meldet, hat Marshall Blanco gestern das autonome Parlament in Anwesenheit der Konsuln und Offiziere der in Havana befindlichen britischen und französischen Kreuzer eröffnet. Blanco verlas eine Vorkath der Königin. Auf die Frage Blanco's, ob die Mitglieder schwören wollten, die Souveränität Spaniens zu verteidigen und dem Könige unbedingt zu gehorchen, antworteten dieselben zustimmend.

Wie die „New-York Tribune“ aus Washington erfährt, erwiderte man in den Kreisen der Marineverwaltung erstlich eine Festgreifung der Kanarischen Inseln. Andererseits hat nach einer Meldung der „World“ aus Washington Mac Kinley im Laufe einer Unterhaltung mit einer befreundeten Persönlichkeit erklärt, er wolle den Krieg nicht zu einem Eroberungskriege machen. Er sei für eine angemessene Entschädigung für den durch den Krieg der Vereinigten Staaten zugefügten Verlust an Gut und Blut und wünsche seinen Landeswerb.

Der Pariser „Eclair“ veröffentlicht über Vahonne gefandte Meldungen aus Madrid, dass die Lage dort viel kritischer sei, als man glaube. Am Sonntag Abend seien unter den Manifestanten viele Offiziere in Zivil gewesen, die das Volk zu Kundgebungen gegen das Ministerium und für General Weyler aufreizten.

Sehr interessante Gesichtspunkte über das Interesse der Vereinigten Staaten an Kuba werden im „Vester Lloyd“ veröffentlicht:

... Die amerikanische Kommission zur Untersuchung des Canals des Nicaragua-Kanals, der Konkurrenzlinie für den Panama-Kanal, hatte in ihrem Gutachten erklärt, dass die militärische Sicherung dieser Wasserstraße im Falle eines Krieges ein außerordentliches Wachaufgebot, vor allem eine starke Kriegsslotte und starke Marine-Positionen im Antillen-Meer, vor allem auf Kuba erfordern würde. Dieser Bericht erklärt wohl auch zur genüge das Verhalten Amerikas während des kubanischen Aufstandes und die Sehnsucht nach dieser Perle der Antillen. Was immer die letzte treibende Ursache zum Kriege gewesen sein möge, die Regierung der Vereinigten Staaten hätte dem Druck der Volksströmung wohl Widerstand leisten können, wenn dieselbe nicht ihren eigenen weittragenden Plänen Versuch geleistet hätte. Man wird nicht fehlgehen, wenn man annimmt, dass die leitenden Männer der nordamerikanischen Republik mit Absicht die Inangriffnahme des wirtschaftlich so notwendigen Kanals so lange verzögerten, um sich durch den Ausbau ihrer Flotte und durch den Besitz von Kuba auch in den Stand zu setzen, diese neue Weltstraße zu verteidigen. Deshalb wurde der Aufstand auf Kuba mit allen möglichen Mitteln immer wieder neu entfacht, um die Kraft Spaniens zu erschöpfen, deshalb die hohe moralische Entrüstung über den grausamen Weyler, der noch lange nicht den Jingo's das Wasser reichen konnte, die bei der Vertilgung der rothen

Race thätig waren, deshalb die Forcierung des Krieges, als man in Washington erkannte, dass die milde Hand Blanco's im Verein mit der Gewährung der Autonomie vielleicht doch dem Aufstand das Lebenslicht ausblafen könnte. Man will ganz einfach in der Union den Besitz von Kuba, um diese strategische Barriere vor dem Mexikanischen Golf und dem zukünftigen Nicaragua-Kanal als Flottenstation und festen Stützpunkt für die eigene Flotte einzurichten. Mit Hilfe Kubas wird die rapid anwachsende Flotte der Union in wenigen Jahren getrost den Bau der Wasserstraße, der ihr unendliche Vorteile bringen dürfte, in Angriff nehmen; selbst das feige Albigion wird dann nicht mehr im Stande sein, die Besitzergreifung dieser wichtigen Handelsstraße durch die nordamerikanischen Staaten zu hindern. —

Die Berliner Sozialdemokratie

hat heute in 16 gut besuchten Versammlungen den Wahlkampf eröffnet. Ueberall herrschte vollste Kampfesfreude und regste Begeisterung. Wir lassen die vorläufigen Berichte hier folgen:

Erster Wahlkreis. Die Versammlung im „Feenpalast“ war von etwa 1800 Personen besucht. Nach einem anderthalbstündigen Referat des Genossen Nebel, das häufig von stürmischem Beifall unterbrochen wurde, hielt der sozialdemokratische Kandidat Hugo Bösch eine kurze Ansprache, die ebenfalls sehr beifällig aufgenommen wurde. An der Diskussion beteiligte sich der national-soziale Kandidat Tischendorf. Von den Genossen Manasse, Lätzerow, Bösch und im Schlusswort von Nebel wurde er gründlich abgefertigt. Viel Heiterkeit erregte das Auftreten eines National-Sozialen Namens Michalski.

Die Versammlung für den zweiten Wahlkreis fand in der Bodbrauerei statt und war außerordentlich stark auch von Genossinnen besucht. In einer frischen, kräftigen Rede, die stürmische Begeisterung erweckte, gab Genosse Richard Fischer in großen Zügen ein Bild der Dinge, die für den Wahlkampf in Frage kommen. Nach einem Appell der Genossin Lilly Braun an die Frauen, ihre Kraft in den Dienst der guten Sache zu stellen, wurde eine Resolution angenommen, für die Sozialdemokratie mit aller Entschiedenheit einzutreten.

Dritter Wahlkreis. In der Versammlung, welche im Märkischen Hof stattfand, referierte Genosse Wolfgang Heine. Schon lange vor dem angelegten Anfangstermin hatte sich das Publikum in recht stattlicher Zahl eingefunden. Eine Resolution, welche dahin geht, den Wahlkreis-Kandidaten seine nach Kräften zu unterstützen, wird einstimmig angenommen. Die allgemeine Begeisterung, welche sich beim Schlusswort auf die Sozialdemokratie kundgab, dürfte bestimmt Gewähr dafür geben, dass die Arbeiterschaft bei den kommenden Wahlen sicher ihren Mann stehen wird.

In den Arminhallen sprach Genosse Jaded vor einer Zuhörerzahl von ca. 800 Personen, die seinen interessanten Ausführungen mit gespanntester Aufmerksamkeit folgten und ihm lebhaften Beifall spendeten. Eine Diskussion fand nicht statt.

Vierter Wahlkreis. In Keller's Festsaal referierte der Kandidat des Kreises Genosse Singer. Er gab in seiner mit großem Beifall aufgenommenen Rede in großen Zügen ein Bild der bestehenden Parteiverhältnisse und der agrarischen Regierungslosigkeit, indem er unter Hinweis auf die Besprechung der sozialdemokratischen Interpellation betr. die Suspension der Getreidezölle das in Deutschland herrschende System der Erwerblicher Charakterisirte; er betonte die prinzipiellen Unterschiede, die unsere Partei von allen trennt, die auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung stehen, und die nach Ansicht der Gegner in der letzten Zeit in den Hintergrund getreten sein sollen.

In Sanssouci sprach Reichstags-Abgeordneter Harm vor 1200 Personen unter stürmischem Beifall. Nach kurzer Debatte wurde die Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die Partei geschlossen.

Im Lokale von Brüder, Waldemarstraße 75, sprach Reichstags-Abgeordneter Ulrich vor überfüllter Versammlung. Der stürmische Beifall, welchen der Redner erntete, bewies, dass das arbeitende Volk gerollt ist, seine Pflichten in jeder Beziehung zu erfüllen. In der Diskussion sprach Scholz. Es gelangte sodann eine im Sinne des Referats gehaltene Resolution zur einstimmigen Annahme.

Die Versammlung in der Urania war sehr gut besucht. In vortrefflicher zweistündiger Rede kritisierte Genosse Glode die Leistungen der bürgerlichen Parteien. Eine Diskussion fand nicht statt.

In der Versammlung bei Joel, Andreasstraße, referierte der Reichstags-Abgeordnete Dr. Lütgenau, der in treffender Weise das Gebahren der Agrarier und ihres Anhangs kennzeichnete, sowie die Vorgänge der verflochtenen Legislaturperiode trefflich beleuchtete und die grundsätzlichen Gegensätze unserer Ziele und der Bestrebungen der gegnerischen Parteien erläuterte. Von einer Diskussion über den 11. stündigen, mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag wurde Abstand genommen.

Die Versammlung des fünften Wahlkreises, die in dem großen Saale der Brauerei Friedrichshain lagte, war von circa 1200 Personen besucht. Referent war der Kandidat des Kreises, Kob. Schmidt. Als Diskussionsredner trat ein junger Mann auf, der sich als Anhänger der freisinnigen Volkspartei bekannte und von unseren Genossen Wels und Liepmann glänzend abgeföhrt wurde.

Sechster Wahlkreis. In Ahrens' Brauerei (Moabit) sprach Genosse Liebknecht. Der geräumige Saal war von einer dicht gedrängten Volksmenge vollständig besetzt. Die Zuhörer folgten mit gespannter Aufmerksamkeit den Ausführungen des Redners und gaben durch lebhaften Beifall ihr Einverständnis mit denselben zu erkennen. Eine Diskussion fand nicht statt. Mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie endete die Versammlung.

Im Berliner Prater, Kasanien-Allee, war der große Saal bereits kurz nach 8 Uhr, darunter auch von vielen Frauen und Mädchen, bis auf den letzten Platz gefüllt, so dass ein großer Theil der Tische entfernt werden musste, um für die Heranströmenden Platz zu schaffen. Eine Diskussion über den ausgezeichneten Vortrag des Genossen Förster fand nicht statt. Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, in der sie die Vertreter der Sozialdemokratie als ihre einzigen geeigneten Vertreter bezeichnet und sich verpflichtet, durch energische Agitation den bevorstehenden Wahltag zu einem weiteren Ruhmetstage der Sozialdemokratie zu machen.

Im „Vollsgarten“, Oststraße, waren etwa 1000 Personen, darunter viele Frauen, versammelt. Reichstags-Abgeordneter Wollenbutz erregte durch seine Ausführungen brausenden Beifall. Diskussion fand nicht statt.

Im Kölliner Hof sprach Genosse Borgmann vor einer gut besuchten Versammlung. Er unterzog namentlich die volksfeindlichen Bestrebungen der reaktionären Parteien einer scharfen Kritik. Auch wendete er sich unter großem Beifall, in den auch die zahlreich anwesenden Frauen einstimmten, gegen die Votvertheuerungspolitik der Regierung. Zwei Resolutionen, und zwar für kräftige Wahlagitatorien und gegen die Kornzölle, wurden einstimmig angenommen.

In Schöneberg sprach Genosse Pfannkuch über die Leistungen des letzten Reichstags in scharf kritischer Weise, die Versammlung sollte ihm reichen Beifall. Diskussion fand nicht statt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Leipzig, 5. Mai. Die „Zeitschrift für die gesammte Textil-Industrie“ meldet aus London: Nach Berichten aus Kalkutta ist dort infolge der Pest ein großer Streik in der Jutespinnerei ausgebrochen. Die meisten Fabriken haben den Betrieb eingestellt. Es herrscht große Erregung. In Dundee haben die Preise stark angezogen.

Reichstag.

84. Sitzung. Donnerstag, 5. Mai 1898. 11 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Rieberding, Schr. v. Thielmann.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Verfassung der Nobelle zur Zivilprozess-Ordnung, zum Gerichtsverfassungs-Gesetz und zur Strafprozess-Ordnung.

Vor Eintritt in die Generaldiskussion erklärt Abg. v. Cuny (natl.), daß er die en bloc-Annahme beantragen werde.

In der Generaldiskussion erklärt Abg. de Witt (Z.), daß er im wesentlichen der Vorlage in ihrer jetzigen Gestalt zustimmen könne.

Abg. Stadthagen (Soz.): Soweit rein formelle Punkte bei dem Entwurf in Betracht kommen, ist er die notwendige Ergänzung des Bürgerlichen Gesetzbuches. Ich leugne auch nicht, daß er einige Verbesserungen enthält, die im wesentlichen auf Anregungen von sozialdemokratischer Seite zurückzuführen sind.

Ich rechne dazu das leider für die Arbeiterschaft wichtige Gebiet der Zwangsvollstreckung. Beim Bürgerlichen Gesetzbuch wurde unsere Resolution einstimmig angenommen, die verlangte, daß der Kreis der unpfändbaren Gegenstände erweitert und daß genau präzisirt werde, was unpfändbar ist.

Diesem Wunsch ist die Regierung theilweise nachgekommen, ebenso die Kommission, aber die Verbesserungen reichen nicht aus. Es wäre notwendig gewesen, daß auch diejenigen Nahrungs- und Verbrauchsmittel dem Schuldner belassen werden, die er auf vier Wochen gebraucht und ebenso ein Geldbetrag, um auf zwei Wochen das Unentbehrlichste anzuschaffen.

Die Ansicht, daß dem Gegner alles genommen werden müsse, daß er nackt ausgezogen werden dürfe, hat im Reichstag vielleicht nur einen einzigen Anhänger, den Herrn Abg. Dr. Vielhaben, der beim Bürgerlichen Gesetzbuch zu beantragen hat, das Retentionsrecht, wie es im Hamburg besetzt, wonach man dem Schuldner alles nehmen kann, selbst das Hemd, noch weiter auszudehnen.

Was ist nun unentbehrlich? Die Vorlage wendet sich einmal gegen eine falsche Auslegung, die die engherzige Rechtsauffassung dem geltenden Gesetz gegeben hat, wonach z. B. Wäsche nicht als Kleidungsstück zu erachten ist, wonach künstliche Weine, Jagdgebüsse für pfändbar erklärt werden, weil sie keine unentbehrlichen Gegenstände seien.

Leider aber genügt das Gesetzbuch nicht. Es hätte der von mir vorgeschlagene Weg gewählt werden sollen. Noch immer sind künstlichen, wie z. B. daß der Trauring unter Umständen doch pfändbar sein soll, nicht ausgeschlossen. Wie sieht es denn nach dem Gesetzentwurf? Wird künstlichen der Trauring der Wittve pfändbar sein und der Verlobungsring der Verlobten?

Ich möchte die Frage verneinen, bin aber keineswegs sicher, daß die Fassung schon so klar ist, um andere Auslegungen auszuschließen. Es ist geradezu befremdend, daß man im Gesetz ausdrücklich hat sagen müssen, künstliche Gliedmaßen und dergleichen sollen nicht pfändbar sein.

Derartige tatsächliche Aufzählungen genügen nicht, es fehlt darin z. B. die Erwähnung eines künstlichen Jagdgebüßes. Eine ganze Reihe anderer Rechtsfragen können sofort aufgeworfen werden, sowie tatsächliche wie hier einmal Punkte hervorgehoben werden. Es ist ja ganz gut, daß Sätze nicht als pfändbar bezeichnet worden sind.

In der Praxis ist es wirklich vorgekommen, daß Sätze gepfändet wurden. Allerdings giebt der § 710a ja dem vernünftigen Gedanken Raum, wenn beim Verkauf der Sachen, der dem Schuldner zugestimmt wird, und der Vorteil, den der Gläubiger erlangt, in seinem Verhältnis steht, dann soll er unterbleiben dürfen.

Wer aber soll darüber entscheiden? Der Gerichtsvollzieher. Da wird der beschränkte Bureaucratismus zu wunderbaren Ergebnissen kommen, zumal, wenn die Heppische eines unbarmherzigen Gläubigers ihn antreibt. Wir haben zwei Wege vorgeschlagen, um diesen Uebelstand zu vermeiden.

Einstmal hätte man tatsächlich bestimmen sollen, so und so viel Anzahl, so und so viel paar Stiefel sind unpfändbar, oder man hätte den Weg beschritten müssen, den die Gesetzgebung eines amerikanischen Staates beschritten hat, indem sie festsetzte, daß ein Betrag von 500-1000 Dollar dem Schuldner gelassen werden müsse.

Leider sind unsere beiden Vorschläge abgelehnt worden. Man ist auf halbem Wege geblieben, hat zwar den berechtigten Kern dessen, was wir vorgeschlagen, anerkannt, aber aus Furcht, die kapitalistischen Interessen zu verletzen, hat man unsere Vorschläge abgelehnt.

Schon bei der Zwangsvollstreckung finden Sie eine Reihe von Verschärfungen im Sinne des Kapitalismus. Ich rechne dahin die jetzige Bestimmung des Offenbarungsbeldes. Hervorheben will ich, daß die Kommission in anerkannter Weise einer unserer Anregungen sofort gefolgt ist, daß man nämlich der persönlichen Freiheit nicht die Schwänke durch die Zwangsvollstreckung ziehen kann, wie das geltende Gesetz.

Nach dem geltenden Gesetz kann ja sogar zwecks Verfestigung des ehelichen Lebens die Zwangshaft angewendet werden, wenigstens in Sachsen, und es geht so weit, daß nach Ansicht einiger Gerichte auch die Haft angewendet werden kann, um einen Arbeiter zu zwingen, in das Arbeitsverhältnis zurückzukehren.

Diese Verschärfungen der persönlichen Freiheit sind befehlend. Aber wenn wir auch in diesen und anderen Punkten Erfolg gehabt haben, so kann ich doch nicht für den Gesetzentwurf stimmen, wenn ich erwäge, daß er für die Arbeiterklasse viel zu wenig thut.

So ist der Rechtsweg für die erwerbsthätige Bevölkerung nicht gesichert. Es ist uns nicht gelungen, festzustellen, daß der Rechtsweg unter allen Umständen, insbesondere dem Grunde und den Arbeitern gegenüber gewahrt bleiben muß. Eine engherzige, rückwärtschreitende, partikularistische Gesetzgebung kann nach wie vor der arbeitenden Klasse den Rechtsweg verlegen.

Die Erhöhung der Revisionssumme auf 8000 Mark haben Sie zwar abgelehnt, aber die Beschränkung der Zulässigkeit irgend eines Rechtsweges auf einen Betrag ist überhaupt etwas Kapitalistisches, dem wir nicht zustimmen können. Das Entmündigungsverfahren bleibt in diesem Entwurf mit all seinen Mängeln bestehen und eröffnet weiter die Möglichkeit, daß geistig Gesunde in Irrenanstalten untergebracht, respektive zu unrecht entmündigt werden.

Der Rechtsweg ist ein Luxusartikel für Reiche geblieben. Auch nach der geänderten Zivilprozess-Ordnung gleicht das Klage-Verfahren einem kunstvollen Uhrwerk, von dem der Laie nichts versteht. Nur der zünftige Jurist darf die Rechtsbahn in Thätigkeit setzen.

Der Richter darf Rechte suspendiren, die er nicht versteht, den Vortrag untersagen. Ich meine, wenn der Richter eine Partei nicht versteht, so ist es viel wahrscheinlicher, daß er unfähig ist, seines Amtes zu walten, als daß die Partei unfähig ist, ihre Gerechtfame vorzutragen.

Die Vorchrift zeigt, daß eine weite Kluft zwischen der Rechtsauffassung der gelehrten Richter und dem Rechtsbewußtsein des Volkes besteht, eine Kluft, daß selbst die Sprache des einzelnen manchmal nicht mehr verstanden wird. Eine neue Gestaltung der Rechtskonfultenten soll geschaffen werden, denen die Justizverwaltung den mündlichen Vortrag vor Gericht ausdrücklich gestattet. Diesenartigen Kindern darf der Richter dann nicht mehr den Vortrag unterlagen. Wir verlangen, daß jeder zur Vertretung der Partei zugelassen wird, der das Vertrauen derselben genießt.

Aber wenn man der Justizverwaltung das Recht giebt, eine besondere Sorte Rechtskonfultenten durch ihre Erlaubniserteilung zu schaffen, dann kann sie diese Bestimmung zu politischen Maßregelungen mißbrauchen. Ich kam dieses Vorordnungs-Prinzip nicht mitmachen. Sie haben ja auch selbst unsere bescheidenen Anträge abgelehnt, daß die Berufungsgerichte eines Urtheils der Gewerbegerichte mit Reizen beehrt werden. Der Laie wird den Rechtsstreit für ein vollkommenes Gländerspiel halten, in dem die Bewinnchance für die Reichen vermehrt ist.

Immer mehr Leute werden zu der Einsicht gelangen, daß heute im Zivilprozess Recht haben und Recht bekommen für die Arbeiterklasse zwei ganz verschiedene Dinge sind. Ich werde demnach den Entwurf ablehnen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Generaldiskussion. Auf Antrag des Abg. v. Cuny (natl.) findet hierauf die en bloc-Annahme des Gesetzentwurfs statt. Die Sozialdemokraten widersprechen nicht, stimmen aber dagegen. Es folgt die Beratung der Interpellation Auer (Soz.) und Genossen:

„Verabsichtigen die verbündeten Regierungen angesichts der ungewöhnlich hohen Getreidepreise eine zeitweilige Aushebung der Getreidezölle herbeizuführen?“

Zur Begründung der Interpellation erhält, nachdem Sekretär Schr. v. Thielmann sich zur Beantwortung bereit erklärt hat, das Wort

Abg. Schippel (Soz.): Ich schide voraus, daß wir weniger auf den Wortlaut unserer Anfrage Werth legen. Wenn die Regierung uns andere Maßnahmen als die zeitweilige Aushebung der Getreidezölle vorschlagen könnte, so würden wir auch darüber mit uns reden lassen. Wir haben es nur für unsere Pflicht als Volkvertreter gehalten, die augenblicklich maßlose Getreidevertheuerung und die damit natürlich zusammenhängende Brodvertheuerung auch hier im Reichstage zur Sprache zu bringen. Die Thatfachen, auf denen unsere Interpellation beruht, sind ja allgemein bekannt. Ich brauche sie nur kurz zusammenzufassen.

Wir haben bereits seit längerer Zeit ein Ansehen der Getreidepreise, seit Beginn der vorigen Ernte ein ziemlich rasches Anziehen der Getreidepreise gehabt bis zum Schlusse des Jahres 1897 von vielleicht 30-45 M. Wir haben aber in den letzten Wochen unter dem Eindruck des spanisch-amerikanischen Krieges ein rapides Emporschnellen der Preise: Mitte April hatten wir Weizenpreise von 215 M., heute von 234-240 M. Wir hatten Mitte April Roggenpreise von 155 M., heute von 170 und mehr Mark.

Was das bedeuten will, erleben wir aus einem Vergleich mit dem Preisstande vor einem Jahre, wo dieser 158 M. resp. 118 M. war - also seit einem Jahre eine Preissteigerung bei Weizen von 49 pCt., bei Roggen von 44 pCt. (Hört, hört, bei den Sozialdemokraten.) Diese Preissteigerung wird, glaube ich, keine vorübergehende sein. Sie wird zum mindesten anhalten bis zur nächsten Ernte, deren Erntejahr heute noch nicht voraussehen ist. Die letzte Ernte in Europa war eine mittlere, in einzelnen Ländern sogar eine schlechte. Auch die Länder, auf deren Zufuhr wir angewiesen sind, werden uns nicht in dem Maße versorgen können, wie man erst glaubte. Das hat die für uns verfügbare Zufuhr aus Argentinien gezeigt. Die indische Ernte ist bedeutend kleiner als man glaubte, und daß die amerikanische Ernte uns nicht in dem Maße zuzufahren wird, und kann, haben die letzten Wochen gezeigt. Nun hat man gesagt, das wird vorübergehend sein. Die Preise sind in die Höhe geschmetzelt, weil man die Skaperei und Wladaden im kubanischen Kriege fürchtete und man glaubte, die Zufuhr würde schwieriger werden, als sie thatsächlich geworden ist und im Verlaufe des Krieges werden wird.

Aber wenn das richtig wäre, dann müßten wir ja gerade in Amerika einen Liefstund haben. Wenn dort ein überfüllter Markt gewesen wäre, der nicht hätte entlastet werden können, weil man nicht ausführen konnte, so hätten die Preise um so viel sinken müssen. Aber gerade von Amerika aus hat ja die Preissteigerung angefangen. Nun, Amerika hat wohl auch niemals die Skaperei und Wladade zu fürchten gehabt. Der Haupt-handel geht von den Seen nach Kanada, auf die kanadischen Flüsse von dort gehen neutrale Schiffe.

Überall sehen wir die Preise ganz maßlos anzuehen. Wir haben in England Preise von 50 Schilling für den Quarter. In England ist niemals eine so tiefe Entleerung aller Läger zu bemerken gewesen wie jetzt. Aus Russland wird uns berichtet, daß in den Exportlägern höchstens die Hälfte von den Massen an ausfuhrfähigem Getreide vorhanden ist, die sonst in normalen Zeiten um diese Periode noch daliegen. Behnliche Preissteigerungen haben wir überall gehabt, in Belgien, Holland, im ganzen Reich, namentlich in Süddeutschland; aber auch im übrigen Deutschland haben wir noch in den letzten Tagen ein Anziehen der Preise gehabt, und es ist keine Aussicht, daß sie rasch heruntergehen. Den Ernst dieser Lage wird niemand verkennen; sie hat sich derartig zugespielt, daß es in einzelnen Ländern bereits zu Revolten und Blutvergießen gekommen ist. Spanien hat seine Zölle suspendirt, Italien hat sie erst ermäßigt, dann aber unter der Aufregung der Massen sich genöthigt gesehen, sie zu suspendiren. Sie wissen, es sind in Italien in verschiedenen Städten, in Pavia u. s. w., Zollhäuser niedergebrannt, das Militär ist eingeschritten, man hat Kanonen auf die Plätze auffahren lassen, man hat die erste Klasse der Reserve einberufen und hat doch endlich sich genöthigt gesehen, die Zölle anzuhängen. In Frankreich ist selbstverständlich die Aufregung unter der Wahlbevölkerung bis zur Siebestige entflammt. Herr Melme, der sich auf die Bauern stützt, der Abgott unserer Agrarier, hat, so lange es irgend ging, seine Bauern bei Wahllaune zu erhalten gesucht. Aber in den letzten Tagen hat auch das Ministerium Melme die Zölle suspendiren müssen, und zwar bis nach den Wahlen, bis zum 1. Juli. In Oesterreich und in anderen Ländern haben wir Interpellationen, Resolutionen gehobt, die auf das gleiche hinauslaufen.

Kommen wir nun zu unseren deutschen Verhältnissen, so ist ohne weiteres zugegeben, daß bei uns die Preise langsamer, zögernder den Preisen auf dem Weltmarkt gefolgt sind. Das liegt einmal an den Zollverhältnissen, das liegt an der Herabsetzung der Produktions-börse, und daran, daß unsere Hauptbodenfrucht der Roggen ist, nicht der Weizen; und dieser ist nicht so international. Trotzdem hat man bei uns auch schon Theuerung- und Nothstandspreise. (Sehr richtig!) In Berlin wurde schon in der vorigen Woche die Tonne Weizen mit 234 bis 240 M. bezahlt und die Tonne Roggen mit 170 M. Das geht beim Weizen aber den Durchschnittspreis der beiden Nothstandsjahre 1891 und 1892 hinaus. Damals stand der Weizen 224,20 und auch der jetzige Roggenpreis kommt dem Nothstands-durchschnitt von 1892 fast gleich. Bedenken Sie auch, welche Stellung damals die Agrarier zu diesen Preisen eingenommen haben, vor allem Graf Kanitz. Er war damals bereit, bis zur Erreichung eines niedrigeren Preis-niveaus die Zölle in Deutschland zu suspendiren (Hört! hört!) und die Weisheit entschloß sich, durch die Handelsverträge die Zölle auf 10, 12 Jahre zu ermäßigen. Heute ist die Sache eher schlimmer als damals. Damals konnte Graf Caprivi noch auf die reichlichen Läger hinweisen, die bei uns vorhanden waren und auch im Auslande. Wo sind sie heute? Ich lese in den Zeitungen, daß die Regierung gestern noch alle Zollämter telegraphisch im Auslande über die vorhandenen Bestände gedeten hat. Wir werden ja wohl nachher die Ziffern erfahren. Ich bin überzeugt, sie werden nicht zu vergleichen sein mit den Ziffern von 1891/92. Die Regierung hat sich damals nicht von den Agrariern zur Suspendierung der Zölle drängen lassen, wofür damals eine Mehrheit im Parlament vorhanden gewesen wäre; sie wollte für die Verhandlungen über die Handelsverträge sich des Kompensationsobjekts nicht entgeben lassen; das sind alles Verhältnisse, die heute nicht mehr vorliegen. Sollte man da heute nicht suspendiren können? Daß es sich um Theuerungspreise handelt, geben selbst die Wäckermeister zu. Der Oberbürgermeister, der konservative Kandidat, der Mittelstandskandidat, der von den Agrariern unterstützt wird, spricht bereits in den Zeitungen darüber, daß die Theuerungspreise die Wäckermeister schädigen; daß die Wäcker das Brod, wenn die Preise auf das Doppelte hinaufgehen, nicht halb so klein machen können, daß die Brode kleiner gemacht werden müssen, daß alle Zugaben und Rabatte aufgehoben werden müssen. Also schon die Wäckermeister beklagen sich über die Theuerungspreise und sprechen ganz offen von einem Nothstandspreise; und selbst die Agrarier müssen zugeben, daß wir heute Preise haben, die sie selbst für enorm ansehen, Preise, die zum theil höher sind, als der Antrag Kanitz seinerzeit verlangte; und der Antrag Kanitz war doch auch keine Ausgeburt von Reichthümlichkeit. (Seiterzeit.) Der Graf Caprivi hat damals gesagt, daß der Antrag Kanitz Preise verlange, die um 75 und 80 M. höher waren, als der

Verband der Zentralvereine ostelbischer Landwirthe selbst als genügende Produktionskosten bezeichnet. Jedenfalls spottete damals Graf Caprivi über die Ziffer. Was sagt die Regierung zu den heutigen Ziffern, die wesentlich höher sind? Und die Regierung kann sich nicht darauf berufen, wie in einem Freihandelsland, daß sie absolut ohnmächtig dem gegenüberstehe. Nein, die Regierung hat die Mittel in der Hand, diese Preisvertheuerung wesentlich zu mildern. Wir haben einmal einen Zoll von 85 M. Seine Beseitigung wäre eine ganz wesentliche Preisermäßigung für unsere Brodfrucht hier in Deutschland. Noch andere Dinge kommen dazu, die ich nur streifen will. Da ist zum Beispiel die Aushebung des Identitätsnachweises für Getreide. Vor einigen Tagen ist uns das letzte grüne Fest der Reichsstatistik zugegangen: von Januar bis Ende März d. J. haben wir an Roggen 1,87 Millionen Doppelzentner eingeführt und 328 200 Doppelzentner ausgeführt. (Hört! hört!) Das ist fast ein Viertel so viel Ausfuhr für Deutschland wie Einfuhr. Weizen haben wir 2,45 Millionen Doppelzentner eingeführt und 1,00 Millionen Doppelzentner in einem Vierteljahre ausgeführt. (Hört! hört!) Das ist fast die Hälfte des Weizens, den wir eingeführt haben.

Was hat das für Konsequenzen? Wir haben zweifellos unsere Läger in den letzten Monaten ganz kolossal entleert. Suspendiren wir jetzt den Zoll, so hat die Reichskasse den Verlust von einer enormen Ausfuhr und auf der anderen Seite trifft sie der Verlust von einer abnorm gesteigerten Einfuhr. Deshalb hat es die Regierung heute als Finanzverwaltung auch schwer, die Maßregeln zu ergreifen, die im Interesse des Volkes ergriffen werden müßten.

Was bedeutet nun für die arbeitenden Klassen der jetzige Getreide-zoll? Nach statistischen Durchschnittsberechnungen rechnet man bei uns auf ein Jahr 173,7 Kilogramm Brod- und Mehlverbrauch; das macht also für eine Familie von Mann, Frau und drei Kindern 808,5 Kilogramm Brod- und Mehlverbrauch, und das sind bei 85 Mark Zoll jährlich 80 Mark 40 Pfennig, die der Arbeiter da zwar nicht auf dem Acker des Vaterlandes, sondern auf dem Acker des Großgrundbesitzes opfert. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) 80 Mark 40 Pfennig sind für eine Arbeiterfamilie bei 2 M. Tagelohn 15 Arbeitstage, die der Arbeiter heute umsonst für den Grundbesitz arbeiten muß! Meine Herren! Vergessen Sie nicht, daß Sie sich bei den Wahlen auf die Wähler stützen müssen; es sind nicht bloß die Arbeiter die armen Konsumenten, sondern auch die Hunderttausende von Unterbeamten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Welch kümmerliche Gehälter beziehen unsere Unter-beamten. Im vorigen Jahre haben wir die Gehälter der Bahn-wärter um 75 M. durchschnittlich erhöht. Damals hatten wir Getreidepreise von 115 M. Vergleichen Sie damit die heutigen Getreidepreise. Mit einem Schwamm und einem Strich haben Sie da die ganze Gehaltsverhöhung wieder weggespült! Ein reelles Gehalt ist das nicht! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Sie rechnen weiter mit dem kleinen Mittelstande, besonders die Agrarier zählen auf seine Stimmen. Nun, dieser Mittelstand ringt mit seiner Existenz; wir haben seine fürdurable Noth niemals verhehlt. Wenn Sie auf der Noth der Arbeiter in der Mittelhand etwas thun wollen, jetzt können Sie es beweisen. Suspendiren Sie die Getreide-zölle! Sie erweisen dann dem Mittelstande eine viel viel größere Wohlthat, als wenn Sie die Großhändler mit einer Umsatzsteuer treffen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Landwirthe haben im Augenblick selber kein großes Interesse an der Aushebung der Zölle. (Abg. v. Aardorf: Graf meines H. Das meine ich auch. Die Landwirthe haben gute Preise seit dem Bergen der Ernte gehabt. Schon am 2. Juni vorigen Jahres hatten wir Weizenpreise von 176 und Roggenpreise von 129 Mark und die Preissteigerung hat sich seitdem fortgesetzt. Die Landwirthe haben keinen Grund, wegen der letzten Jahre sich zu beklagen, Opfer für die konsumirenden Massen gebracht zu haben. Auch die Fleischpreise stehen so hoch, wie selten zuvor, und die Regierungsblätter lagern von den Spirituspreisen, daß wir sie seit der Branntweinsteuer-Reform niemals in dieser Höhe gehabt haben. (Hört! hört! links.) Die Agrarier haben also augenblicklich keinen Grund zu Klagen. Aber allerlei Weisheitsreden werden gegen die Suspendierung der Getreidezölle ins Feld geführt. So lese ich in der „Post“, sie brauchten deshalb nicht suspendirt zu werden, weil die Arbeiter jetzt etwas bessere Löhne hätten. (Seiterzeit links.) 1893 hätten wir rückgängige Konjunktur gehabt und da hätten die Arbeiter schlechtere Löhne erhalten. Es ist eine Heuchelei, wenn man bei günstigen Konjunktoren den Arbeitern die besseren Löhne vorhält. Günstige Konjunktur heißt weiter nichts, als die Preissteigerung aller Waaren, der Mehle, der Steuern u. s. w. kurz aller Dinge, die die Arbeiter brauchen. Also, wenn sie höhere Löhne bekommen, fliehet das alles meist wieder durch die höheren Preise hinweg. Und selbst wenn es so wäre, wie Sie behaupten, kommen dann nicht auch für die Arbeiter die mageren Jahre, wo sie nichts haben, wo sie brotlos sind? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Seit wann predigen denn die Unternehmer das ehrente Lohngesetz?

Nummer heißt es, die Arbeiterklasse sei es, die unsere heutige Gesellschaft in ewiger Unruhe halte, die ewig aufbegehre. Ich habe Ihnen vorhin vorgetragen, daß die Belastung für die Arbeiterfamilie durch die Getreidezölle 80 M. betrage. Denken Sie nun einmal an unsere bescheidenen Unternehmer, wie die aufschreien über Belastung, wenn sie einmal ein paar Pfennige für die Arbeiter-verpflichtung zahlen müssen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn wir uns dies zum Muster nehmen würden, hätten wir heute italienische Zustände in Deutschland. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wie hoch beläuft sich denn die Belastung der Industrie durch die Arbeiterversicherung, wofür sie so viele Zugeständnisse eingetauscht hat? Doppelt und dreifach ist alles kompensirt worden. Die Laster belaufen sich bei der Krankenversicherung auf den Kopf des Arbeiters noch nicht auf 5 M., bei der Unfallversicherung auf 3 M. 75 Pf. und bei der Altersversicherung noch nicht auf 4 M. jährlich. Das sind im ganzen 12-13 M. Belastung und darüber das Tode, die Ver-wahrung, daß man der Industrie neue Lasten auferlegen wolle. Der Arbeiter aber, dem man 30 und 40 M. und mehr durch die Brod-vertheuerung aufhakt, soll dann die höheren Löhne ruhig zum Opfer-bringen!

Wir treten für die Brodzoll-Aushebung selbstverständlich in erster Linie im Interesse der Arbeiter ein. Wenn wir es aber thun und damit gegen das ganze heutige agrarische System kämpfen, so kämpfen wir zu gleicher Zeit für unsere ganze deutsche Industrie. (Bewegung rechts.) Heute werden in diesem Hause wohl nur noch ein paar verkrenzte freiständige Elemente für die Industrie eintreten, aber sonst hören wir auch nicht eine Stimme aus den Kreisen unserer industriellen Großbourgeoisie sich noch erheben. Denn die Zeiten sind andere geworden seit dem russischen Handelsvertrage. Was für Chancen hat damals die Großindustrie dem Grafen Caprivi gesungen für die Ermäßigung der Getreidezölle. Herr v. Stumm sprach damals von dem lebhaften Gefühl des Dankes in allen Kreisen gewerblicher Thätigkeit für den Abschluß des großen Verkes. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wo sind heute die Vertreter der Großindustrie? Graf Caprivi ist gegangen, und ehe der agrarische Hahn dreimal gekräht hatte, hatte man ihn dreimal verlesnet. (Große Heiterkeit.) Der Freiherr v. Marschall, dieser so beschäftigte Beamte, ist von der agrarischen Fronde erst zu Tode gehetzt und dann abgeschlachtet worden (große Unruhe rechts), ohne daß auch nur einer seiner ehemaligen politischen Freunde ihm ein Wort des Dankes nachgerufen hätte. (Sehr gut! links.) Welche Rolle könnte die Industrie im heutigen Wahlkampf spielen, wenn sie wüßte, ihren Mann zu stehen, um ihre Existenz zu kämpfen. Heute unter den Getreidepreisen einen Wahlkampf zu führen gegen die Agrarier, ja, meine Herren, es müßte endlich einmal eine Luft sein zu leben hier im deutschen Reiche! (Bravo! links. Lachen rechts.) Aber diese Großindustrie mit Herrn v. Miquel an der Spitze, von den Ketten der Sammlungs-politik gekesselt, was will sie heute noch bedeuten! Man

at ja gesagt, die ganze Sammlungsliste läuft schließlich auf einen Betrag hinaus; das mag sein. Meine Herren Agrarier, vergessen Sie niemals: die Industrie wird immer diejenige sein, die Ihnen ein Schnippchen schlagen kann, denn auf der linken Seite der Industrie liegen wir, und wenn wir auch gar kein Wohlgefallen an diesen Vertretern der deutschen Großbourgeoisie haben, kommt es zum Kampfe und zur Entscheidung: was wollen wir armen Teufel anders machen, als mit ihnen zusammenzugehen. Vielleicht sind wir einmal das Jünglein an der Waage. Sehen Sie sich vor! Vielleicht kommen Sie in großer Zahl zurück, aber wir sind auch noch da und der Reichstag kann auch aufgelöst werden. Wenn wir aber dann als linker Flügel der deutschen Industrie fechten, dann kommen Sie nicht wieder! . . .

Wenn man aber das heutige Bürgerthum sich betrachtet, stehen da Männer an der Spitze, die den Kampf gegen die alten Herrsch- und Regierungsgewohnten Junken im Osten aufnehmen können? Die Agrarier kämpfen mannhafte für ihr Leben. Wie aber steht es mit dem Bürgerthum? Wir haben gewerbliche Kleinbürger, die, wenn ein Laden zugemacht wird, oder eine Werkstatt geschlossen wird, sofort nach Aufhebung der Gewerbefreiheit schreien; wir haben Großfabrikanten, die, wenn sie einmal einen Großen Lohn zulegen sollen, sofort die Vernichtung des Koalitionsrechtes verlangen. Parteiführer, die, wenn einmal ein paar Mandate verloren gehen, nicht wieder unverdrossen den Jaden da wieder anknüpfen, wo er abgerissen ist, sondern gleich die Grundlage des Wahlrechtes antasten. Mit solchen politischen Jämmerlingen an der Spitze wird das Bürgerthum wahrscheinlich keinen Sieg erfechten und, meine Herren, wir könnten ja, wenn wir nur für uns sorgen, wenn wir nur Mandate und Stimmen für uns haben wollten, auch damit ganz zufrieden sein; denn dann würde sich auf wirtschaftlichen Gebieten das wiederholen, was auf politischem Gebiete sich nun schon abgepielt hat. Meine Herren, das Ansehen unseiner Partei ist gewachsen, rascher, als wir es vielleicht selber verdient haben, weil das Bürgerthum nicht mehr fähig war, die politischen Forderungen scharf und energisch zu vertreten. Das hat den Kimbus um unser Haupt gewoben, und wenn wir nun auf wirtschaftlichem Gebiete einmal um die wahren Lebens- und Entwicklungs-Interessen der deutschen Industrie vielleicht als Vorhut kämpfen sollten, dann, meine Herren, würde erst die Periode der größten politischen und moralischen Triumphe für unsere Partei andauern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber, meine Herren, das wünschen wir ja gar nicht, wir wünschen ein frei entwickeltes Bürgerthum, das seine Interessen wahrnehmen kann im Deutschen Reich. Gewiß, neue Stimmen sind willkommen, neue Mandate auch. Aber, meine Herren, wir leben nicht bloß für uns, wir leben in dem ganzen heutigen Gemeinwesen, und wir möchten wünschen, daß von dem politischen Leben Deutschlands alle die kleinsten gehässigen Verfolgungen und alle die kleinlichen Maßnahmen verschwinden, daß wir in einem freien Industriestaat uns auch frei entwickeln können. Aber, wie jetzt die Dinge liegen, wird es so kommen, daß auch aus den Kreisen der Industrie zu uns mehr und mehr Elemente hereinkommen, die eigentlich im Bürgerthum lieber ihre Vertretung finden müßten. Das haben ja auch bürgerliche und nationalliberale Blätter ganz offen eingestanden. Die „National-Zeitung“ hat vor einigen Tagen geschrieben:

„Es giebt ernste, der politischen Verantwortlichkeit sich wohl bewußte Männer, die für das Sozialistengesetz und jede Erneuerung desselben eingetreten sind, und die dennoch entschlossen in einer Stichwahl zwischen einem Anhänger der Partei Bloß und einem Sozialdemokraten nicht für den ersteren zu stimmen.“ (Hört! hört!)

Meine Herren, wir verhehlen uns ja den Ernst der Situation in keiner Weise. Was heute „Sammlung“ heißt, hieß zur Zeit der französischen Restauration „Solidarität aller protektionistischen Interessen“. Da hat man auch gefaselt und gemarkelt, da hat man auch geschächelt und gehandelt, da haben auch Landwirtschaft und Industrie sich zusammengeschlossen — und, meine Herren, es sind die schlimmsten Zeiten der politischen Reaktion gewesen; und wenn jemals eine Regierung, wenn jemals herrschende Parteien verachtet worden sind, und sich die Verachtung ehrlich verdient haben, so ist es in jener Zeit gewesen. Ein scharfer Beobachter, dem hier der Haß den Blick geschärft hat, Heinrich von Treitschke, hat einmal die Verhältnisse sehr richtig geschildert. Er, der uns bis in den Tod haßte und der deutschen Sozialdemokratie auch nicht die geringste Existenzberechtigung zugestand, hat offen eingestanden: wenn diese Sammlungsliste der französischen Restauration bei uns geherrscht hätte, wäre auch bei uns die Sozialdemokratie berechtigt. Meine Herren, die Worte des Todten klingen heute noch, als wenn sie für die Gegenwart geschrieben wären. Herr Heinrich v. Treitschke schrieb damals:

„Als diese in gefährlichen Klassenkämpfen verwickelte Bourgeoisie die Fingel des Staates in die Hand nahm, da begann ein Regime jänischer Selbstsucht, das manche Sünden des französischen Sozialismus einschloß. . . Prohodend nennen die Fabrikanten und Kaufleute in der Kammer sich selber die Feudalherren der neuen Gesellschaft. Für das Elend des kleinen Mannes hat die Staatsgewalt kein Auge; er muß zucken, wie ihm die unentbehrlichsten Waaren vertheuert werden durch Schutzzölle, deren Ertrag in die Tasche der Unternehmer wandert (Hört! hört!) und wird durch partielle Gesetze verhindert, mit vereinten Kräften seine gerechten Ansprüche auf höheren Lohn durchzusetzen. Dagegen betrachte man die Verhandlungen unseres Reichstages. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Was das die Sprache einer selbstthätigen Klasse, welche das gemeine Recht zu Gunsten ihres Bestens zu verhindern trachtet? Wo ist nun die Reulichkeit zwischen diesem Systeme schmutziger Geldgier und unserem neuen Deutschen Reich? Wann hat jemals in Preußen eine wirtschaftliche Klasse den Staat für sich ausgebeutet (Hört! hört!) und Heiterkeit, seit die Hohenzollern den ehernen Felsen ihres Königthums errichteten? Ist dieser Sieger von Königgrätz und Sedan etwa eine Puppe, wie jener untonigliche Kaufmann aus dem Krämmergeschlecht der Orleans? (Weiterkeit.)

Nun, meine Herren, ich weiß nicht, ob die Antwort auf all diese Fragen, die sich einem heute im Deutschen Reich ausdrängen, und die Antwort der Regierung zu unserer Zufriedenheit ausfallen wird. Aber, meine Herren, wenn es nicht geschieht wird: die Antwort der Wahlen wird zu unserer vollsten Zufriedenheit ausfallen. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten. Zwischen rechts.)

Reichssekretär Hr. v. Thielmann: „Im Auftrage des Herrn Reichsanzlers habe ich Ihnen die Mittheilung zu machen, daß es nicht in seiner Absicht liegt, eine Herabsetzung oder Verminderung der Getreidezölle bei den verbündeten Regierungen in Anregung zu bringen.“ Die Gründe, die für dieselbe vorgebracht werden, scheinen nicht unbedingt für sie zu sprechen. Bereits im Frühjahr 1890 haben ähnliche Erwägungen zu ähnlichen Schlussfolgerungen geführt. Im Jahre 1890 wurde ein Antrag des Abg. Richter auf Ermäßigung der Getreidezölle mit großer Mehrheit abgelehnt, und die Bewegung der Getreidepreise seitdem hat gezeigt, daß die Mehrheit damals das Richtige getroffen. Mit noch größerem Recht kann heute die Ablehnung stattfinden. Denn es besteht ein gewichtiger Unterschied zwischen der heutigen Lage und der von 1891. Damals herrschte infolge der unglücklichen Ernte ein absoluter Mangel an Brotkorn, während diesmal nur eine Verzögerung in der Herbeischaffung desselben zu befürchten steht. Bezeichnend für die Situation ist der Umstand, daß der Weizen weit mehr gestiegen ist, als der Roggen, der den hohen Stand von 1891 bei weitem nicht erreicht hat. Auch die Verhältnisse wegen der rechtzeitigen Veranschlagung des Brotkornes sind übertrieben. Was Nordamerika anlangt, so bleibt für den — durchaus unwahrscheinlichen — Fall, daß der direkte Weg uns versperrt ist, der Weg über Kanada noch wie vor offen. Ferner bleibt uns immer noch Rußland. Nichts deutet also darauf hin, daß eine schwere Hungersnoth wie 1891 im Anzuge ist. Und es ist noch in frischer Erinnerung, wie schnell 1891 selbst das Unglück gehoben wurde. Ein dauernd hoher Getreidepreis ist also ebenso wenig zu befürchten, wie 1891. Wegen einer vorübergehenden Theuerung kann sich aber die Regierung nicht in Widerspruch setzen mit ihren eigenen Be-

strebungen, die darauf gerichtet sind, eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der arbeitstreibenden Bevölkerung herbeizuführen. Eine Suspension der Zölle würde zu einer schweren Schädigung der Landwirtschaft führen, ohne doch eine wesentliche Verbilligung des Brotes zu bewirken. Eine Ermäßigung bis zur Ernte, mit der Absicht der nachherigen Erhöhung würde dagegen zu einer maßlosen unglücklichen Spekulation führen. Angesichts der gesteigerten Löhne in der Industrie erscheint auch im Interesse der Arbeiterbevölkerung eine Aufhebung der Zölle nicht notwendig. (Beifall rechts.) Dazu kommt, daß wie schon erwähnt, der Preis des Roggens, der für sie im wesentlichen in Betracht kommt, durchaus kein besonders hoher ist. Sie können davon überzeugt sein, daß wir erst nach sorgfältigen Erwägungen zu unserem Entschlusse gelangt sind. Freilich bezieht sich dieser, wie ich hervorheben will, nur auf die Verhältnisse, wie sie gegenwärtig bestehen. Sollten wesentlich andere Verhältnisse eintreten, so wird die Regierung selbstverständlich in eine erneute Prüfung der Sachlage eintreten.

Was nun die Ausführungen meines Herrn Vortredners anlangt, so kann ich auf alle Einzelheiten hier leider nicht eingehen. Ich will aber die eine Behauptung nicht unwidersprochen lassen, die er gethan: daß es an Vorräthen von Getreide im Auslande fehle. In Amerika lagern nach einem mir zugegangenen Bericht vom 27. April allein in den größeren Getreidebezirken 35 Millionen frischen Weizens. Und dazu kommen noch die sehr bedeutenden alten Vorräthe; und vor allem die neue Ernte wird dort voraussichtlich bereits in 2 Monaten beginnen. Es kann daher dort von einem Mangel an verfügbarem Brotkorn gar keine Rede sein. Ebenso wenig in Rußland. Da liegt mir ein Bericht vom 18. April vor; ein Satz in demselben lautet: „Trotz des partiellen Rothstandes sind auch in der allerletzten Zeit große Mengen an das Ausland abgeführt worden. Die alten Vorräthe müßten auch noch sehr groß sein; sie kommen eben erst zum Vorschein, wenn die Preise anziehen.“ Nun noch ein Wort über die Gefahren, die der spanisch-nordamerikanische Krieg geschaffen hat. Diese Gefahren werden, wie Sie ja wohl wissen, schwerlich mehr lange anhalten, so daß auch der Zustand der Preissteigerung, der hierdurch bedingt wird, sehr bald ein Ende finden muß. (Beifall rechts.)

Auf Antrag des Abg. Aiderl tritt sodann das Haus in eine Besprechung der Interpellation ein.

Abg. Graf v. Kanitz (L.): Es war vorauszusetzen, daß das Steigen der Getreidepreise in letzter Zeit von den Sozialdemokraten und den ihnen verwandten Parteien die Gelegenheit ergriffen werden würde, um für die Wahlen Stimmung zu machen gegen die sogenannten agrarischen Uebergriffe. Wir sind den Herren dankbar. Wir wollen die Frage sachlich behandeln und ihres agitatorischen Charakters entkleiden. Wenn die Getreidepreise steigen, wird, seitdem wir Zölle haben, immer einmal das Verlangen gestellt, diese Zölle zu ermäßigen. Das letzte Mal war es 1891. Damals hat der heute vom Abg. Schippel so hoch belobte Graf Caprivi die Ermäßigung der Zölle abgelehnt. Ich nehme heute den Namen des Grafen Caprivi zum ersten Male seit seinem Abgange in den Mund (Lachen links), ich glaube nicht, daß er über das Lob der Sozialdemokraten sehr erfreut sein wird. Wir sind nicht prinzipiell gegen Ermäßigung der Getreidezölle, wenn die Preise besonders hoch stehen, aber diese Ermäßigung darf nicht eintreten ohne sorgfältige Prüfung aller dabei in Betracht kommenden Momente. Die Schippel'schen Zahlen bedürfen einiger Berücksichtigung. Er hat die heutigen Zahlen richtig angegeben. Aber wir hatten in den Jahren von 1861—1880 ohne die Zölle oft höhere Preise als heute. Heute aber sind die Löhne der Arbeiter, nicht nur der Industrie-Arbeiter sondern aller Arbeiter, viel höher. Von einer Nothlage der Arbeiter kann gar keine Rede sein. Durch Aufhebung des Terminhandels haben wir einer sprunghaftigen Entwicklung der Preise vorgebeugt. Die Berliner Börse ist an den jetzigen Preissteigerungen nicht schuld, wohl aber die ausländischen Börsen. Ich lehne aber eine Suspension der Zölle ab, um einer Beunruhigung der Handelskreise vorzubeugen. Würden die Zölle suspendirt, so würden alle die beunruhigt werden, die sich mit Vorräthen versehen haben. Wir haben deshalb keinen Grund, dem Beispiel anderer Länder zu folgen. Alle diese Beunruhigung wäre heute nicht vorhanden, wenn die Regierung vor 2—3 Jahren auf unseren Vorschlag eingegangen wäre und die Versorgung des Volkes mit Getreide selbst in die Hand genommen hätte. Ich glaube, die Regierung hat allen Grund, ihre damaligen kleinsten Ausflüchte zu bedauern. Bei schlechter Ernte können wir die Zölle entbehren, bei guter Ernte genügen sie nicht. Die Getreidezölle sind ja offenbar schon sehr alt, denn Romulus macht in seinem klassischen Buche den Wachthabern des alten Rom den Vorwurf, daß sie es verabsäumt haben, den italienischen Bauernstand durch Getreidezölle zu heben. Ich will nicht untersuchen, ob der künftige Reichstag eine Erhöhung der Getreidezölle beschließen wird. Wenn der Abg. Windthorst noch lebte, hätte ich diese Doffnung, er würde die Gefahr abwenden, daß unsere Grundbesitzer im Osten unter den Hammer kommen. (Lachen.) Ich möchte dringend wünschen, daß die Landwirtschaft in Zukunft besser geschützt wird. Herr Schippel hat sich hier als Vertreter der Industrie-Arbeiter bezeichnet. Gibt es denn nur Industrie-Arbeiter, nicht auch ländliche? Warum verlangen die Herren bloß die Aufhebung der Getreidezölle, nicht auch die Herabsetzung der Eisenzölle? In der Eisenindustrie giebt es Disidenzen, gegen die unsere landwirtschaftlichen Erträge in Nichts verschwinden. Die Herren werden sich aber hüten, denn eine Herabsetzung der Eisenzölle würde sofort eine Lohnreduktion für die Arbeiter zur Folge haben. Genau so würde es bei der landwirtschaftlichen Arbeitern sein. Und es giebt doch noch viele ländliche Arbeiter. Heute kann die Regierung nichts thun, weil sie sich durch die unglücklichen Handelsverträge die Aktionsfreiheit hat nehmen lassen. Herr v. Thielmann sagte, wenn jetzt die Herabsetzung der Zölle verlangt wird, so müßten die Zölle bei niedrigen Preisen auch erhöht werden können. Das geht ja aber nicht wegen der Handelsverträge. Ich habe stets eine Revision der Handelsverträge verlangt. In Oesterreich und Rußland wäre dazu Geneigtheit vorhanden. Ich zweifle nicht, daß die Regierung ihre früheren Fehler eingesehen hat. Die Regierung mußte die Interpellation ablehnend beantworten. Die Getreidepreise sind nicht übermäßig hoch, sie bewegen sich auf einer Höhe, die der Landwirth braucht, um existieren zu können. Wir sagen der Regierung für ihre Haltung Dank. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Richter (fr. Sp.): Herr Thielmann hat sich bei seiner Ablehnung der Ermäßigung der Zölle noch eine Thür offen gehalten. Es war sehr lug von ihm angesichts der Thatfache, daß der französische Ministerpräsident Meilme seinen ähnlichen Entschluß ändern mußte. Die Wirkung dieser Maßnahme in Frankreich hat der Sekretär merkwürdigerweise gar nicht erwähnt, obwohl doch nur die Verächtung vorliegt, daß nun große Mengen von Getreide vom Weltmarkte nach Frankreich abströmen. Damit würde ein weiteres Steigen der Getreidepreise auf dem Weltmarkte und auch bei uns eintreten. Schon jetzt sind die normalen Mittelpreise für Getreide längst überschritten. Das sagt Ihr Kandidat für den ersten Berliner Wahlkreis, der Bädermeister Bernard selber, und der sollte Ihnen doch Autorität sein. (Weiterkeit links.) Preissteigerter wird der Rothstand noch dadurch, daß es Großgrundbesitzer giebt, die ihre Getreidevorräthe zurückhalten. In Ihrer Sprache heißt das Kornwucher. (Weiterkeit links.) Der Bund der Landwirthe hat noch vor wenigen Monaten den Erlaß eines Einfuhrverbotes für Getreide gefordert, weil bei uns ausreichende Vorräthe vorhanden seien. Thatsächlich sind jetzt in Deutschland so wenig Getreidevorräthe wie nie zuvor. Gätte man den Getreide-Terminhandel nicht verboten, so hätte es zu einer solchen Preissteigerung gar nicht kommen können. Aber Graf Kanitz hat ja veranlaßt, wozu die Agrarier einmüthig sind. Er hat gerade zur rechten Zeit wieder von seinem Antrag gesprochen und das war uns die Hauptsache. (Sehr gut links.) Die vorsichtigen Leute unter den Sammlungs-politikern thun ja immer so, als wenn der Antrag Kanitz gar nicht mehr lebt. Graf Kanitz hat der Sammlungsliste durch seine Offenheit einen schlechten Dienst erwiesen. (Sehr gut links.) Jedem Kommententen, der jetzt bei uns über das kleine und theure Brot klagt, können wir sagen: dies kleine und theure Brot ist die plastische Abbildung des Antrags Kanitz! (Bravo und große Weiterkeit links.) Graf Kanitz befragt die Abnahme der ländlichen

Bevölkerung. Schuld daran trägt ausschließlich der Großgrundbesitzer. (Sehr richtig! links.) Die Leute ziehen weg, weil sie zu nichts kommen. Es ist bedauerlich, daß auch die nationalliberale Partei auf agrarischen Spuren wandelt und sich in ihrem Wahlprogramm verpflichtet hat, die Kornzölle nach Ablauf der Handelsverträge zu erhöhen. Der Abg. Friedberg hat im Abgeordnetenhaufe bewegliche Getreidezölle empfohlen. Gegen sie spricht die Geschichte der englischen gleitenden Kornzölle und alle die Ausführungen, die der Schatzsekretär heute gegen eine Ermäßigung des jetzigen Zollsaßes gemacht hat. Je mehr aber die Getreidepreise steigen, um so eher hört der Konsument auf, das gebührende Wesen zu sein, zumal wenn sich überall agrarische Bestrebungen regen, im Abgeordnetenhaufe, im Herrenhaufe, in den Landwirtschaftskammern, um die Lebensmittelpreise zu erhöhen. Unter dem Titel der Sammlungsliste organisiert man ja förmlich Verbände der einzelnen Produzentenklassen, die sich gegenseitig die Zölle erhöhen zur Ausbeutung der Gesamtheit. (Bravo! links. Zwischen rechts.)

Abg. Dr. Lieber (Z.): Für das Zentrum besteht nicht das Bedürfnis nach einer Wahlrede nach dem Beispiel der Vortredner. Ich kann mit Genugthuung erklären, daß meine Freunde genau auf dem Standpunkte stehen, den der Herr Reichssekretär als den der verbündeten Regierungen bezeichnet hat und der 1891 von uns ausführlich dargelegt worden ist. Unter den Männern in unseren Reihen, die den österreichischen Handelsverträge zugestimmt haben, befinden sich die Namen angehener Agrarier, Graf Galen, Hr. v. Huene u. s. w. Nachdem inzwischen die Landwirtschaft durch die Handelsverträge unter den Nachtheil gestellt worden ist, den die Bindung der Getreidezölle für sie in Zeiten niedriger Getreidepreise mit sich bringen muß, haben wir auch die Pflicht, ihr die Vorthelle zu lassen, die eine hohe Preislage ihr als Ausgleich bietet. Die Suspension der Zölle würde niemand nützen, der Landwirtschaft aber vielleicht unabsehbaren Schaden bringen. Deshalb billigen wir vollkommen den Standpunkt der verbündeten Regierungen. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Dr. Baasche (natl.): Meine politischen Freunde stehen ganz auf demselben Standpunkte, den Herr Dr. Lieber soeben für das Zentrum dargelegt hat. Wir halten es nicht für zweckmäßig, eine zeitweise Aufhebung der Getreidezölle zu verlangen. Sie würde nicht nur die Landwirtschaft schädigen, sondern nicht einmal im Interesse des Handels liegen, denn es würde mit ihr jede Basis für eine sichere Spekulation schwinden. Das Getreide hat allerdings einen hohen Preis zur Zeit, aber von einer Nothlage der Konumenten kann nicht gesprochen werden. Die Theuerung ist auch unzweifelhaft nur vorübergehender Natur, da noch Vorräthe genug vorhanden sind. Veranlaßt ist die Theuerung in erster Linie durch den Krieg zwischen Amerika und Spanien. Die Amerikaner sind schlau genug, sich die Kosten ihres Krieges durch hohe Getreidepreise von Europa bezahlen zu lassen. Im Konium wird aber die Theuerung noch gar nicht spürbar, weil die Bädermeister sich mit großen Vorräthen versehen haben. Der Abg. Schippel berechnet die Belastung für die Arbeiterfamilie auf 30 M. Ja, wo war die Belastung, als die Getreidepreise niedrig standen? Die Konsequenz der Richter'schen Ausführungen war die Aufhebung der Getreidezölle. Aber das wagt niemand zu fordern, selbst die Sozialdemokraten nicht. Kommen Sie uns nicht mit den Wahlen; wir fürchten uns nicht trotz der Wahlmacht, die der Abg. Schippel durch die Fälschung der Urtheile erhalten hat. Einer vorübergehenden Preissteigerung wegen können wir nicht daran gehen, unser ganzes Zollsystem zu ändern. Wir würden auch viele Landwirthe schädigen, denn viele haben noch jetzt Getreide zu verkaufen.

Abg. Dr. Barth (fr. Sp.): Ich bin kein Freund der Getreidezölle, aber auch kein grundsätzlicher Freund der Suspension der Getreidezölle. Man kann dabei viel leichter zu einer grundsätzlichen Aenderung des ganzen Systems kommen, wenn dann die Preise wieder sinken. — Die heutige Interpellation ist aber sehr zeitgemäß und die Veranlassung, daß man sich im Publikum auch bei noch höheren Preisen auf eine Ermäßigung der Zölle nicht gefast machen darf. Das Volk wird um so mehr auf die agrarischen Uebergriffe acht haben müssen. Die ganze Thätigkeit des Bundes der Landwirthe geht darauf hinaus, durch Erhöhung der Zölle die heutigen Rothlandspreise zu Normalpreisen zu machen. (Sehr richtig! links.) Die plötzliche Steigerung ist durch die Panik im kubanischen Kriege hervorgerufen worden, die Steigerung hat aber angehalten, weil sich alles mit Getreide versorgt hat, weil der Umfang der Produktion selbst von den eingeweihtesten Leuten nicht vorausgesehen werden kann. Graf Kanitz macht den Spekulationshandel für die Preissteigerung verantwortlich. Aber gerade der Handel gleicht aus. Es freut mich, daß Herr Baasche das heute zugegeben hat. Das bei uns die Preise so elastisch sind, liegt unzweifelhaft an unserer schlechten Vörsengesetzgebung. Was bei dieser Interpellation immer in den Vordergrund gerückt werden muß, ist der Umstand, daß die Zölle eine konstante Last sind, die das Volk nur sehr schwer tragen kann. Vortheil haben nur die paar Großgrundbesitzer; damit 4 Millionen Leute einen Vortheil haben, werden 50 Millionen geschädigt. (Beifall links.)

Abg. v. Karborff (Rp.): Herr Barth will in Mecklenburg gewählt werden, er hat deshalb heute nur olle Komellen vorgebracht. (Heiterkeit.) Ich nehme einen etwas anderen Standpunkt ein, als alle anderen Redner. Ich halte das französische System für das beste: hohe Getreidezölle mit zeitweiliger Suspension. Unsere Preise sind nicht übertrieben hoch, namentlich Roggen hat einen normalen Preis, der Weizenpreis hat die normale Höhe überschritten; ich würde, wenn ich die Entscheidung in der Hand hätte, eine Suspension des Weizenzolls vorschlagen. Die Landwirtschaft hätte jetzt davon nicht den geringsten Schaden. Gleichmäßige Getreidepreise sind das wünschenswerthe. Wenn wir jetzt in eine Suspension willigen, so thun wir das mit dem Hintergedanken, daß von der Regierung in billigen Zeiten ein Getreide-Einfuhrverbot erlassen wird. In Rußland soll jetzt ein Ausfuhrverbot erlassen sein. Ich halte ein Einfuhrverbot in billigen Zeiten für das beste für unsere Landwirtschaft. (Beifall rechts.)

Abg. Rebel (Soz.): Dem Abg. Lieber möchte ich bemerken, daß es nicht Agitationslust war, das uns zur Stellung der Interpellation veranlaßt hat. Wir brauchen hier auch keine Wahlreden halten, denn unsere Wähler sind mit uns zufrieden, weil sie wissen, daß wir unsere Schuldigkeit gethan haben. Wir haben ein gutes Gewissen, ob das alle andere Parteien auch von sich sagen können, lasse ich dahingestellt. Wir waren zuerst sehr im Zweifel, ob wir eine derartige Interpellation einbringen sollten, die Mehrheit unserer Fraktion war sogar zuerst dagegen. Da kam aber die fortgesetzte Preissteigerung und die Nachrichten von der Leere der überseeischen Märkte stehen erkennen, daß diese Preissteigerung nicht vorübergehend sein wird. Zahlreiche Zuschriften kommen außerdem an uns aus Parteikreisen, in allen wurden wir im Hinblick auf die zu erwartenden gesteigerten Brotpreise aufgefordert zur Stellung dieser Interpellation. Hohe Brotpreise sind die Folge der hohen Getreidepreise. Daß diese nicht so rasch folgen, ist da ganz erklärlich. Die Geschäftsleute scheuen sich vorerst, mit den Preisen aufzuschlagen. Aber sie sind unausbleiblich. Durch die Stellung der Interpellation haben wir erfahren, daß die agrarische Regierung in Europa die deutsche ist. Während in Frankreich schon eine Suspension der Zölle erfolgt ist, während Oesterreich jedenfalls bald folgen wird, ist es einzig und allein die deutsche Regierung, die es nicht versteht, das Interesse der großen konsumirenden Bevölkerung zu wahren. Wir haben unserer Interpellation mit Absicht den Vortritt gegeben und nur eine zeitweilige Suspension der Zölle verlangt. Es liegt nicht in unserer Absicht, an den Handelsverträgen zu rütteln, aber bei Erneuerung der Handelsverträge werden wir gegen die bisherigen Zollsaße die schärfste Opposition machen. Graf Kanitz fragte nach unserer Stellung zu den Industriezöllen. Natürlich sind wir auch einer Herabsetzung der Industriezölle geneigt. Wir haben schon 1878 gegen den Abschluß der Zollverträge die allerlebensfeste Opposition gemacht und nicht bloß wegen der Getreidezölle dagegen gestimmt, sondern weil wir die ganze Zollsaße-Politik nicht mitmachen wollten. Die Regierung beruft sich nun darauf, daß die

gegenwärtigen Zustände nur vorübergehend sind und daß in an-
betracht der noch vorhandenen Vorräthe eine wesentliche Erhöhung
der Getreidepreise nicht zu erwarten steht. Warum sind denn aber
Frankreich und Italien zur Suspendierung der Hölle übergegangen?
Weil sie anerkennen müssen, daß die Getreidepreise infolge der Hölle
eine Höhe erreicht haben, die die Volksernährung auf das schwerste
schädigt.

Herr v. Kardorff erwähnte, die russische Regierung habe ein
Weizen-Ausfuhrverbot erlassen. Ist das wahr, wird jedenfalls
ein Roggenausfuhr-Verbot auf dem Fuße folgen. In Rußland
herrscht schon beim Siebentel der Gesamtbevölkerung, bei 14 bis
15 Millionen, Hungersnot, die Regierung wird ernstlich erwägen
müssen, ob sie nicht die Ausfuhr von Roggen ebenfalls verbieten
muss, umso mehr, als heute noch nicht feststeht, wie die nächste
Ernte ausfallen wird. Der Ausfall der Ernte ist noch kurz vorher
ungewissig. Kriegsalarmitäten können zudem alle Berechnungen über
den Haufen werfen. Bei einem europäischen Kriege können wir zu
unerwünschten Preisen kommen.

Die Herren von der Rechten haben auch insbesondere ihre
Opposition gegen die Aufhebung der Hölle damit motiviert, daß sie
sagten: Ihr Sozialdemokrat handelt ja nur im Interesse der In-
dustrie-Arbeiter, wie steht es aber mit den landwirtschaftlichen Ar-
beitern? Gibt es denn etwa keine? Gewiß, Herr Graf, es giebt
Millionen landwirtschaftliche Arbeiter, aber es steht auch fest, daß
heute die große Mehrheit der Nation im höheren Grade von der
Entwicklung der industriellen Verhältnisse abhängt, als von den
landwirtschaftlichen, und es steht weiter fest, daß die Höhe der Ge-
treidepreise auf die Löhne gar nicht einwirkt. Sie werden nicht be-
streiten können, daß Sie seit dem Jahre 1895 ansehnliche Getreide-
preise gehabt haben. Sie sind stetig gestiegen — das hat auch neu-
lich Herr Bued anerkannt — schon wegen der fortwährenden
Steigerung der Bevölkerungszahl. Die Agrarier haben schon des-
halb gute Aussichten. Wie steht es aber mit den Löhnen? Da steht
es noch sehr traurig aus. Eine Landwirtschaftskammer, die in Ost-
preußen, hat in diesem Frühjahr bei der Regierung petitionirt be-
züglich der Altersversicherung, den Jahresverdienst der Arbeiter auf
unter 850 M. festzusetzen. Das ist denn doch ein wahrer Hunger-
lohn. Wenn Sie solche Löhne zahlen, dann begreift es
sich von selbst, daß Sie keine Arbeiter finden. (Sehr richtig links,
Abg. Graf Ranitz ruft: Da fehlen noch die Naturalien).
Erlauben Sie, der Bericht der Naturalien ist dabei eingerechnet. Daß
solche Zustände sich im Osten entwickelt haben, begreift sich auch.
Man braucht sich ja nur die Entwicklung der landwirtschaftlichen
Maschinen ins Gedächtnis zu rufen. Hier liegt in den letzten Jahren
eine Steigerung von 500 pCt. vor. Da erklärt es sich, daß die land-
wirtschaftlichen Arbeiter mehr und mehr vom Lande weg nach den Industrie-
städten gehen. Die Landwirtschaft ist infolge der Maschinen mehr
und mehr zum Saisonbetrieb geworden, die Leute finden
nur zeitweilig, nicht das ganze Jahr hindurch Be-
schäftigung. Dazu die schlechten Löhne, die schlechte Bezahlung,
die schlechte Behandlung, ich erinnere nur an die Gefinde-Ordnung.
Selbst die uralten und russischen Arbeiter halten es bei diesen
traurigen Verhältnissen nicht aus. Aus solchen Verhältnissen begreift
sich das Sinken der Zahl der landwirtschaftlichen Arbeiter und daß
es ihnen immer schwerer wird, ihre Produktion aufrecht zu er-
halten. Danach hat aber die übrige Welt und das übrige Deutsch-
land nicht zu fragen. Verstehen Sie es nicht, Ihre Produktion den
modernen Verhältnissen entsprechend zu gestalten, so können darunter
die Industrie-Arbeiter, die übrige Bevölkerung Deutschlands nicht
leiden. Die industrielle Bevölkerung übersteigt an Zahl
erheblich die Zahl der gesammten ländlichen Bevölkerung.
Es stehen zwanzig Millionen gegen 18 1/2 Millionen. Dazu
kommen noch 6 Millionen Angehörige des Handels, dann die
große Zahl der Beamten, die Rentiers, die Alters- und Invaliden-
rentner, die sämtlich an niedrigen Lebensmittelpreisen interessiert
sind.

Herr v. Kardorff bezeichnete die gegenwärtigen Roggenpreise als
normale, und sagte, nur bei diesen Preisen könnte der Bauer erst mit
einigem Vortheil Roggen produzieren. Wäre das wahr, dann müßte
man behaupten, daß seit dem großen Theuerungsjahre 1892 die
Bauern überhaupt keinen rothen Heller am Roggenbau mehr ver-
dienen, sondern fortgesetzt Interbilanz gemacht haben. (Sehr richtig! rechts.)
Ein Theil der Herren rechts nicht mir zu. Wenn das wahr wäre,
dann wären drei Viertel aller Bauern thatsächlich bankrott. (Zurufe
rechts: Stimmt auch!) Nein, meine Herren, das sind sie nicht.
Sehen Sie sich die Substitutionszahlen an. Sie sind in den letzten
Jahren wesentlich geringer geworden. So schlecht liegen also die
Dinge bei Ihnen nicht. Fest steht aber, daß nur ein sehr geringer
Theil der Grundbesitzer überhaupt für den Getreideverkauf in Frage
kommt. Rund 50 pCt. haben weniger als einen Hektar Fläche zu
bebauen, diese Kleinbesitzer können gewiß nichts verkaufen,
sondern brauchen alles für ihre Familien. Man kann wohl
auch sagen, daß der weitaus größte Theil derselben, die
1—5 Hektar besitzen, nicht in der Lage ist, mehr Getreide als für den
eigenen Bedarf bauen zu können. Das sind aber rund 28 pCt., so
daß in runder Summe 77 pCt. der gesammten landwirtschaftlichen
Betriebe betrockt gestellt sind, daß sie an den Getreidebörsen vollständig
uninteressirt sind; aber umgekehrt an der Erhöhung der Getreide-
preise durch die Hölle ein sehr lebhaftes Interesse haben. Es ist nur
eine kleine begünstigte Minorität, die von diesen hohen Preisen einen
Nutzen hat, während umgekehrt ein ganz bedeutender Theil
der Landwirtschaft Getreide kaufen, also die hohen Preise
auch bezahlen muss. Vom agitativen Standpunkt müssen
wir wünschen, daß sich die Getreidepreise auf der gegen-
wärtigen Höhe halten. Welchen Eindruck Ihre Haltung
zur Interpellation im Lande machen wird, ist klar. Nicht nur in
den gesammten Städten und in der Industrie, sondern auch bei
einem sehr großen Theile der landwirtschaftlichen Bevölkerung wird
die Haltung der Majorität dieser unserer Interpellation gegenüber
aufs allerentschiedenste beurtheilt werden und von diesem Stand-
punkt aus können wir mit dem Resultat dieser Verhandlungen sehr
zufrieden sein. (Lebhafte Beifall links.)

Ein Schlussantrag wird angenommen.

Personlich bemerkt

Abg. Herr v. Sarnum (Rp.): Ich habe meine Stellung nicht
berührt, wie man nach der Rede des Abg. Schippel annehmen
könnte. Ich habe zwar den russischen Handelsvertrag für einen
großen Vortheil für die Industrie erklärt, aber gleichzeitig erklärt,
daß für die Landwirtschaft Kompensationen geschaffen werden
müssen. Als solche habe ich die Aufhebung des Identitätsnachweises
verlangt.

Abg. v. Kardorff (Rp.): Herr Bebel hat gesagt, wenn es richtig
ist, daß erst bei den heutigen Preisen das Roggen die Landwirthe
nur gerade bestehen könnten, dann des Landwirthe schon längst
bankrott sein müßten. Herr Bebel kennt offenbar die große Zahl
der Landwirthe nicht, die in diesen trübten Jahren bankrott gemacht
haben.

Abg. Dr. Sahn (wldl.) konstatiert, daß sowohl ihm, wie Herrn
v. Bied das Wort durch Schluss der Diskussion abgehandelt worden
sei. (Große Heiterkeit.)

Damit ist die Interpellation erledigt.
Es folgt die dritte Verathung des Antrags P a a s c h e (Gesetz-
entwurf betr. den Verkehr mit Süßholzwasser). Derselbe wird
nahezu debattelos angenommen (gegen die Stimmen der Frei-
siniger).

Der Nachtrags-Etat für 1898 wird in dritter Verathung
debattelos genehmigt.

Es folgen Kommissionsberichte über Petitionen von unter-
geordneter Bedeutung; die Petitionen werden debattelos nach den
Anträgen der Kommissionen erledigt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Präsident v. Duol giebt sodann die übliche Heberficht über die
in der heut ablaufenden Session erledigten Geschäfte.

Abg. v. Levetzow (l.) drückt im Namen des Reichstages dem
Präsidenten v. Duol seinen Dank aus für die mühevollen und un-
ermüdbaren, für die treue und unparteiische Leitung der Verhandlungen
auch in dieser Session.

Präsident v. Duol dankt dem Redner im Namen des Vorstandes

für diese Anerkennung und ruft allen ein herzliches Lebewohl zu
(Lebhafte Beifall).

Staatssekretär Graf Posadowsky verliest eine kaiserliche Bot-
schaft, in der der Kaiser die Absicht „Lud thut und zu wissen sagt“,
den Reichstag morgen im Weißen Saale des kaiserlichen Schlosses
zu schließen.

Während des darauf folgenden Hochs auf den Kaiser haben die
Sozialdemokraten bereits den Saal verlassen.

Schluss 4 Uhr.

Kommunales.

In der Berliner Waisenverwaltung scheinen ganz eigen-
thümliche Zustände zu herrschen. Wiederholt sind bei uns
Schwerden darüber eingegangen, daß die Pflegerkinder Berliner
Waisenkinder das Erziehungsgeld zu spät erhalten haben. Als unser
Parteiengenosse Stadtverordneter Bruns bei der Stadtverathung
diese Ungehörigkeit erwähnte, ist ihm vom Stadtrat Rämpf auch
Abhilfe zugesagt worden. Leider scheint der Herr Stadtrat zur
Regelung dieser Angelegenheit noch nicht die rechte Zeit gefunden zu
haben, denn gestern erhielten wir die Mittheilung, daß die Pfleger-
eltern am 2. Mai noch nicht einmal das Pflegegeld für das erste
Quartal dieses Jahres ausgezahlt erhalten hätten. Der Magistrat
sollte doch bedenken, daß die Leute, welche Kinder in Pflege nehmen,
meistens keine Kapitalisten sind und das ihnen zukommende Geld
nothwendig gebrauchen. Warum wird nicht für Abhilfe gesorgt?

Beschwänd. Zur Lehrerbesoldungsfrage wird in
Ergänzung der bisherigen Meldungen der „V.-Z.“ geschrieben: Vom
Provinzial-Schulcollegium ist dem Magistrat das Bedauern des
Ministers darüber ausgesprochen worden, daß die Stadt Berlin die
Erwartungen des Ministers in bezug auf die Höhe des Grundgebalts
nicht erfüllt hat, trotzdem es sich der Minister versagt hat, in dieser
Richtung bestimmte Forderungen zu stellen. Der Minister will
von einer Erhebung des Konflikts absehen im Interesse zu-
nächst der Lehrer, die möglichst bald in den Genuss des
Gesetzes kommen sollen, sodann aber auch, um nicht wieder
in den Gang der Selbstverwaltung eingreifen zu müssen. Es wird
aber die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß Berlin in kürzester
Zeit eine Regelung der Angelegenheit vornehmen werde, die seiner
Stellung entspreche, damit Berlin auch in Zukunft so tüchtige Lehrer
erhalte, daß das Schulwesen auf dem bisherigen Stande bleibe.
Nach diesen Ausstellungen wird die Stala unter drei Bedingungen
genehmigt. Die Wohnungsentwöhnung der Lehrerinnen soll der
der unverheirateten Lehrer gleich sein; die Bestimmungen
über die Anrechnung der Privat-Schuldienstzeit sind klarer
zu fassen (eine allgemein verständliche Fassung ist be-
gehrig); drittens sollen die unverheirateten Lehrer nicht
geschädigt werden. Die Städtische Schuldeputation hat be-
schlossen, die Annahme der beiden ersten Punkte zu empfehlen,
bezüglich des dritten aber es zum Konflikt kommen zu lassen. Damit
würde denn der Eingriff in die Selbstverwaltung, den der Kultus-
minister zu vermeiden wünscht, doch zur Thatsache werden.

Die Deputation für das städtische Turn- und Badewesen
benachrichtigte die Direktoren der Gemeindefiskalen, daß an den Tagen
Mittwoch und Sonnabend die öffentlichen Spielplätze: 1. auf dem
Egerzierplatz des 8. Garde-Regiments vor dem Schießplatz Thore,
2. im Friedrichshain, 3. auf dem Egerzierplatz hinter der Ullan-
kaserne, 4. im Humboldthain, 5. am Fuße des Kreuzberges,
6. auf dem Egerzierplatz an der sog. einsamen Pappel, 7. auf
dem zwischen Urbanstraße, Platz am Urban und Wilmstraße, 14. a-
belegenen Grundstück, 8. auf dem Grundstück Wilmstr. 49/54
und Panke, 11/12, 9. auf dem Grundstück Bremerstr. 27/37, eröffnet
und dorthin unter Leitung von städtischen Lehrern von 4—6 Uhr
Nachmittags, im Friedrichshain von 3 1/2—5 1/2 Uhr Nachmittags Be-
wegungsspiele für Knaben abgehalten werden sollen. In der au-
Berfügung heißt es, dem „V. Z.“ zufolge, „Wir eruchen Sie, die
Knaben der von Ihnen geleiteten Schule hiervon in Kenntniß zu
setzen und sie zum Besuche dieser der Jugend unserer Stadt sehr zu
empfehlenden Spiele vor ihrem Beginn und wiederholentlich während
des Sommers, namentlich aber auch beim Beginn des Unterrichts
nach den Sommerferien, anzuregen.“

Der Engpass in der Kommandantenstraße vor dem Industrie-
gebäude soll endlich beseitigt werden. Nachdem anlässlich der Neu-
bedauung der Grundstücke Kommandantenstr. 12, 13 und 14 das
zur Straße bestimmte Land von den Eigentümern für den öffent-
lichen Straßenverkehr freigelegt worden ist, hat die städtische Bau-
deputation in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, diese Straßflächen
zu erwerben und möglichst im Laufe dieses Sommers die endgültige
Regelung der Straße zwischen Deuts- und Lindenstraße in der Art
zu bewirken, daß statt des jetzt an einzelnen Stellen nur 6 Meter
breiten Fahrdamms ein solcher von einer durchgängigen Breite von
10 Metern hergestellt und die Bürgersteige sowohl auf der Nord- als
auch auf der Südseite auf 3,25 Meter verbreitert werden.

Das Polizeipräsidium hat im Einvernehmen mit der k. ö. n. l.
Ministerial-Baukommission die landespolizeiliche Genehmigung zur
Ausführung des Neubaus der K i e n d r ü c k e ertheilt. — Zu der
von den städtischen Körperschaften beschlossenen Aenderung des
zwischen der Straße 1 und Ringbahn, sowie der Straße 9 und Schön-
hauser Allee belegenen Theiles der Abtheilung XI des V e b a u u n g s -
p l a n e s hat das Polizeipräsidium seine Zustimmung gegeben. Die
Pläne werden demnächst in der städtischen Planlammer öffentlich
ausgelegt werden.

Gestern Mittag hat unter Vorsitz des Oberbürgermeisters
Jelle eine Sitzung der Kommissare des Magistrats bezüglich der Frage
der Hilfsarbeiter stattgefunden.

Lokales.

Die Varietegenossen des 1. Wahlkreises werden ersucht, zu
der am Sonntag, den 8. d. M. stattfindenden Flugblatt-Ver-
breitung sich früh 7 1/2 Uhr in folgenden Lokalen einzufinden:
Kriehel, Jüdenstr. 35; Sommer, Grünstr. 21; Stodisch, Holzgarten-
straße 10; Glane, Krausenstr. 18; Voigt, Charlottenstr. 60; Schmidt,
Hensburgerstr. 24.

Die preussische Beamtenschneidigkeit von einem preussischen
Beamten wahrheitsgemäß gekennzeichnet, das ist eine Wabe, die
einem nicht alle Tage geboten wird. Der preussische Eisenbahn-
Direktor de Terra in Guben unternimmt es in der Zeitung des
Verbands deutscher Eisenbahn-Verwaltungen, den Herren mit dem
contra naturam aufgewirbelten Schmirbel anzuzeigen, wie sehr
sie sich durch ihre Raserei beim einsachen Mann verhaßt und lächer-
lich machen.

Die besonders häufig in Norddeutschland anzutreffende, schon
viel beklagte „Unnahbarkeit“ der Vorgesetzten in und außer
Dienst muss schwinden. Jeder Vorgesetzte muss sich daran ge-
wöhnen, in seinem Untergebenen, auch dem einfachsten Arbeiter,
sofern er seine Schuldigkeit thut, nicht blos das brauchbare Werk-
zeug, sondern auch den pflichttreuen Mitarbeiter und Menschen zu
schätzen. Er darf deshalb im Verkehr mit ihm namentlich auch nicht
die Höflichkeitsformen außer acht lassen, die im gewöhnlichen
Leben üblich sind. Gerade das ist ein leider allzu oft ver-
nachlässigtes Gebot nicht allein des natürlichen Tactes, sondern auch
der einfachen Klugheit. Die meisten, die den ererbietigen Gruß
eines untergebenen Beamten oder Arbeiters kaum beachten oder
höchstens mit einem nachlässigen Kopfnicken erwidern, sind
sich wohl kaum bewußt, wie tief die sich darin aus-
drückende, wenn auch nur scheinbare Mißachtung von
den Betroffenen oft empfinden wird. Es fehlt ihnen das
Verständniß dafür, welsch hohen Werth der Untergebene gerade solchen
an sich geringfügigen Außerachtlassungen beilegt, weil er daraus, meist
nicht mit Unrecht, tiefere Schlüsse zieht.

Viel nützen wird eine solche Willkür wohl gerade nicht, und
manche Staatsmänner mag dem Eisenbahndirektor die Moralpredigt
wohl recht abelnahmen, schon weil sie die Schneidigkeit für das un-
erlässigste Mittel hält, um Karriere zu machen. Aber auch die
Untergebenen und Arbeiter werden dem Herrn de Terra

keinen Dank wissen, wenn sie erfahren, daß er eine
gestützte Behandlung nicht sonderlich um ihrer selbst willen
empfiehlt, sondern von ihr die Wirkung erhofft, daß sie dadurch der
Sozialdemokratie als der einzigen Partei, die sich ihrer
Leiden nachdrücklich angenommen hat, entfremdet werden sollen.
Andererseits sind doch kaum verkantet werden, wenn er es rühmt,
daß „am Anlaß vaterländischer Gedentage, das Be-
wußtsein der Zusammengehörigkeit, des gemeinsamen Schaffens an
einem großen Ganzen, des gemeinsamen Strebens nach großen
Zielen zu wecken und zu kräftigen“ versucht worden ist. Soweit der
kleine Mann im Reiche des Herrn Thielen überhaupt zum Nach-
denken gekommen ist, weiß er nur zu gut, daß er der Sozial-
demokratie nicht allein die Aufhebung und schmerzlose Kritik
seiner Leiden, sondern auch die Förderung seines Unabhängigkeits-
sinnes zu danken hat.

Ueber den neuartigen Brand eines Akkumulatortwagens
(System Mübe) auf der Straßenbahnstrecke Stieglitz—Zoologischer
Garten (in der Kaiserstraße zu Friedenau) liegt nun der amtliche
Bericht der Sachverständigen vor. Daraus ergibt sich, daß die Ent-
zündung nicht durch „Kurzschluß“ erfolgt ist und daß der Brand auch
nicht in unfachlichem Zusammenhang mit dem verwendeten Celluloid
gestanden hat. Nach der dem Polizeipräsidium vorgelegten Fest-
stellung ist der Brand dadurch entstanden, daß eine der gegohenen
Batterien, durch welche die einzelnen Elemente des Akkumulators
leitend verbunden sind, einen Material- oder Lötfehler aufwies.
Es hat sich hier rein mechanisch eine Bruchstelle und dann ein
Lichtbogen gebildet, der ein Abschmelzen des Bleies zur Folge
hatte. (Durch eine sehr einfache Konstruktion kann solchen Vor-
kommnissen mit Sicherheit vorgebeugt werden.) Das flüssige Blei
hat dann die zunächst liegenden Holztheile des Wagens
angegriffen, und das Feuer hat sich von hier aus langsam schmelzend
weiter verbreitet. Der Vorgang war dabei der folgende: Während
der Fahrt sah der Schaffner auf einer Seite unter dem Sitz im
Inneren des Wagens Rauch hervortreten. Der Wagen wurde sofort
zum Stillstand gebracht. Nach Abnehmen des Sitzbeleges und Hoch-
heben der Deckklappe, welche die darunter befindlichen Akkumulatoren
zugänglich macht, trat der Rauch stark zu tage. Die Flammen
bildeten sich überhaupt erst, als nach dem oben geschilderten Abheben
der Sitzklappe die Luft zu den schmelzenden Stellen des Holzes trat.
Sie fanden zunächst nur an dem Obergestell des Wagens Nahrung.
Dies geht zur Evidenz daraus hervor, daß nur das Obergestell des
Wagens vollständig zerstört ist. Die Celluloidgefäße selbst und
ebenso die Holzstäbe, in denen sie eingebaut waren, sind nur theil-
weise vom Feuer ergriffen worden.

Bei der Untergrundbahn, welche Strauß mit Treptow ver-
bindet, werden jetzt auf beiden Ufern die Eingänge zu dem unter-
halb des Ringbundes der Spree befindlichen Tunnel hergestellt, welcher
vor kurzem vollendet worden ist. Zu diesem Zweck werden augen-
blicklich mit Hilfe der Dampftramway ausgebeugte Spundwände
errichtet, unter deren Schutze die notwendigen Ausschüttungsarbeiten
ausgeführt werden. Die Eingänge liegen, damit eine allzu starke
Steigung vermieden wird, ziemlich weit vom Ufer entfernt. So
wird auf der Treptower Seite der Eingang fast unmittelbar neben
dem Fahrweg der Chaussee angelegt.

Der projekirte Nordring-Bahnhof Putzstraße zwischen
Bahnhof Vosselstraße und Wedding befindet sich nunmehr im Bau
und wird mit Beginn des Winter-Fahrplans zum 1. Oktober dem
Verkehr übergeben werden.

Die Berliner Unfallstationen wurden im Monat April 1898
in 2209 Fällen gegen 1895 im gleichen Monat des Vorjahres für
erste Hilfe in Anspruch genommen, und zwar 1951 mal bei Unfällen
und 248 mal bei plötzlichen Erkrankungen. In den Stationen
wurden 2146, außerhalb dieser 153 Personen behandelt. Mit den
Krankenträgern der Unfallstationen wurden im verflochtenen Monat
von 113 Verunglückten bezw. plötzlich Erkrankten 83 nach öffentlichen
Krankenhäusern, die übrigen nach ihren Wohnungen befördert. Die
Transporte wurden, abgesehen von den Krankenträgern-Transporten,
sämmlich unentgeltlich ausgeführt.

Die Angelegenheit des Fleischverkaufs aus der Carlische
des hiesigen Viehhofes an Restaurateure, über welche wir letz-
lich berichtet haben, beschäftigte wiederum den Verein der Schan-
wirth Nordost Berlin. Der in dieser Angelegenheit nach längerer
Erörterung gefasste Beschluß geht dahin, beim Verbaude der Gast-
und Schankwirth Berlin und der Umgegend den Antrag zu stellen,
daß dieser sowohl beim Magistrat als auch beim Polizeipräsidium
dahin vorstellig werde, daß das Fleisch aus der Carlische nur in
Portionen bis zu 5 Pfund und nur gegen polizeiliche Ausweisekarten
an Privatpersonen, an Geisverbreitende (Restaurateure etc.) aber gar
kein Fleisch verkauft werden dürfe.

Glück im Unglück hatte gestern ein kleiner Proletarier, welcher
in der Badstraße eine größere Menschenansammlung veranlaßte, ohne
sich dadurch jedoch der Verübung groben Unflugs schuldig zu machen.
Es handelte sich um die alte Beschichte. Sein Vater arbeitet in
einer Fabrik in der Pringen-Allee, seine Mutter arbeitet zu Hause,
und er war ausgesandt worden, seinem Vater das tägliche Mittag-
essen in die Fabrik zu bringen. Unterewegs wurde er von einer Frau
angesprochen, die ihn bat, ihr eine Besorgung in einem näher be-
zeichneten Hause auszurichten. Der Junge fiel auch auf den
Schwimbel hinein, übergab, während er den ihm gewordenen Auf-
trag ausführte, der Frau „unterdessen“ den Korb mit dem Essen,
und mußte bald darauf die traurige Entdeckung machen, daß er
betrogen sei. Frau, Korb und Essen waren verschwunden. Der laut
jammernde Knabe erregte die Aufmerksamkeit der Straßenpassanten,
denen er sein Unglück erzählte. Da fand sich ein proletarischer Gast-
wirth, welcher dem Knaben einen Korb ließ und auch eine Portion
Mittagsessen für den hungrigen Vater hineintrug. Hocherfreut trugte
der Junge nun der Fabrik zu, um eine gute Dosis Erfahrung reich.

Im Fahrstuhl ist am Mittwoch Abend der 43 Jahre alte
Führer und Handwerker Max Stimmer aus der Jägerstr. 27 schwer
verunglückt. Dieser wollte, nachdem er das Gaslicht gelöscht hatte,
mit dem Fahrstuhl vom Erdgeschoß in seine im dritten Stock ge-
legene Wohnung hinauffahren. Der Stuhl stand jedoch nicht richtig,
sondern zwei Fuß höher als er sollte, und so stürzte Stimmer durch
den Spalt in den Kellerchoß hinab. Nachbarn kamen auf sein
Geschrei und retteten ihn. Der Verunglückte zog sich durch den vier
Meter tiefen Sturz mehrere Rippenbrüche und schwere innere Ver-
letzungen zu und mußte mit einem Koffschon Wagen in das
Elisabeth-Krankenhaus gebracht werden.

Strahensperren. Die Rosenstraße von der Kaiser Wilhelm-
bis zur Neuen Friedrichstraße einschließlich des Kreuzdamms der
letzteren und der Rosenstraße wird behufs Umplasterung vom 6. d. M.
ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt. — Der Ver-
kehr zwischen der Straße an der Spandauerbrücke und dem östlichen
Theile der Neuen Friedrichstraße erleidet keine Unterbrechung. — Die
Fuhrstraße vom Mühlendamm bis zur Königstraße wird behufs Ver-
legung eines Wasserrohres vom 11. bis 18. d. M. für Fuhrwerke
und Reiter gesperrt.

Nachträglich ermittelt wurde der Führer eines Fleisch-
wagens, welcher am Dienstag in Alt-Moabit zwei Personen über-
fahren hatte. An dem erwähnten Tage überfuhren zwei Frauen
den Fuhrwagen des Straßenjungs Al-Moabit, als ein beladener
Schlächterwagen herangejagt kam. Beide Frauen wurden, bevor sie
noch dem Anrufe des Ruffers folgegebend konnten und auszuweichen
vermochten, zu Boden gerissen und durch Ueberfahren zum Theil nicht
unerblich verletzt. Der Kutscher entzog sich der Personalstellung
zunächst durch die Flucht. Die Polizei, welcher von dem Unfall
Meldung gemacht wurde, stellte nach der von dem Fuhrwerk ge-
gebenen Beschreibung sorgfältige Recherchen in der Engros-Markthalle
in der Neuen Friedrichstraße an und so gelang es ihr auch, den
Schuldigen am gestrigen Tage in der Person des 34-jährigen, bei
einem hiesigen Detail-Schlächtermeister in Stellung befindlichen
Kutschers Max Fiebig zu ermitteln.

In der Günther'schen Nordische wird jetzt von der Kriminal-
polizei der Metalldreher F r i e d r i c h R e u m a n n, am 19. Oktober 1872
in Berlin geboren, der sich auch Rajans, Berger, Schefel und Günther

Soziales.

Arbeiter-Risiko. Auf gräßliche Art hätte bei Kiel ein Telegraphenarbeiter sein Leben ein...

Der Mangel zweimähtiger Arbeiterwohnungen macht sich in den industriellen Gegenden in immer größerem Maße bemerkbar...

Ein russischer „Arbeiterfreund“. Die Handlungsgehilfen der Stadt Wilna wandten sich an den seitdem verstorbenen Generalgouverneur Orschewsky mit einer Petition...

Wenn dieser russische Gouverneur Orschewsky einmal stellungslos werden sollte, braucht er sich nur nach dem Deutschen Reich zu wenden...

Wahlversammlungen.

Die National-Sozialen schickten in einer am Mittwoch in der Tonhalle abgehaltenen Versammlung einen ihrer Hauptstreiter, Herrn Max Lorenz ins Feld...

stehenden sozialdenkenden Mann zu stimmen. Das Vertrauen der National-Sozialen auf die eigene Kraft scheint demnach sehr gering zu sein...

Vom Zentralverein der Gewerbetreibenden im Südwesten war eine öffentliche Versammlung bei Martens, Friedrichstr. 236, einberufen...

In der Diskussion schüttelten beide Richtungen ihr Herz aus. Redakteur Wegener behauptete, wenn der Antrag Kantig feinerzeit angenommen wäre...

A. Lachmann,

Belle-Alliance-Strasse 3 u. 4 bestehend,

seit 20 Jahren in der empfielt zu aussergewöhnlich billigen Preisen sein grosses Lager in

- Hüten Wäsche Futterstoffen
Bändern Weisswaren Posamentirwaaren
Blumen Trikotagen Wollwaaren
Blousen Strümpfen Glas- und Porzellanwaaren.
Dieser Tage kommt ein Posten Porzellan, das Stück 10 Pfg., zum Verkauf.

Deutsche Schuh-Fabrik

vom G. Markus & Co., Ges. m. beschr. H. Erfurt-Ilversgehofen

Renommirtes Fabrikat. Beste Zuthaten.

- Wir empfehlen: Herren-Zugstiefel, gewalzt, Spezialität. 7 M.
Arbeitschuhe, reell, solb, fräftig, 4,50 bis 6,50 M.
Damen-Zugstiefel 2,60, 3,50, 4,50, 5,50 bis 14 M.

Die Verkaufspreise werden von der Fabrik aus auf die Sohlen aufgestempelt, daher jede Ueberschneidung ausgeschlossen.

- Verkaufsstellen: Berlin SW, Belle-Alliance-Strasse 102.
Düsseldorf, Schadowstrasse 57.
Köln a. Rh., Giefelstein 66.

Institut für Zahnleidende.

Herm. Herold, Elsasserstrasse 92 I. (Rosenthaler Thor). Ehem. Assistent in Wien, Berlin, Stuttgart etc.

Advertisement for Oscar Arnold, featuring a cartoon character and text about dental services and prices.

Advertisement for Brenner & Cie., featuring a cartoon character and text about clothing and fabrics.

Advertisement for Guckel's Zahnateliers, featuring two portraits of women and text about dental services.

Advertisement for Arnold & Eggert, featuring a cartoon character and text about hats and shoes.

Advertisement for Allgemeine Volks-Krankenkasse, featuring text about health insurance and services.

Advertisement for Großer Ausverkauf in Gardinen, featuring text about window treatments.

Advertisement for Bruno Güther, featuring text about clothing and fabrics.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 6. Mai.
Oberhaus. Die Hofe von Schiras. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Die Hofe von Schiras. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Nathan der Weise. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leipzig. Im weißen Rössl. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Die Journalisten. Anfang 7 1/2 Uhr.
Goethe. Die offizielle Frau. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Ein gemachter Mann. Anfang 8 Uhr.
Unter den Linden. Der Opernball. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Die Frauen der Gändelheit. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichens. Sein Trieb. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Der Zimmerfest. Anfang 7 1/2 Uhr.
Ostend. Unter der Polarsonne. Anfang 8 Uhr.
Central. Die Kermesse. Anfang 8 Uhr.
Wilde. Die Kermesse. Anfang 8 Uhr.
Luise. Eine Mädel. Anfang 8 Uhr.
Friedrich. Wilhelmstädter. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Eine Gefasene. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48-49. Anfang 8 Uhr.
Jugendstr. 57/62. Täglich (außer Sonntag und Mittwoch) abends 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge.
Passage-Panopticon. 36 schwarze Mädchen aus unseren afrikanischen Kolonien. Vorstellungen 12, 5, 6, 7, 8 und 9 Uhr.

Central-Theater

Alle Jakobstr. 30.
Täglich: Vorbereitung geschlossen.
Morgens, Sonnabend: Hum 1. Rolle:
Novität! Novität! „Der Dorfshump“.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).

Ein gemachter Mann.
Sonnabend:
Galeotto.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Wilhelm Tell.
Abends 8 Uhr:
Brand.

Ostend-Theater.

Lezte Woche! Lezte Woche!
Zum 97. Male:
Unter der Polarsonne.
Anfang 8 Uhr.
Im Tunnel vor u. nach der Borst. Gr. Frei-Konzert. Anfang 7 Uhr.
Sonntag Nachm. bei glüh. Witterung im voll. renov. Gart. v. 4 Uhr: Frei-Konzert. Im Theater-Raum. 3 Uhr, halbe Preise: Zanan Gold.
Am 10. Mai findet das 30jährige Schauspieler-Jubiläum des Direktors Carl Weich statt; zur Auf-führung gelangt: Der Stadtrompeter.

Luisen-Theater

Arme Mädel!
Täglich: Vorbereitung geschlossen.
Morgens, Sonnabend: Hum 1. Rolle:
Novität! Novität! „Der Dorfshump“.

Concerthaus
Leipzigstr. No. 48
Täglich:
Hoffmann's Quartett
und Humoristen.
Sonnabend, den 7. Mai:
Hum 50. Rolle:
In Zossen.
Sonntag: Lezte Cavalleri.

Freie Volksbühne.

Freitag, den 6. Mai 1898, abends 8 1/2 Uhr,
in der „Tonhalle“, Friedrichstr. 112:
General-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht des Vorstandes, Kassenbericht, 2. Festsetzung des Kassierergalts für das nächste Spieljahr, 3. Event. Neuwahl des Ausschusses, Vorstandes, der Revisoren und Obleute der Ordner, 4. Verschiedenes.
Der Eintritt in den Saal ist nur Mitgliedern gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte gestattet.

Sonntag, den 8. Mai, nachmittags 2 1/2 Uhr,
im „Lessing-Theater“: Vorstellung der II. Abtheilung:
Die Wildente
von Henrik Ibsen.
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

AUSSTELLUNG AM KURPÜRSTENDAMM.
Carl Hagenbeck's INDIEN
BAHNSTATION SAVIGNYPLATZ
Vorstellungen in der Arena: 5 und 8 Uhr nachm.
Im Theater ab 4 Uhr beständig,
ab 4 Uhr nachm.: Gr. Militär-Doppel-Concert.
ENTREE 50 Pf.

Schweizer Garten.

Sonntag) Garten-Konzert und Vorstellung.
Aus-treten der engagierten Spezialitäten. — Vollbesetzung aller Art.
Im Saal: Ball. Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.
Montag) Beginn der Haupt-saison.
den 29. Mai:) Von da ab tägliche Vorstellungen.
An Wochentagen ist Garten und Saal mit Vorstellungen und Ball an Vereinen zu vergeben.
Mehrere Sonnabende sind noch frei.

Brauerei-Ausschank der Victoria-Brauerei, Stralau.

Eröffnung der vierjährigen Sommer-Salons am Donnerstag, den 19. Mai 1898 (Stimmelfahrtstag). Der Garten und die Lokalitäten sind gänzlich neu renovirt. Wöchentlich zweimal großes Garten-Concert (sowie Theater und Spezialitäten-Vorstellung bei gänzlich freiem Entree). Im elektrisch erleuchteten Ries-Saal jeden Sonntag und Donnerstag: Großer Ball bei freiem Entree.
Um recht regen Zuspruch bittet hochachtungsvoll
Karl Mittag, De-fenom.

Urania

Taubenstr. 48/49.
Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vorm. ab. Eintritt 50 Pf. — Abends 8 Uhr: — Wissenschaftliches Theater. — Invalldenstr. No. 57-62. Täglich abends 7 Uhr: — Ausstellungs-Saal und Vorträge. — Näheres die Tagesanschlüsse.

Passage-Panopticon.
36 schwarze Mädchen
aus unseren afrikanischen Kolonien.
Vorstellungen 12, 5, 6, 7, 8 und 9 Uhr.

Castan's Panopticon.
Friedrichstr. 105.
Ein lebender Riesen-Orang-Utan
der „Waldmensch“ von der Insel Borneo, 1 1/2 Met. hoch.
Salambo, die schöne Schlangen-blinderin.

Apollo-Theater.

Vollständig neues Programm.
Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.
Robert Steidl, Edi Blum, Eugenie Fougère, u. s. w. u. s. w. Henry Bender.
Donnerstag, den 12. Mai:
Mit durchweg neuer glänzender Ausstattung:
Zum ersten Male:
Don Juan in der Hölle.

Maehr's Theater

Oranien-Strasse 24.
Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Novitäten-Programm.
Stille Liebe, Woffe.
Hinglückliche Familienverhältnisse Woffe.
Hertha Lorenz, Marietta Berndt, Rothraumbrette, Rogianraumbrette.
Clemens Focke,
Original-Humorist.
Anfang: Preise der Plätze
Wochentags 8 Uhr)
Sonntags 6 Uhr)
Eröffnung der Sommerferien am
Donnerstag, den 19. Mai, im schattigen
Sommergarten.

Budapester
Possen- u. Operettentheater
Kaufmann's Variété
Direktion: Gebr. Herrfeld.
Den stegreichsten Erfolg der Saison erzielen die neuesten Gebrüder Herrfeld'schen Sensationsstücke
„Die vierte Frau“
und
„Von Dreien der Glücklichste“
mit Donat und Anton Herrfeld und Marim Bendix in den Hauptrollen.
Ausserdem: Auftritten von **Solo-Spezialitäten.**
Anfang präz. 8 Uhr. Vorverkauf von 10-5 Uhr.

W. Noack's Theater

Brünen-Strasse 16.
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:
Gr. Extra-Theatervorstellung
Bapa's Liebhaft.
Schwanz in 4 Akten von Malachos und Gliner.
Nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.
Eberswalde,
Victoriastr. 34,
Restauration Fremdenlogis
von August Schulz.
Bereite können angenehmen Hausbesuch machen.
49162*

12. Ziehung d. 4. Klasse 198. Rgl. Preuss. Lotterie.

10 85 195 307 72 89 (3000) 595 (1500) 97 747 69 93
08 909 1304 148 445 509 70 698 800 (500) 912 43 2026
145 96 434 542 722 27 895 973 3176 850 404 69 833 74
087 70 85 743 970 4049 319 54 455 82 88 31 806 53
5116 534 635 790 84 914 6175 (3000) 144 944 (3000) 687
994 7159 256 911 409 698 77 857 90 91 80924 236 (3000)
69 305 72 456 94 514 6041 52 55 145 265 74 (3000) 311
677 958 944
10960 382 478 544 823 63 945 55 90 11216 70 (3000)
303 415 74 557 720 24 29 269 19107 11 30 300 421
679 (500) 650 63 58 856 502 31 13185 906 (500) 35
682 69 741 47 85 (500) 842 (3000) 47 012 12147 369
85 400 540 619 (3000) 45 715 31 66 883 929 13574 134
67 298 311 (1500) 19 71 615 45 999 10980 (500) 383
458 620 50 715 818 908 17067 169 593 908 18018
129 221 469 524 90 (1500) 659 901 28 39 19119 258
845 87 99 478 544 98 651 743 70
20194 206 (500) 68 300 454 583 614 41 21251 (1500)
280 406 88 516 70 96 621 92 700 41 88 884 938 50 23007
(3000) 43 67 255 58 345 656 699 809 993 42 23031 321
406 40 523 28 (3000) 71 93 931 24164 198 222 421 663 84
743 250594 127 639 20254 481 557 633 27165 249 90
404 551 75 992 712 51 800 914 28156 263 93 534 765 79
23025 55 329 50 70 575 829 87
309119 241 368 69 85 (3000) 476 505 46 652 315 47
[500] 31170 72 258 419 95 532 43 99 (1500) 674 32142
253 (3000) 397 557 637 830 (3000) 47 943 (3000) 89 34090
555 433 93 619 37 825 (3000) 8454 388 (1500) 315 400
628 92 98 623 727 507 323 28253 323 94 475 543 (5000)
658 75 129 45 878 34029 65 238 258 510 845 70 977
37021 123 63 (3000) 84 347 513 38207 74 148 363 577
635 776 943 (1500) 51 89310 67 (3000) 402 21 39 594
604 728 78 881 91
40126 582 91 617 729 (10 000) 97 (3000) 653 (3000)
925 41179 720 945 67 95 42124 386 (3000) 729 800
9 15 904 20 428125 241 605 611 710 62 909 44109 32
296 380 443 583 93 900 45193 309 59 540 627 943 60
40040 88 178 398 517 51 68 645 85 (1500) 783 856 910
47221 742 857 995 (3000) 48156 554 90 716 (3000) 829
[500] 40957 223 54 74 (3000) 376 490 525 (500) 65 644
50003 7 909 38 75 728 949 59 51055 148 298 302
55 95 407 602 (3000) 15 85 572 921 88 90 52010 21
[1500] 254 528 67 698 719 890 53089 941 95 464 698
91 752 881 54005 150 1848 61 433 576 645 706 31 63
754 84 67 663 (3000) 51 55083 111 301 41 313 19 504
[5000] 43 (500) 621 965 928 15 92 56164 255 58 324
457 61 68 561 77 707 809 (1500) 5701 415 976 653 76
[500] 818 958 58174 (3000) 2956 511 45 485 906 67 72
38029 136 (3000) 61 (300) 332 55 (1500) 418 56 525 75
646 (1500) 918 83
69070 (5000) 82 (300) 101 29 60 885 859 60 61061
62 78 225 329 72 601 28 59 56 791 866 62281 96 472
606 826 (500) 63305 88 258 350 439 64108 447 76 84
647 66 655 91 825 45 87 69 65018 94 (3000) 126 205
301 4 90 429 729 808 63 (3000) 71 75 60004 309 410
248 96 633 798 (3000) 873 965 69 90 (3000) 67 221 302
72 (1500) 428 536 674 781 809 85 90 921 69264 70
70220 30 87 518 41 765 78 803 49 71232 20 37 43
643 880 (1500) 58 901 64 72136 394 373 (3000) 413 97
47 561 666 904 73074 180 440 736 54 99 74025 83
348 55 368 666 608 38 86 41 (3000) 777 850 914 75444
628 92 98 623 727 507 323 28253 323 94 475 543 (5000)
614 24 747 79094 187 59 229 85 38 423 29 40 544 624
40 736 855 910 18 56 77129 215 451 677 6674 (3000)
75 790 953 85 (1500) 79022 402 688 823 (1500) 67 623
65 79 79124 228 37 82 (1500) 325 37 405 (3000) 5
535 85 775 989
60023 329 (300) 92 494 81062 103 412 76 569 (1500)
737 82300 30 65 523 57 86 (3000) 89 88200 (1500) 21
69 82 85 434 573 81 843 92 911 84140 281 322 92 641
859 911 24 66 85006 96 93 111 257 420 68 670 (1500)
744 974 80126 (3000) 81 417 87085 164 216 396 507
45 619 988 88086 188 422 556 (3000) 68 680 732 920
25 80044 616 711 (300)
90022 42 180 (300) 97 884 94 598 (1500) 766 811 92
[500] 965 91140 560 608 720 25 91 92 (500) 921 92016
348 608 72 708 (3000) 829 47 90 918 98 93170 225 53
69 341 45 532 639 72 735 60 97 872 974 94185 219
[1500] 26 42 523 37 91 623 84 87 876 982 95038 150
202 (300) 523 472 710 859 96199 713 85 814 967 80 99
97027 77 411 535 99 787 984 99008 65 113 205 384
423 (3000) 24 49 (500) 700 799 914 (1500) 99255 59 80 144
62 89 96 201 419 508 35 630 767 817 101183 96 (3000)
100075 234 343 505 750 512 430 570 676 781
543 116 592 100228 147 149 (500) 534 61 104089
69 (3000) 390 627 782 997 902 69 85 105021 167 239
329 487 534 605 68 740 (5000) 69 811 38 294 57
100890 143 60 346 549 77 028 900 97 (1500) 909 107108
316 485 96 745 (500) 48 108280 91 822 415 505 85 664
769 859 948 100284 144 98 214 398 620 64 89
110015 294 329 762 918 48 110149 200 801 653 74
637 974 (1500) 110060 70 208 89 312 464 (3000) 72 85

110. Ziehung d. 4. Klasse 198. Rgl. Preuss. Lotterie.

110 110015 59 100 12 355 405 42 743 80 81 114008
15 73 317 90 331 (1500) 585 676 113671 299 467 559
[500] 702 96 (500) 884 49 116108 (1500) 54 215 82 402
39 62 664 65 704 886 (3000) 983 117052 101 201 2 94
388 11037 405 502 622 705 22 119142 45 296 (500)
384 406 (3000) 46 78 97 525 (1500) 70 86 88 (300) 628 32
120143 225 394 439 545 826 (3000) 48 56 121146
290 96 335 42 534 627 770 122212 393 544 806 53 913
[1500] 41 74 120300 119 33 65 310 98 680 790 935
124146 353 426 532 631 64 755 81 806 (3000) 23 25 978
125101 47 48 94 291 (3000) 327 551 (3000) 668 93 805
901 11 120198 94 294 713 28 813 29 127000 174 317
82 409 97 520 67 828 33 916 (3000) 128071 208 318 54
545 776 77 (3000) 129102 62 223 (10 000) 363 447 515
890 974
130980 403 48 548 676 892 79 952 94 131016 76
116 324 511 (30000) 99 733 952 88 133060 390 55 437
516 606 41 898 955 133082 (1500) 106 23 38 58 823 469
625 72 700 89 859 134490 656 962 135600 169
301 570 674 87 721 987 136181 323 808 43 70 438 504
702 33 675 943 60 137087 184 244 (3000) 84 398 548 674
741 883 972 (1500) 138425 52 632 745 52 805 904 139092
210 348 (3000) 562 712 16 914 98
140171 245 63 494 659 774 857 68 909 40 179
141037 (1500) 82 152 71 248 63 304 440 519 97 700 840
915 142028 (3000) 29 45 53 (3000) 61 213 302 26 88 91
429 595 607 39 719 143045 52 146 213 (1500) 985 70
780 881 930 144072 108 12 66 295 470 91 597 718
84 80 (1500) 939 145012 257 396 (500) 558 889 948
146250 347 445 545 902 94 147184 329 302 19 75
426 590 (3000) 628 880 95 994 (500) 96 67 148292 30
269 883 446 80 (1500) 923 47 149023 (500) 70 198 293
62 58 581 650 887 (1500) 949
150029 296 308 (3000) 17 19 45 855 807 80 720 87 61
99 (1500) 211 984 151499 32 99 580 (300) 71 87 93
938 152944 126 316 30 436 56 96 (1500) 761 826 79
958 89 158077 115 326 67 508 825 75 761 154149
[1500] 265 78 327 59 426 71 155040 46 63 119 300 332
35 61 87 463 80 507 701 929 88 68 150776 116 44 363
348 64 684 808 948 157039 57 107 93 (3000) 378 402 69
581 88 928 158308 355 446 66 655 78 (3000) 87 901
948 59 159024 (500) 219 (3000) 244 704 45 963
100007 189 276 302 566 606 789 41 (500) 804 33
[3000] 51 98 964 161004 42 75 (3000) 844 162078 104
912 427 51 562 76 659 (3000) 88 796 387 88 6 944 99
163180 251 844 446 577 744 77 953 164188 680 744 60
981 165027 148 (3000) 90 258 574 708 19 77 100014
186 561 616 54 722 107047 63 804 (3000) 69 510 847
[3000] 108002 21 245 310 410 60 689 (3000) 863 977
169388 908 9 29 419 (3000) 599 530 (1500) 81 720 903
170188 513 (3000) 601 45 49 (3000) 78 736 925
171079 (3000) 59 236 (3000) 415 55 92 674 760 924 172178
80 450 715 885 (3000) 173021 85 184 444 717 86 175024
281 343 62 65 788 897 989 (500) 68 (3000) 175259 956
619 760 812 928 176017 143 280 57 345 442 545 91
627 886 177038 128 40 57 290 535 53 80 178123 33
263 483 652 778 (500) 921 40 67 179045 136 945 (3000)
319 (1500) 68 77 (1500) 464 65 (3000) 670 871 60
180019 102 504 (1500) 329 88 454 572 786 971
181031 (1500) 52 116 75 288 404 616 75 98 815 182280
[1500] 440 695 766 (3000) 72 833 37 56 183818 154
246 (500) 591 751 94 876 184233 382 (3000) 542 61
611 91 817 75 51 185056 514 746 68 186008 104 311
441 688 808 40 973 187097 390 626 73 92 94 806 32
188943 135 864 851 88 858 61 62 712 32 809 96 969
189291 89 854 90 402 570 622 96 738 840 79
190005 680 92 689 191105 44 885 391 797 (3000)
801 194165 336 793 849 912 193144 281 409 13 323
98 641 710 194210 43 906 (1500) 33 97 194508 852 38
301 (3000) 621 886 196154 619 709 96 879 197198
301 89 40 308 569 76 (3000) 686 734 95 341 198357
(3000) 132 40 312 61 640 90 735 82 98 906 31 199014
83 98 107 253 428 712 48 57 820 916 78
200032 83 96 (500) 389 410 531 685 739 (15000)
970 201197 252 39 441 (3000) 617 78 654 345 984
[1500] 202800 406 614 908 90 203141 97 228 741 64
999 913 204127 71 217 588 66 648 76 (3000) 704 888
936 205147 62 290 338 74 916 206250 40 331 489
582 99 727 33 67 207025 291 406 646 894 959
208038 84 294 603 90 796 875 910 16 209030 45 (3000)
172 289 419 (500) 92 544 872
210169 61 968 474 96 631 888 945 811111 118 90
285 58 (1500) 355 725 77 617 1213005 45 262 64 723 69
98 64 130 370 234 417 823 69 745 82 (3000) 875 90
914088 130 29 697 714 398 (3000) 920 31 215134 49
237 244 433 75 (500) 502 786 857 917 216051 154 79
409 225